Proletarier aller Länder vereinigt euch! Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt euch!

# Kommunistische Volkszeitung

Zentralorgan des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) – Ausgabe Nord

13. April 1981 Nr. 16

Preis 1 DM D 21060 C

**Reformismus und Rechtsvorstellungen der Arbeiter**
Was taugt die These der Existenz einer „Arbeiteraristokratie" zur Erklärung des Reformismus in der heutigen Arbeiterbewegung? ............ Seite 4




**Auf Leben und Tod gegen die Isolationshaft**
Über die Anlässe und Forderungen des Hungerstreiks gegen die Isolationshaft und die zynischen Rechtfertigungen des Staatsschutzes ............ Seite 7

**Probleme der Energieversorgung in der 3. Welt**
Verteuerung von Öl, Verknappung von Brennholz stürzen große Teile der 3. Welt in eine Energiekrise. Neue Energieformen sind wichtig ... Seite 9

**Rauschgiftsucht**
Völlige Straffreiheit für Drogensüchtige und Maßnahmen gegen den Markt für Rauschmittel sind nötig .. Seite 12

**Regionalteil** ........ Seiten 13 – 15

## Polen und der Westen

**Die revolutionäre Bewegung in Polen ist eine Hoffnung für die Zukunft Europas, der Kampf für die polnische Unabhängigkeit ein Schlüssel für die Verteidigung des Friedens. Polen darf nicht wieder alleingelassen werden!**

*bep.* Die Erklärungen Breschnews und des tschechoslowakischen Parteichefs Husak auf dem Parteitag in Prag sind an Zynismus kaum zu überbieten. Die reaktionären Kräfte im polnischen Partei- und Staatsapparat erhalten noch einmal die Chance, den revolutionären Prozeß zu stoppen; die Arbeiter und Bauern erhalten noch einmal die Chance, sich zu fügen. Sie haben die Wahl zwischen zwei Formen der Konterrevolution: der inneren oder der äußeren. Für eine „Rettungsaktion des sozialistischen Lagers", eine bewaffnete Intervention also, ist propagandistisch und praktisch wirklich alles vorbereitet. Sicher würde die Sowjetunion die kostspieligen Konsequenzen einer solchen Intervention sehr gern vermeiden. Aber die Gefahren eines weiteren Fortschreitens der polnischen Arbeiterbewegung, des polnischen Volkes zu nationaler Unabhängigkeit, zu Demokratie, zu sozialen Umwälzungen können für die Sowjetunion rasch noch viel bedrohlicher werden. Ein Verlust der Herrschaft über Polen an die polnischen Arbeiter und Bauern könnte der Anfang vom Ende des russischen Im-

Die USA warnen vor einer Intervention, um den sowjetischen Konkurrenten zu schwächen; dabei ist ihre Haltung nicht frei von Zweideutigkeiten, ebensowenig wie die der westeuropäischen Staaten. Auf der Tagung der Nuklearen Planungsgruppe der NATO in Bonn ist es zu Differenzen zwischen ihnen gekommen, ebenso wie auf der ersten Verhandlungsrunde der westlichen Hauptgläubigerstaaten Polens über eine Umschuldung, die letzten Donnerstag in Paris begann. In Bonn versucht US-Verteidigungsminister Weinberger, ein Ende der Bedrohung Polens durch die Sowjetunion zur Vorbedingung für weitere Abrüstungsverhandlungen zu machen. Die europäischen NATO-Staaten wollten die Verhandlungsbemühungen nur im Falle einer direkten Intervention beendet sehen. In Paris wollte die amerikanische Verhandlungsdelegation Krediterleichterungen für Polen nur unter bestimmten wirtschafts- und währungspolitischen Bedingungen zugestehen; andere Länder, vor allem Frankreich, drängten auf eine großzügigere Handhabung. Möglicherweise sehen die USA auch in einer Verschärfung der Situation noch mögliche Vorteile. Für die westeuropäischen Staaten steht die Erhaltung des status quo, die Vermeidung des offenen Konflikts, der Erhaltung der wirtschaftlichen Verbindungen zur Sowjetunion und auch zu Polen gegenwärtig im Vordergrund, weswegen sie zwar vor der offenen Intervention warnen, aber jede Gemeinheit der SU unterhalb dieser Schwelle höchstens lauwarm kommentieren.

Die Verschärfung des Rüstungswett-




Die Warnstreiks der IG Metall werden fortgesetzt.

## Polen hat sich eine neue Galgenfrist erkämpft

*gek.* Am vorletzten Samstag ist die erste Ausgabe der Wochenzeitung „Solidarność" herausgekommen. Eine Stunde nach Erscheinen war sie nur noch zu hohen Schwarzmarktpreisen zu haben. Es wären wohl wenigstens 5 Millionen Exemplare gebraucht worden. Ein weiteres staatliches Monopol ist unwiderruflich erschüttert. Polen ist

regieren (mithin ihre verfassungsmäßig gesicherte „führende Rolle" zur Disposition stellen?!). Ein neues demokratisches Wahlsystem zum Sejm und den lokalen Räten ist einzuführen. U.a.m. – Kania hat beteuert, laviert, in Aussicht gestellt, auch personelle Konsequenzen in der Parteiführung. Die Polarisierung in der Partei kann er nicht

## Volkswirtschaft oder Reallohn sichern?

*ped.* Sicherung des Reallohnes sowie eine überproportionale Anhebung der unteren Lohngruppen um auch hier, bei den am meisten unter dem Druck der anschwellenden industriellen Reservearmee stehenden Teilen der Belegschaften den Reallohn und damit das Lohnniveau insgesamt zu verteidigen – von diesen taktischen Zielen ist der IGM-Vorstand abgegangen. In NRW wurde als Abschluß seitens der IGM 4,9% sowie für die unteren Lohngruppen Einmalzahlungen von 145 bis 42 DM gestaffelt gefordert. Ähnlich in anderen Tarifbezirken. Gesamtmetall ist in NRW nicht sofort auf diese reduzierte Forderung eingegangen und die IGM-Tarifkommission NRW hat am folgenden Tag diesen vorgeschlagenen Kompromiß als nicht ausreichend kritisiert und zurückgewiesen. Mindestens eine klare Fünf müsse vor dem Komma stehen. Innerhalb der IG Metall wird jetzt der Streit ausgetragen um die Ab-
steigerungsrate wie die erhöhten Abzüge vom Bruttolohn sind weder mit 4,9% noch mit 5,x% auszugleichen, nur, in dem einen Fall ist die Einbuße des Reallohns höher als im anderen Fall. Viel schwerwiegender allerdings wäre die Aufgabe des Ziels einer *dauerhaften* überproportionalen Anhebung der unteren Lohngruppen.

Der Schwenk, den der IGM-Vorstand in der letzten Woche vollzogen hat, wird nicht von ungefähr gekommen sein. Vom Kanzler wird berichtet, daß er direkt und indirekt gegenüber den Tarifparteien auf Beschleunigung

Unabhängigkeit ein Schlüssel für die Verteidigung des Friedens. Polen darf nicht wieder alleingelassen werden!

*bep.* Die Erklärungen Breschnews und des tschechoslowakischen Parteichefs Husak auf dem Parteitag in Prag sind an Zynismus kaum zu überbieten. Die reaktionären Kräfte im polnischen Partei- und Staatsapparat erhalten noch einmal die Chance, den revolutionären Prozeß zu stoppen; die Arbeiter und Bauern erhalten noch einmal die Chance, sich zu fügen. Sie haben die Wahl zwischen zwei Formen der Konterrevolution: der inneren oder der äußeren. Für eine „Rettungsaktion des sozialistischen Lagers", eine bewaffnete Intervention also, ist propagandistisch und praktisch wirklich alles vorbereitet. Sicher würde die Sowjetunion die kostspieligen Konsequenzen einer solchen Intervention sehr gern vermeiden. Aber die Gefahren eines weiteren Fortschreitens der polnischen Arbeiterbewegung, des polnischen Volkes zu nationaler Unabhängigkeit, zu Demokratie, zu sozialen Umwälzungen können für die Sowjetunion rasch noch viel bedrohlicher werden. Ein Verlust der Herrschaft über Polen an die polnischen Arbeiter und Bauern könnte der Anfang vom Ende des russischen Im-
periums sein.

Die Auseinandersetzung in und um Polen enthält die Möglichkeit einer gefährlichen Explosion, einer sprunghaften Verschärfung der Kriegsgefahr. Sie enthält aber auch die Möglichkeit einer historischen Wende zugunsten der Verteidigung des Friedens und zugunsten der sozialistischen Revolution in Europa. Warum findet diese historische Auseinandersetzung bei uns immer noch so halbherzige, so zweifelsüchtige Unterstützung? Warum entwickelt sich die Friedensbewegung zwar kräftig in die Breite, werden 250000 Unterschriften gegen die Einführung amerikanischer Mittelstreckenraketen gesammelt, spaltet die Auseinandersetzung um diese Raketen die SPD bis zur Spitze, ohne daß sowjetische Panzer in und um Polen und auch sowjetische Mittelstreckenraketen, die auf Westeuropa gerichtet sind, eine nur annähernd vergleichbare politische Reaktion hervorriefen?

Manchem mag es erscheinen, daß die Unterstützung von der falschen Seite kommt. Aber es ist nicht die Schuld der polnischen Arbeiter, wenn der Segen des Papstes, wenn der Applaus gewisser reaktionärer Politiker, wenn die diplomatischen Aktionen westlicher Staaten für die polnische Unabhängigkeit oft noch lauter tönen als die Unterstützung der Arbeiterbewegung und der demokratischen Kräfte in unserem Land. Sicher, für das amerikanische wie für das westeuropäische Finanzkapital ist Polen auch nur ein Stein im Spiel um Herrschaft und Einfluß. Aber eine westliche Einmischung in Polen ist vielleicht eine entfernte Möglichkeit, während die sowjetische Einmischung Realität und die Gefahr riesengroß ist, daß der polnische Unabhängigkeitskampf erneut im Blut erstickt wird.

schen Staaten. Auf der Tagung der Nuklearen Planungsgruppe der NATO in Bonn ist es zu Differenzen zwischen ihnen gekommen, ebenso wie auf der ersten Verhandlungsrunde der westlichen Hauptgläubigerstaaten Polens über eine Umschuldung, die letzten Donnerstag in Paris begann. In Bonn versucht US-Verteidigungsminister Weinberger, ein Ende der Bedrohung Polens durch die Sowjetunion zur Vorbedingung für weitere Abrüstungsverhandlungen zu machen. Die europäischen NATO-Staaten wollten die Verhandlungsbemühungen nur im Falle einer direkten Intervention beendet sehen. In Paris wollte die amerikanische Verhandlungsdelegation Krediterleichterungen für Polen nur unter bestimmten wirtschafts- und währungspolitischen Bedingungen zugestehen; andere Länder, vor allem Frankreich, drängten auf eine großzügigere Handhabung. Möglicherweise sehen die USA auch in einer Verschärfung der Situation noch mögliche Vorteile. Für die westeuropäischen Staaten steht die Erhaltung des status quo, die Vermeidung des offenen Konflikts, der Erhaltung der wirtschaftlichen Verbindungen zur Sowjetunion und auch zu Polen gegenwärtig im Vordergrund, weswegen sie zwar vor der offenen Intervention warnen, aber jede Gemeinheit der SU unterhalb dieser Schwelle höchstens lauwarm kommentieren.

Die Verschärfung des Rüstungswett-laufs ist kein geeignetes Druckmittel gegen die SU; dabei kann nur die Stärkung der Position beider Supermächte herauskommen. Aber die Androhung von politischen und wirtschaftlichen Sanktionen durch die NATO-Staaten hat, ganz unabhängig von deren Motiven, den Spielraum der polnischen Bewegung im Moment vergrößert, weil sie für die SU das Risiko der Intervention erhöht hat; und für den Fall einer Intervention ist die Forderung nach solchen Sanktionen völlig gerechtfertigt. Doch dabei kann es nicht bleiben. Von den USA und den EG-Staaten muß jede erdenkliche und von Polen gewünschte wirtschaftliche Unterstützung, Lebensmittellieferungen, Beseitigung der Schuldenlast gefordert werden. Der Abschluß eines Friedensvertrages, sichere und anerkannte Grenzen in Europa, die Auflösung der Militärpakte, der Abzug der fremden Truppen, vor allem der SU und der USA, von fremdem Territorium – unter diesen Forderungen kann sich die Friedensbewegung hier direkt und unmittelbar mit den polnischen Arbeitern und Bauern verbinden. Polens Unabhängigkeitskampf ist eine Barriere gegen den sowjetischen Expansionismus, ein Sprengmittel für den sowjetisch beherrschten Militärblock, eine schon jetzt spürbare Ermutigung für die Völker Osteuropas und der Sowjetunion, sich gegen den russischen Imperialismus zu erheben. Allen Bestrebungen zur Solidarität mit den polnischen Arbeitern und Bauern, den Versuchen, Verbindungen zwischen den Gewerkschaften hier und den unabhängigen polnischen Gewerkschaften herzustellen, den an verschiedenen Orten entstehenden Solidaritätskomitees gilt unsere Unterstützung. Unübersehbar muß es auf den Mai-Demonstrationen heißen: „Hände weg von Polen!"



Die Warnstreiks der IG Metall werden fortgesetzt.

Polen hat sich eine neue Galgenfrist erkämpft

*gek.* Am vorletzten Samstag ist die erste Ausgabe der Wochenzeitung „Solidarność" herausgekommen. Eine Stunde nach Erscheinen war sie nur noch zu hohen Schwarzmarktpreisen zu haben. Es wären wohl wenigstens 5 Millionen Exemplare gebraucht worden. Ein weiteres staatliches Monopol ist unwiderruflich erschüttert. Polen ist wieder einen Schritt weiter gegangen.

Aus Prag die Antwort. Nach der Brandrede Husaks gab sich Breschnew gemäßigt, indem er sagte: „Die polnischen Kommunisten werden, *so muß man annehmen,* mit Unterstützung aller wahren polnischen Patrioten in der Lage sein, den Absichten der Feinde der sozialistischen Ordnung ... die erforderliche Abfuhr zu erteilen." Am selben Tag meldete Tass das Ende der „Stabsmanöver" des Paktes in Polen und an seinen Grenzen. Unmittelbar vorher waren allerdings noch Truppenverstärkungen nach Polen geschickt worden. Die Iswestija am Dienstag: „In Polen hat sich die 'schleichende' Konterrevolution zu voller Größe erhoben, und sie trifft auf keinerlei nennenswerten Widerstand ..." Polen hat nur eine Galgenfrist erhalten.

Die Mitglieder des Politbüros der PVAP haben an Parteiversammlungen in einer Reihe großer Betriebe teilgenommen, um das Auseinanderfallen der Partei, oder auch das Entstehen oppositioneller sozialistischer Parteien neben der herrschenden zu verhindern. Fast in ganz Polen haben sich jetzt die betrieblichen Parteikomitees zu einer horizontalen, selbständigen Organisationsebene zusammengeschlossen. Ein Vorstoß der Danziger Parteiorganisation, einen landesweiten Kongreß einzuberufen, ist vom Politbüro verboten worden. Kania sah sich auf der Lenin-Werft einem immer klarer formulierten Forderungskatalog der Parteibasis gegenüber: Die Führung der Partei muß aus völlig freien Wahlen hervorgehen und sich dem Willen der Mitglieder unterordnen. Die Schuldigen der wirtschaftlichen und sozialen Krise des Landes sind vor Gericht zu stellen, ihre hohen Staatspensionen, Villen etc. einzuziehen. Die Partei soll „inspirieren", aber nicht kommandieren und

regieren (mithin ihre verfassungsmäßig gesicherte „führende Rolle" zur Disposition stellen?!). Ein neues demokratisches Wahlsystem zum Sejm und den lokalen Räten ist einzuführen. U.a.m. – Kania hat beteuert, laviert, in Aussicht gestellt, auch personelle Konsequenzen in der Parteiführung. Die Polarisierung in der Partei kann er nicht aufhalten.

Am Freitag hat General Jaruzelski in voller Generalsuniform vor dem Sejm in einem Bericht zur Lage der Nation seinen Rücktritt angekündigt, wenn das Parlament nicht einer von ihm vorgelegten Resolution zustimme, die eine zweimonatige Suspendierung aller Streiks vorsieht. Die Regierung wolle in enger Zusammenarbeit mit der Gewerkschaft den Wust von Problemen klären. Weitere Lebensmittel müßten rationiert werden. Es seien Preiserhöhungen unausweichlich. Möglicherweise werde die Gewerkschaft sich auf einen vollen Lohnstopp für dieses Jahr einzustellen haben. Die Lösung der Wirtschaftskrise sei zur Überlebensfrage der Nation geworden. Eine Kommission zur „Aufrechterhaltung von Recht und Ordnung" soll bei der Regierung gebildet werden. – Das ist ein hartes Programm. Jaruzelski ist wohl der erste und einzige seit langem, der unter einem größeren Teil der arbeitenden Bevölkerung ein gewisses Ansehen genießt. Er hat alle seine Autorität jetzt für dies Programm in die Waagschale geworfen. Der Sejm hat ihm zugestimmt. Viele Belegschaften großer Betriebe haben, erstmals wirklich freiwillig, am Samstag Sonderschichten gefahren. Es ist nicht ausgeschlossen, daß die Arbeiterbewegung (zumal von den Löhnen im Augenblick nichts zu kaufen ist) auf ein solches hartes Programm einzugehen bereit wäre – gegen wirkliche demokratische Zugeständnisse, was die Zensur, die betriebliche Selbstverwaltung, das Wahlsystem u.a. angeht. Die Regierung hat ein Einlenken bei der Anerkennung der Bauerngewerkschaft „Land-Solidarität" signalisiert. Mit oder ohne Streiks beweist die polnische Arbeiterbewegung ihre konsolidierte soziale Macht.

Lohnniveau insgesamt zu verteidigen – von diesen taktischen Zielen ist der IGM-Vorstand abgegangen. In NRW wurde als Abschluß seitens der IGM 4,9% sowie für die unteren Lohngruppen Einmalzahlungen von 145 bis 42 DM gestaffelt gefordert. Ähnlich in anderen Tarifbezirken. Gesamtmetall ist in NRW nicht sofort auf diese reduzierte Forderung eingegangen und die IGM-Tarifkommission NRW hat am folgenden Tag diesen vorgeschlagenen Kompromiß als nicht ausreichend kritisiert und zurückgewiesen. Mindestens eine klare Fünf müsse vor dem Komma stehen. Innerhalb der IG Metall wird
steigerungsrate wie die erhöhten Abzüge vom Bruttolohn sind weder mit 4,9% noch mit 5,x% auszugleichen, nur, in dem einen Fall ist die Einbuße des Reallohns höher als im anderen Fall. Viel schwerwiegender allerdings wäre die Aufgabe des Ziels einer *dauerhaften* überproportionalen Anhebung der unteren Lohngruppen.

Der Schwenk, den der IGM-Vorstand in der letzten Woche vollzogen hat, wird nicht von ungefähr gekommen sein. Vom Kanzler wird berichtet, daß er direkt und indirekt gegenüber den Tarifparteien auf Beschleunigung und Einigung gedrängt hat, während er in der Erklärung zur Lage der Nation aussprach, daß auch den Lohnabhängigen nicht der bisherige Reallohn garantiert werden könne. Aber einfach ausgemacht ist die Sache auch noch nicht. „Wie bei Bau: Eine wie auch immer geschaffene Basis bringt einen jedenfalls erträglichen Abschluß, wenngleich er volkswirtschaftlich bereits zu hoch ist, noch zu Fall", kommentiert die Frankfurter Allgemeine Zeitung anläßlich der ablehnenden Stellung der NRW-Tarifkommission zu den 4,9% plus Einmalzahlung und befürchtet eine „weiter abschüssige Bahn". Das Argument innerhalb der IG-Metall, man könne nicht streiken, wiederlegt sich immer mehr. Woher das Drängen des Kanzlers, woher der „noch erträgliche Abschluß, obgleich bereits volkswirtschaftlich zu hoch"? Nur, weil die Gefahr des Streiks gewachsen ist und auch noch nicht gebannt ist, aber nicht als Gefahr für die IG Metall sondern für die Volkswirtschaft, d.h. für die Kapitalisten: daß sie zahlen müßten, was die Metaller brauchen, statt einzusacken, was die Metaller weniger bekommen sollen. Warum also vom Streik lassen?

**Daten zur Reproduktion der Lohnabhängigen in Westdeutschland**
In: Kommunismus und Klassenkampf 4/81 / Preis: 4 DM / erscheint monatlich
Zu beziehen über
Buchvertrieb Hager GmbH
Mainzer Landstraße 147, Postfach 119151, 6000 Frankfurt 2, Telefon 0611/ 730234

# Wirkungen

*hku.* Die Partei solle nicht kommandieren, sondern überzeugen. Worte nicht nur von PVAP-Mitgliedern auf der Danziger Lenin-Werft, öffentliche Überlegungen auch des rumänischen Staats- und Parteichefs Ceaucescu. Bei allen auch grundlegenden Unterschieden zwischen den Ländern Osteuropas: die Sprünge werden sichtbarer, die die Klassenkämpfe in Polen in das „sowjetische Modell" gerissen haben, dies absolute Partei- und Staatsmonopol nicht nur an den Produktionsmitteln, sondern darüber an allen gesellschaftlichen Lebensäußerungen, historische Voraussetzung für die Machtergreifung einer neuen Bourgeoisie.

Nicht nur die Rolle der Partei, auch die der Gewerkschaften ist überall aufgeworfen – offen in Ungarn und Rumänien, wo sie mit „Autonomie" bei grundsätzlicher Unterordnung beantwortet worden ist. Die KP Rumäniens hat größere Befugnisse der Gewerkschaften bei Berufung und Kontrolle leitender Kader angekündigt. – Daß demokratische Strömungen durch Polen ermutigt und gestärkt worden sind, ist in Rumänien direkt, in der DDR und Ungarn mehr indirekt, durch die heftigen Reaktionen der Staatsparteien, erkennbar. Dabei ist es ein bedeutendes Indiz, wenn ein Mitarbeiter des Instituts für Marxismus-Leninismus der SED wegen Untersuchungen über Widersprüche der sozialistischen Gesellschaft gefeuert wird, wie dieser Tage bekannt wurde. Das Streben nach Demokratie und Unabhängigkeit ist in den Demonstrationen und Streiks in Estland offen hervorgetreten. – Überall ist auch die Linie einer Akkumulation von sachlichem Reichtum auf Kosten der Reproduktion der arbeitenden Bevölkerung unter Beschuß geraten. Die KP Rumäniens wiederum hat Selbstkritik geübt; alle RGW-Pläne sehen erhöhte Konsumgüterproduktion vor und in der DDR, Ungarn und Bulgarien ist man bei vorgesehenen Preiserhöhungen äußerst zurückhaltend.

Die Fähigkeit der Sowjetunion zu politischer und militärischer Intervention wird dadurch direkt geschwächt. Die durch Polen freigesetzten Strömungen zerren aber auch an den *ideologischen* Fesseln, die den Sowjetblock zusammenhalten. Sie wirken darüber hinaus, auf die sozialistischen Länder der Dritten Welt wie auf die westeuropäische Arbeiterbewegung.

# Polizei durchsucht besetzte Häuser

## Auseinandersetzungen bis in den Beamtenapparat hinein / Aktionswoche der Instandbesetzer

*hae. Westberlin.* Am Dienstag, als Auftakt der Aktionswoche der Instandbesetzer, hat die Polizei fünf besetzte Häuser, die schon relativ lange besetzt sind, auf Anordnung der Staatsanwaltschaft durchsucht, nachdem der Justizsenator die Aktion zweimal verschoben hatte. 155 Instandbesetzer, darunter der Besetzerrat, der in einem Haus eine Versammlung abhielt, wurden vorübergehend festgenommen. Im Unterschied zu einer ähnlichen Aktion zwei Wochen zuvor konnten die Festgenommenen jedoch wieder in die besetzten Häuser zurück, nachdem sie einige Stunden im Polizeirevier festgehalten wurden. Der Polizei und der Staatsanwaltschaft ging es darum, Beweise zu produzieren für strafbare Handlungen, die aus den besetzten Häusern heraus angeblich erfolgt sind. Bis auf ein paar Rollen Draht, die angeblich gestohlen worden waren, deren Herkunft aber von Seiten der Hausbesetzer nachgewiesen wurde, und einigen Stöcken, die als Schlagwaffen deklariert wurden, konnte die Polizei nichts zutage fördern. Die Sendeanlage für Radio Utopia, einem Piratensender, der die Instandbesetzer unterstützt, wurde nicht aufgetrieben.

Zwischen der SPD und der CDU hat sich die Auseinandersetzung über das Vorgehen gegen die Instandbesetzer verschärft, was bis in die Spitzen des Beamtenapparates hinein Auswirkungen hat. Der Senat hält die Situation noch nicht für gegeben, auf breiter Front gegen die Instandbesetzungen vorzugehen, sondern setzt darauf, daß die Instandbesetzer durch ihre geringen materiellen Mittel nicht in der Lage sind, die durch den jahrelangen Leerstand verkommenen Häuser wieder einigermaßen bewohnbar zu machen, um darüber die moralische Rechtfertigung für die Instandbesetzungen zu zerstören. Dafür werden z.B. die Durchsuchungsaktionen genutzt. Die CDU hingegen geht immer mehr darauf, durch raschen Einsatz der Polizei die Bewegung zu zerschlagen.

Die Polizeiaktionen haben aufgedeckt, daß gegenwärtig nicht die Instandbesetzer politisch die Initiative haben. Das hängt zusammen mit der Auseinandersetzung unter den Instandbesetzern, wo ein Teil die Auffassung vertritt, daß man sich grundsätzlich nicht auf Verhandlungen mit dem Senat einlassen sollte, weil man sich damit kompromittiere, während ein anderer Teil zu Gesprächen bereit ist über mögliche Regelungen der weiteren Zukunft der besetzten Häuser, ohne jedoch zu Verhandlungen bereit zu sein, bevor nicht alle im Zusammenhang mit den Instandbesetzungen Verhafteten wieder freigelassen werden. Auch wird die Frage der Amnestie für die Instandbesetzer, die von großen Teilen der Instandbesetzerbewegung noch vor wenigen Wochen rundweg abgelehnt wurde, erneut debattiert.

Weiter sind Beratungen mit den Mieterinitiativen über eine verstärkte Zusammenarbeit in Gang gekommen, die auf einer Veranstaltung im Rahmen der Aktionswoche auch öffentlich geführt wurden. In der Aktionswoche haben die Instandbesetzer durch Führungen durch ihre Häuser, Flugblätter etc. öffentlich für ihre Ziele agitiert. Für Samstag riefen Mieterinitiativen und Instandbesetzer, unterstützt durch eine Reihe weiterer Organisationen, bis hin zur revisionistischen SEW, zur Demonstration gegen das Vorgehen der Polizei und gegen die Wohnungsbaupolitik des Senats auf. Über 20000 folgten dem Aufruf.



Polizei riegelt am Dienstag Straßenzug, in dem die besetzten Häuser liegen, ab.

# Nicht zu wenig, sondern falsch

*frb.* Bedauernd mußte die „Frankfurter Rundschau" schreiben, das Kabinett habe das SPD-Programm gestutzt. Dies aber ist der einzige Aspekt, unter dem man über das jüngste Regierungsprogramm froh sein kann. Denn was die „Arbeitsgruppe Beschäftigungspolitik" unter dem Ex-Juso-Chef Wolfgang Roth fordert, ist vor allem die Erhöhung der sogenannten degressiven Abschreibung. Je rascher die Kapitalisten abschreiben können, umso weniger Gewinn haben sie zu versteuern, umso höher ihr Nettoprofit. Und just dazu wollte ihnen die Gruppe Roth verhelfen, ihnen 200 Millionen Mark, die dann im Haushalt fehlten, in den Rachen werfen. Weitere Zuschüsse sind bei der Einführung neuer Techniken gefordert, als ob die Kapitalisten nicht von selbst danach trachten, ihr Kapital von möglichst wenig Arbeitern in Bewegung halten zu lassen. Nur über weniges in diesem „Perspektivprogramm für die 80er Jahre" ließe sich reden.

Freilich ist auch der Kabinettsbeschluß selbst durch Stutzung des Roth-Programms nicht annehmbar geworden. Da ist wenig Handfestes, und was handfest ist, ist den Kapitalisten Honig auf die Zunge. Der DIHT ist gerührt, der BDI will mehr von der Sorte.

Da erklärt der Bund die Absicht, mit den Landesregierungen über ein Anschlußprogramm für die staatliche Förderung energiesparender Investitionen verhandeln zu wollen. Obwohl das laufende Programm zu 90% nichts anderem dient als der Verbilligung simpler Wärmedämmung. Es wurden Investitionen gefördert, die ohnehin getätigt worden wären. Die Subventionen wurden dankbar mitgenommen.

Vertagt auf Mai wurde die Entscheidung über die Förderung von 30000 zusätzlichen Sozialwohnungen innerhalb von zwei Jahren. Rund 50000 bis 100000 billige Mietwohnungen verschwinden jährlich – nicht zuletzt dank großzügiger steuerlicher Förderung – aus dem Wohnungsbestand.

Lediglich die Absicht, die berufliche Qualifikation Arbeitsloser zu verbessern, muß man nicht rundum ablehnen. Aber es stellt sich die überfällige Frage, wer zahlt. Von selbst wird Ehrenberg nicht auf den Trichter kommen, statt von Maschinenbeitrag zu schwafeln zur Kapitalistenzahlung fortzuschreiten. Bekanntlich steigen die Kosten der Arbeitslosenkasse, das sollen die Unternehmen zahlen. Welchen Weg schlägt der Arbeitsminister ein? „Die ungerechtfertigte Inanspruchnahme der Bundesanstalt für Arbeit soll unterbunden werden."

Bleibt schließlich der gemeinsam mit Frankreich aufzunehmende Kredit über 6,3 Mrd. DM. Dieses im Ausland geliehene Geld soll den Kapitalisten für Investitionen, die ihre Wettbewerbsfähigkeit verbessern, zur Verfügung gestellt werden. An Geld für Investitionen mangelt es den Kapitalisten nicht und auch Kredit könnten sie haben. Sie greifen zu, weil sie hier rund ¼ der Zinskosten sparen. Weil ihnen am Ende eine höhere Profitrate bleibt.

Aber von nichts kommt nichts. Die Zinsdifferenz wird aus dem Bundeshaushalt gezahlt, und so wie die Dinge liegen, wird der durch höhere Steuern für die Massen, siehe Mineralöl-, siehe Alkoholsteuern, aufgefüllt. Daß das Leihkapital von der OPEC kommt, tut dazu nichts zur Sache. Profitieren tun die westdeutschen Kapitalisten.

# Gesetz zur Erleichterung von Mieterhöhungen

## München: 11 Leute wegen entblößten Hauptes eines Staatsdieners in Haft

*frb.* Die Bundesregierung hat den dritten Teil ihres „Maßnahmenpakets" im Wohnungsbau den entsprechenden Verbänden zur Stellungnahme zugeleitet. Der Referentenentwurf strebt Änderungen des Mietrechts an und ergänzt das Fehlbelegergesetz und den Gesetzentwurf zur Änderung des Bodenrechts, der eine Abschöpfung „spekulationsbedingten Bodenzuwachses" vorsieht. Zusammen sollen sie am 27. Mai vom Bundeskabinett verabschiedet und dem Parlament zugeleitet werden. Landesweit sind aus diesem Anlaß Demonstrationen geplant.

Zwei Punkte stehen im Zentrum der geplanten Mietrechtsänderung.

Erstens wird für Wohnungen, die nach dem 1.1.81 fertiggestellt wurden, die Staffelmiete zugelassen. D.h. der Mieter kann sich beim Einzug zur Unterschrift unter einen Mietvertrag gezwungen sehen, der bis auf zehn Jahre hinaus eine jährlich festgelegte Mieterhöhung vorsieht. Der Vermieter wird von der sonst üblichen Verpflichtung entbunden, die Mieterhöhung durch den Nachweis höherer Vergleichsmieten zu rechtfertigen.

Für Profithaie wie die Lebensversicherungen ist dies, auch wenn sie Staffelmieten gleich für *alle* neuen Mietverträge gefordert haben, günstig. Mit Ausnahme der Betriebskosten, die aber nur den geringeren Teil ausmachen, stehen ihre „Kosten" – nämlich Zins und Abschreibung – im voraus fest. Der Vermieter geht also keinerlei Risiko ein, zumal die Zinskosten nicht steigen, sondern mit dem Rückfluß des im Gebäude angelegten Kapitals sinken. Anders der Mieter, der seinen Lohn und die Inflation nicht zehn Jahre im voraus kennen kann. Seine Notlage wird ausgenutzt, einer mit Abnutzung der Wohnung automatisch steigenden Miete zuzustimmen. Und über die Vergleichsmieten wirkt dies dann auf alle Mieten zurück.

Zweitens wird für die Bestandswohnungen, die von der Staffelmiete direkt verschont sind, die Mieterhöhung erleichtert. Fristen werden verkürzt und dem Vermieter Hindernisse aus dem Weg geräumt. So soll die Miete schon dann als üblich angesehen werden, wenn sie unter dem Höchstwert eines Mietspiegels liegt. Bisher mußte ein Abweichen vom Mittelwert begründet werden.

Weiterhin wird die Verpflichtung des Mieters, Modernisierungen zu dulden, schärfer gefaßt. Nur bei nicht zu rechtfertigender Härte, für die er die Beweislast zu tragen hat, kann er Umbauten, die immer zu höherer Miete führen, verhindern. Ausgedehnt wird lediglich die Frist, die der Mieter (nach dem Buchstaben des Gesetzes) bei Umwandlung der Miet- in eine Eigentumswohnung vor Kündigung schützt. Vor Mieterhöhung schützt auch dies nicht.

Unterdessen gehen die Hausbesetzungen in der ganzen BRD weiter. In Nürnberg hat die Polizei am Montag bei einer Räumung 26 Besetzer festgenommen und 18 davon dem Ermittlungsrichter zur Haftentscheidung überstellt. Das besetzte Haus, in Eigentum der Bayerischen Eigentumsbau GmbH, war seit drei Jahren unbewohnt. In München erließ die Justiz im Anschluß an eine Demonstration des „Antispekulationskomitees" vorvergangenes Wochenende 11 Haftbefehle. Ein Greiftrupp der Polizei hatte sich nach Ende der Demonstration auf einen der Teilnehmer gestürzt, unter dem Vorwand, er habe einem Uniformierten während der Demonstration die Mütze vom Kopf entfernt. Gegen 8 Leute hat die Staatsanwaltschaft mittlerweile Anzeige wegen Körperverletzung, Widerstand gegen die Staatsgewalt und teilweise wegen Gefangenenbefreiung gestellt.

frb. Bedauernd mußte die „Frankfurter Rundschau" schreiben, das Kabinett habe das SPD-Programm gestutzt. Dies aber ist der einzige Aspekt, unter dem man über das jüngste Regierungsprogramm froh sein kann. Denn was die „Arbeitsgruppe Beschäftigungspolitik" unter dem Ex-Juso-Chef Wolfgang Roth fordert, ist vor allem die Erhöhung der sogenannten degressiven Abschreibung. Je rascher die Kapitalisten abschreiben können, umso weniger Gewinn haben sie zu versteuern, umso höher ihr Nettoprofit. Und just dazu wollte ihnen die Gruppe Roth verhelfen, ihnen 200 Millionen Mark, die dann im Haushalt fehlten, in den Rachen werfen. Weitere Zuschüsse sind bei der Einführung neuer Techniken gefordert, als ob die Kapitalisten nicht von selbst danach trachten, ihr Kapital von möglichst wenig Arbeitern in Bewegung halten zu lassen. Nur über weniges in diesem „Perspektivprogramm für die 80er Jahre" ließe sich reden.

Freilich ist auch der Kabinettsbeschluß selbst durch Stutzung des Roth-Programms nicht annehmbar geworden. Da ist wenig Handfestes, und was handfest ist, ist den Kapitalisten Honig auf die Zunge. Der DIHT ist gerührt, der BDI will mehr von der Sorte.

Vertagt auf Mai wurde die Entscheidung über die Förderung von 30000 zusätzlichen Sozialwohnungen innerhalb von zwei Jahren. Rund 50000 bis 100000 billige Mietwohnungen verschwinden jährlich – nicht zuletzt dank großzügiger steuerlicher Förderung – aus dem Wohnungsbestand.

Lediglich die Absicht, die berufliche Qualifikation Arbeitsloser zu verbessern, muß man nicht rundum ablehnen. Aber es stellt sich die überfällige Frage, wer zahlt. Von selbst wird Ehrenberg nicht auf den Trichter kommen, statt von Maschinenbeitrag zu schwafeln zur Kapitalistenzahlung fortzuschreiten. Bekanntlich steigen die Kosten der Arbeitslosenkasse, das sollen die Unternehmen zahlen. Welchen Weg schlägt der Arbeitsminister ein? „Die ungerechtfertigte Inanspruchnahme der Bundesanstalt für Arbeit soll unterbunden werden."

Bleibt schließlich der gemeinsam mit Frankreich aufzunehmende Kredit über 6,3 Mrd. DM. Dieses im Ausland geliehene Geld soll den Kapitalisten für Investitionen, die ihre Wettbewerbsfähigkeit verbessern, zur Verfügung gestellt werden. An Geld für Investitionen mangelt es den Kapitalisten nicht und auch Kredit könnten sie haben. Sie greifen zu, weil sie hier rund ¼ der

rungen durch ihre Häuser, Flugblätter etc. öffentlich für ihre Ziele agitiert. Für Samstag riefen Mieterinitiativen und Instandbesetzer, unterstützt durch eine Reihe weiterer Organisationen, bis hin zur revisionistischen SEW, zur Demonstration gegen das Vorgehen der Polizei und gegen die Wohnungsbaupolitik des Senats auf. Über 20000 folgten dem Aufruf.



Polizei riegelt am Dienstag Straßenzug, in dem die besetzten Häuser liegen, ab.

Gesetz zur Erleichterung von Mieterhöhungen

München: 11 Leute wegen entblößten Hauptes eines Staatsdieners in Haft

frb. Die Bundesregierung hat den dritten Teil ihres „Maßnahmenpakets" im Wohnungsbau den entsprechenden Verbänden zur Stellungnahme zugeleitet. Der Referentenentwurf strebt Änderungen des Mietrechts an und ergänzt das Fehlbelegergesetz und den Gesetzentwurf zur Änderung des Bodenrechts, der eine Abschöpfung „spekulationsbedingten Bodenzuwachses" vorsieht. Zusammen sollen sie am 27. Mai vom Bundeskabinett verabschiedet und dem Parlament zugeleitet werden. Landesweit sind aus diesem Anlaß Demonstrationen geplant.

Zwei Punkte stehen im Zentrum der geplanten Mietrechtsänderung.

Erstens wird für Wohnungen, die nach dem 1.1.81 fertiggestellt wurden, die Staffelmiete zugelassen. D.h. der

träge gefordert haben, günstig. Mit Ausnahme der Betriebskosten, die aber nur den geringeren Teil ausmachen, stehen ihre „Kosten" – nämlich Zins und Abschreibung – im voraus fest. Der Vermieter geht also keinerlei Risiko ein, zumal die Zinskosten nicht steigen, sondern mit dem Rückfluß des im Gebäude angelegten Kapitals sinken. Anders der Mieter, der seinen Lohn und die Inflation nicht zehn Jahre im voraus kennen kann. Seine Notlage wird ausgenutzt, einer mit Abnutzung der Wohnung automatisch steigenden Miete zuzustimmen. Und über die Vergleichsmieten wirkt dies dann auf alle Mieten zurück.

Zweitens wird für die Bestandswohnungen, die von der Staffelmiete direkt verschont sind, die Mieterhöhung erleichtert. Fristen werden verkürzt und

Beweislast zu tragen hat, kann er Umbauten, die immer zu höherer Miete führen, verhindern. Ausgedehnt wird lediglich die Frist, die der Mieter (nach dem Buchstaben des Gesetzes) bei Umwandlung der Miet- in eine Eigentumswohnung vor Kündigung schützt. Vor Mieterhöhung schützt auch dies nicht.

Unterdessen gehen die Hausbesetzungen in der ganzen BRD weiter. In Nürnberg hat die Polizei am Montag bei einer Räumung 26 Besetzer festgenommen und 18 davon dem Ermittlungsrichter zur Haftentscheidung überstellt. Das besetzte Haus, in Eigentum der Bayerischen Eigentumsbau GmbH, war seit drei Jahren unbewohnt. In München erließ die Justiz im Anschluß an eine Demonstration des „Antispekulationskomitees" vorvergangenes Wochenende 11 Haftbefehle.

### Montan-Mitbestimmungsgesetz verabschiedet

*bsc.Essen.* Am 8. April behandelte der Bundestag in dritter Lesung den Regierungsentwurf zur Montan-Mitbestimmung. 255 Abgeordnete stimmten dafür, 204 stimmten für die Entschließung der CDU, die den Montan-Umsatzanteil von jetzt 50 auf 30 Prozent senken wollte. Der DGB-Bundesvorstand hatte beide Vorlagen ausdrücklich abgelehnt. Den der CDU/CSU, weil absehbar verschiedene Konzerne unter die 30-Prozent-Marke kommen werden, und den Entwurf der Regierung, weil er nur feststellt, daß ein Montan-Konzern, sobald er aus der Montan-Mitbestimmung rausfällt, dieser noch sechs Jahre unterworfen werden soll, und obendrein das Aufsichtsrats-Entsendungsrecht der Gewerkschaften durch ein Wahlverfahren ersetzt. Der Regierungsentwurf, der von der FDP als „Auslaufgesetz" verstanden wird, hat 16 Stimmen von der CDU/CSU – hauptsächlich aus dem Wirtschaftsrat – bekommen, die sich dahingehend erklärten, daß die Montan-Mitbestimmung seit dem Mitbestimmungsgesetz von 1976 sowieso verfassungsrechtlich bedenklich sei. Vor 1976 hatte das Bundesverfassungsgericht eine Kapitalistenklage gegen die Montan-Mitbestimmung nur damit abgewiesen, daß es noch kein allgemeines Mitbestimmungsgesetz gebe.

### Asylgesetz in erster Lesung im Bundestag

*gkr.* Am Donnerstag beriet der Bundestag in erster Lesung über einen Gesetzentwurf des Bundesrates (gemeinsam eingebracht von CDU und SPD/FDP-regierten Ländern) zur Änderung des Asylbeschleunigungsgesetzes. Direkte Abweisung durch die Ausländerbehörden, wenn der Antrag „offensichtlich rechtsmißbräuchlich oder offensichtlich unbegründet" sei, (90% der Anträge seien offensichtlich unbegründet) soll danach genauso möglich sein wie Entscheidung durch einen Einzelrichter und in der Regel keine Berufungsinstanz. Gestützt darauf, daß gegenwärtig monatlich nur noch aufgrund der verschiedenen Schikanen 3000 Asylbewerber in die BRD kommen (gegenüber 13000 im Februar 1980), plädierte die Koalition auf eine Vertagung weiterer Einschränkungen.

### Engholms Einführung: BafföG-Kürzung

*vol.* Als erste größere Tat hat Bildungsminister Engholm sich die erneute Senkung des BafföG vorgenommen: 1. Die zum Oktober '81 vorgesehene Anpassung der BafföG-Sätze und Elternfreibeträge soll auf den April '82 verschoben werden. Die Elternfreibeträge sollen dabei nur um 12 bis 12,5% erhöht werden, die BafföG-Sätze sogar nur um 6% für Schüler bzw. 6,54 für Studenten. 2. Aufbau, Zusatz- und Zweitstudiengänge sollen nur noch in Ausnahmefällen nach BafföG gefördert werden. Dies richtet sich in erster Linie gegen die Fachhochschulstudenten. 3. Sonderabschreibungen u.ä. sollen bei der Berechnung des Elterneinkommens nicht mehr abgezogen werden können. Allerdings ist diese Tat der „sozialen Gerechtigkeit" auch nur halbherzig geführt, da die Abschreibungen nach §7b EStG (Wohnungsbau), die die Hauptmasse dieser Sonderabschreibungen ausmachen, ausgenommen sind. Außerdem soll der Kinderfreibetrag gesenkt, die Zahlungen nicht mehr auf, sondern abgerundet werden, BafföG nur ab Antragstellung gezahlt werden, die Darlehensrate von 80 auf 120 erhöht werden.

### Volksbegehren gegen Startbahn West in Vorbereitung

*klp.Mörfelden-Walldorf.* Am Samstag, den 4.4., fand in Mörfelden-Walldorf ein Treffen von ca. 60 Vertretern von 15 hessischen Bürgerinitiativen, Umweltschutzverbänden und des BBU statt, um die Durchführung von Volksbegehren und Volksentscheid gegen die Startbahn West des Frankfurter Flughafens zu besprechen. Die überwiegende Mehrheit der anwesenden Gruppen erklärte ihre Unterstützung für dieses Vorhaben. Die Kampagne für Volksbegehren und Volksentscheid soll nicht nur die Startbahn West thematisieren, sondern die gesamte Umweltpolitik der hessischen Landesregierung. Das Treffen in Mörfelden ergab jedoch auch, daß die politischen Bedingungen für die Durchführung der Kampagne noch nicht hinreichend geklärt sind und deswegen die Unterstützung auf Ebene ganz Hessens noch zu gering ist. Deshalb wurde zu einem erneuten Treffen am 25.4., wieder in Mörfelden, eingeladen. Die Bürgerinitiative gegen die Flughafenerweiterung wird vermutlich auf ihrem Plenum im Mai endgültig über die Durchführung der Kampagne Beschluß fassen.

### Die Deutsche Bank steigert ihren Profit um 28%

*frb.* Die Deutsche Bank, größte unter den westdeutschen Bankmonopolen, hat ihre nächsten Konkurrenten weiter abgehängt. 3,6 Mrd. DM an Zinsüberschüssen und Provisionen hat sie 1980 einkassiert, blieben ihr nach Abzug der Betriebskosten mehr als eine Mrd. DM als Betriebsergebnis. Das ist 28% mehr als im Vorjahr. Die Aktionäre streichen für's Besitzen 10 DM (Vorjahr 9 DM) pro 50-DM-Aktie ein. Und seit die Bundesregierung 1977 die Körperschaftssteuer geändert hat, kommt dazu noch eine Steuergutschrift von 5,63 DM. Aber nicht nur Banken schwimmen derzeit in Geld, auch verschiedene öffentliche Haushalte haben noch Spielraum. So der bayerische, wo die Staatsregierung den Kauf von 127 Stück Tafelsilber für 5700000 DM beschlossen hat. Wer für dieses Geld bessere Verwendung vermute, „geht fehl", meint F.J. Strauß.

*CDU-Wohnungsdezernent:*

# „Ich wußte gar nicht, daß hier noch Menschen wohnen"


Der einzige Kinderspielplatz weit und breit ist umgeben von zwei Kneipen und einer Trinkhalle. Die Kneipe im Hintergrund ist ab 6 Uhr früh geöffnet. Die Größe des Spielplatzes täuscht: Er mißt nur 55 × 20 m.

**Die Profitgier der Spekulanten und die Kumpanei der Stadtverwaltung von Frankfurt lassen im Gutleutviertel am Rande der Innenstadt ein Ausländerghetto entstehen**

*chm.* „Ich bin in Deutschland, weil in Türkei Bauern nicht viel Geld haben. Mit Frau und drei Kinder zuwenig Geld." Zuerst war Ahmet hier allein, dann holte er nach dem Tod seiner Frau die drei Kinder. Das ist jetzt fünf Jahre her. Insgesamt ist er schon zehn Jahre in der BRD. Die älteste Tochter, 22 Jahre alt, geht aufs Gymnasium. Sie will studieren. Sie versorgt auch den Haushalt. Die Frage nach dem Sohn (18 Jahre alt) beantwortet er zögernd: „Sohn guter Junge. Nix Schule. Kein Deutsch gelernt. Sehr schwer." Jetzt geht er zur Volkshochschule und ins Türkische Volkshaus. Er hat keinen Hauptschulabschluß, keine Lehrstelle, den ganzen Tag ist er auf der Straße: „Deutsche Jungs auch manchmal keine Lehrstelle kriegen. Aber für Ausländer mehr schwer."

Ahmet, der jetzt meint, 45 Jahre alt zu sein, ein Geburtsregister gab's in den anatolischen Dörfern damals nicht, hat als Hilfsarbeiter angefangen auf dem Bau. Jetzt arbeitet er bei der Degussa als Maschinenschlosser. Ahmet ist nicht in der Gewerkschaft. Um eine klare Begründung drückt er sich herum. Er verdient 1765 DM. (Die türkischen Arbeiter liegen an unterster Stelle der Lohnskala ausländischer Arbeiter. Ihre Löhne sind um ¼ niedriger als die Löhne der deutschen Arbeiter.) Davon muß er 700 DM Warmmiete zahlen. Er wohnt in der Gutleutstraße, einer der Hauptverkehrsadern Frankfurts. Die Wohnung ist 67 qm groß.

Das Treppenhaus ist vergammelt, Feuchtigkeitsflecken an den Wänden, klappriges Treppengeländer, riesige Löcher in dem Linoleumfußboden auf den Treppenabsätzen, auch die sauberste Hausfrau, mit Meister Propper bewaffnet, könnte ihnen keinen Glanz mehr abringen. Auf jeden Treppenabsatz ein Klo für zwei Wohnungen.

Die Wohnung blitzt vor Sauberkeit. In den Zwiebelgeruch mischt sich der penetrante Salmiakgeruch von Ajax mit einer Prise Moder aus den feuchten Wänden. Der Fußboden ist sorgfältig mit Teppichboden ausgelegt. Dort, wo er Falten wirft, ist der schlechte Zustand der darunter liegenden Dielen

den ganzen Tag ist er auf der Straße: „Deutsche Jungs auch manchmal keine Lehrstelle kriegen. Aber für Ausländer mehr schwer."

Ahmet, der jetzt meint, 45 Jahre alt zu sein, ein Geburtsregister gab's in den anatolischen Dörfern damals nicht, hat als Hilfsarbeiter angefangen auf dem Bau. Jetzt arbeitet er bei der Degussa als Maschinenschlosser. Ahmet ist nicht in der Gewerkschaft. Um eine klare Begründung drückt er sich herum. Er verdient 1765 DM. (Die türkischen Arbeiter liegen an unterster Stelle der Lohnskala ausländischer Arbeiter. Ihre Löhne sind um ¼ niedriger als die Löhne der deutschen Arbeiter.) Davon muß er 700 DM Warmmiete zahlen. Er wohnt in der Gutleutstraße, einer der Hauptverkehrsadern Frankfurts. Die Wohnung ist 67 qm groß.

Das Treppenhaus ist vergammelt, Feuchtigkeitsflecken an den Wänden, klappriges Treppengeländer, riesige Löcher in dem Linoleumfußboden auf den Treppenabsätzen, auch die sauberste Hausfrau, mit Meister Propper bewaffnet, könnte ihnen keinen Glanz mehr abringen. Auf jeden Treppenabsatz ein Klo für zwei Wohnungen.

Die Wohnung blitzt vor Sauberkeit. In den Zwiebelgeruch mischt sich der penetrante Salmiakgeruch von Ajax mit einer Prise Moder aus den feuchten Wänden. Der Fußboden ist sorgfältig mit Teppichboden ausgelegt. Dort, wo er Falten wirft, ist der schlechte Zustand der darunter liegenden Dielen

schuld. Ein erfolglos gebliebener Versuch ist von Ahmet und seinen Landsleuten, die ihm beim Renovieren geholfen haben, gemacht worden, die Feuchtigkeitsflecken an den Decken und Wänden zu verdecken. Die Wände sind mit großgemusterten Blumentapeten bedeckt. Ahmet entschuldigt sich sofort für den schlechten Zustand der Wohnung, er sei jetzt seit fünf Jahren hier, ein Nachbar aus einem Dorf hätte sie ihm besorgt, als er aus seiner Wohnung in Bockenheim ausziehen mußte, weil der Hausbesitzer renovieren wollte. Er hätte schon mehrmals versucht, den Vermieter zu einer Sanierung der Wohnung zu bringen, er sei auch bereit, höhere Miete zu zahlen, aber der hätte sich immer geweigert. (Der Nachbar mußte inzwischen in die Türkei zurück wegen des von Wallmann erlassenen Zuzugsstopps für Familienangehörige.) „Wir Türken sehr sauber. Fünfmal am Tag Waschen für Gebet." Am Anfang hätten auch zwei deutsche Familien im Haus gewohnt. „Sie ausgezogen. Bessere Wohnung im Nordend und in Innenstadt. Ich muß hier bleiben." Wie er sich denn mit den deutschen Nachbarn verstanden hätte, frage ich. „Ich wollte Freund sein mit ihnen. Immer einladen zu Kaffee und Kuchen, aber immer nein sagen. Sie waren böse wegen schlechten Geruch von Essen, Zwiebeln und so. Deutsches Essen ist anders." Bei türkischen Festen hat er Freunde eingeladen, leider sind nur Türken gekommen, deutsche Kollegen sind nie gekommen. Die Nachbarn hätten gegen die türkische Musik protestiert. Katzenmusik gesagt. Jetzt protestiert keiner mehr, weil nur Ausländer wohnen. Aber er macht keinen erleichterten Eindruck.

Ob er denn auch seinen Töchtern erlaube, mit deutschen Jungen und Mädchen zusammenzukommen. Er schickt die beiden Mädchen aus dem Zimmer unter dem Vorwand, uns Tee zu machen und etwas zu essen. Die Antwort fällt ihm sichtlich schwer und ist auch widersprüchlich. E. und G. sind gute Mädchen, fleißig, sie sollen einmal heiraten. Er hätte schon die Aussteuer gespart. Einen Deutschen? „Deutscher Mann gut. Aber immer Geld wollen, kein Mehr (Morgengabe) zahlen. Frauen zu viel frei sein bei deutschen Mann. Gegen Islam. Muslemfrau und Christ zusammen verboten." Aber wenn die Töchter hier bleiben, hier arbeiten, wie will er das verhindern? Er ist ratlos. Jetzt muß die ältere Tochter nach der Schule sofort nach Hause. Nicht nur die Verantwortung für den Haushalt ist daran schuld.

Was Ahmet auf alle Fälle möchte, ist, sobald wie möglich aus dem Gutleutviertel raus. Warum? Schlechter Stadtteil, schlechte Schulen, keine Geschäfte zum Einkaufen, keine Verkehrsmittel, kein Jugendzentrum, keine Möglichkeit, sich mit anderen Leuten zu treffen außer in den Kneipen, in denen sich die Zuhälter zusammenrotten. Die alteingesessenen Bewohner des Gutleutviertels nennen es „den geschundenen Stadtteil". Zerstört hat den Stadtteil die Bodenspekulation. Es ist profitträchtiger, Altbauwohnungen abzureißen und Bürohäuser oder Bordelle zu bauen. Es gibt auch Appartementhäuser: Für ein Ein-Zimmerappartement muß eine Prostituierte inzwischen an die 1000 DM zahlen. Auch mit den Asylsuchenden lassen sich Geschäfte machen. Sie werden im Gutleutviertel untergebracht auf Anweisung des Ausländeramtes. Aus einem einzigen Asylantenwohnheim, in dem 56 wohnen, eine Überbelegung von 100%, holt die Orion-Versicherungsgesellschaft 7500 DM monatlich heraus.

Ein Ausländer, der in Frankfurt Wohnung sucht, ob neu oder weil er aus einem anderen Stadtteil wegsaniert worden ist, wird von den Maklern automatisch ins Gutleutviertel geschickt. Inzwischen ist der Ausländeranteil im Gutleutviertel auf 74% gestiegen. Ahmets Chancen, aus dem Stadtteil herauszukommen, sind gering.

Die sozialen Einrichtungen im Stadtteil sind in einem katastrophalen Zustand: Für 778 Kinder im Alter zwischen 0 – 6 Jahren existieren knapp 200 Plätze. Der Kindergarten der Weißfrauengemeinde im Vergnügungsviertel, deren Pfarrer Carsten Petersen einen Arbeitskreis zur Stadtteilarbeit gegründet und von der CDU, speziell von

ten zu treffen außer in den Kneipen, in denen sich die Zuhälter zusammenrotten. Die alteingesessenen Bewohner des Gutleutviertels nennen es „den geschundenen Stadtteil". Zerstört hat den Stadtteil die Bodenspekulation. Es ist profitträchtiger, Altbauwohnungen abzureißen und Bürohäuser oder Bordelle zu bauen. Es gibt auch Appartementhäuser: Für ein Ein-Zimmerappartement muß eine Prostituierte inzwischen an die 1000 DM zahlen. Auch mit den Asylsuchenden lassen sich Geschäfte machen. Sie werden im Gutleutviertel untergebracht auf Anweisung des Ausländeramtes. Aus einem einzigen Asylantenwohnheim, in dem 56 wohnen, eine Überbelegung von 100%, holt die Orion-Versicherungsgesellschaft 7500 DM monatlich heraus.

Ein Ausländer, der in Frankfurt Wohnung sucht, ob neu oder weil er aus einem anderen Stadtteil wegsaniert worden ist, wird von den Maklern automatisch ins Gutleutviertel geschickt. Inzwischen ist der Ausländeranteil im Gutleutviertel auf 74% gestiegen. Ahmets Chancen, aus dem Stadtteil herauszukommen, sind gering.

Die sozialen Einrichtungen im Stadtteil sind in einem katastrophalen Zustand: Für 778 Kinder im Alter zwischen 0 – 6 Jahren existieren knapp 200 Plätze. Der Kindergarten der Weißfrauengemeinde im Vergnügungsviertel, deren Pfarrer Carsten Petersen einen Arbeitskreis zur Stadtteilarbeit gegründet und von der CDU, speziell von

Wallmann, heftig angegiftet wird, wird vom Bauspekulanten Selmi bedroht. Das Nachbarhaus hat Selmi schon durch Zumauern der Fenster unbewohnbar gemacht, und er setzt die Kirchengemeinde unter Druck, damit sie ihm verkauft. Der zweite Kindergarten, nur einige Schritte vom Bahnhof entfernt, führt einen zähen Kampf gegen das riesige Park-Hotel – Zimmerpreise zwischen 150 und 350 DM pro Nacht. Das Parkhotel will einen Teil des Gartens haben, um seinen Lieferanteneingang zu vergrößern. In einer Unterschriftensammlung haben sich alle Eltern gegen die Absichten des Parkhotels ausgesprochen. Der dritte Kindergarten im Stadtteil hat als Spielplatz einen Hinterhof mit einer Spielfläche von höchstens 20 qm. Er steht unter der Fuchtel einer reaktionären Gemeindeschwester, die die Kinder mit ihrer „christlichen Nächstenliebe" schikaniert: „Auch türkische Kinder müssen bei uns die Hände falten und Weihnachten und Ostern feiern. Keiner hat was dagegen." Der vierte und letzte Kindergarten im Stadtteil ist in einem ehemaligen Reitstall untergebracht und liegt mindestens ½ Stunde von den Wohnhäusern entfernt, in unmittelbarer Nachbarschaft des E-Werks; nach dem Ausbau der Gutleutstraße zum Autobahnzubringer werden die Kinder nicht nur von den Emissionen des benachbarten Degussa-Werkes eingenebelt, sondern zusätzlich von den Abgasen von mindestens 50000 Autos, die täglich die Straße befahren werden. Abgesehen davon ist es ein großes Abenteuer, die Straße zu überqueren, da weit und breit kein Fußgängerüberweg und keine Fußgängerampel existieren, auch keine geplant sind.

Die Lage an den Schulen ist nicht anders. Auf dem gleichen Gelände wie der Kindergarten im Reitstall ist eine dreiklassige Grundschule, die Sommerhoffschule. Die Mehrheit der Kinder gehen in die Karmeliterschule, die mitten im Vergnügungsviertel liegt, weil sie näher ist. Genau wie in den Kindergärten liegt der Anteil der ausländischen Kinder zwischen 90 und 100%. Ich frage Ahmets jüngste Tochter, wie es denn bei ihnen aussieht. „Sehr schwer", sagt sie, „wir sind 25 Schüler in der Klasse: Griechen, Türken, Jugoslawen, Spanier, Italiener, Portugiesen, Afghanen, Pakistanis, Inder, Araber. Nur drei sind Deutsche. Mit vielen können wir gar nicht reden, weil sie kein Deutsch können. Am Anfang haben wir auch die Lehrerin nicht verstanden. Wir haben immer Zoff gemacht. Sie ist bald durchgedreht. Aber still sitzen und nichts verstehen konnten wir auch nicht. Wir haben uns in der Klasse geprügelt. Vor allem mit den anderen ausländischen Schülern, wir z.B. vor allem mit den griechischen Schülern, die uns immer dreckige Türken beschimpft haben."

Die Karmeliterschule ist seit 26 Jahren nicht renoviert worden. Mit 500 Schülern platzt sie aus allen Nähten. Es gibt weder einen richtigen Turnraum, noch Physik- und Chemieräume. Die elektrischen Leitungen kriechen aus den Wänden heraus. Teile der Schule können die Schüler wegen „Lebensgefahr" nicht betreten. Vor allem aber hat die Schule zu wenig Lehrer, zu wenig an der Zahl und kaum ausgebildet für die schwierige Aufgabe, den ausländischen Kindern Deutsch beizubringen. Die GEW fordert, daß ein ausländischer Schüler doppelt gezählt werden muß beim Errechnen des Lehrerbedarfs. Der Forderung hat sich auch der Elternbeirat der Karmeliterschule angeschlossen, dessen Vorsitzender sich große Mühe gibt, über die Lage an der Schule zu informieren. Erst nach einem Schulstreik, durch den Elternbeirat organisiert, Anfang 1980, hat das Schulamt beschlossen, die Schule zu renovieren. Ein Jahr hat es dann gedauert, bis das Gerüst aufgestellt wurde.

Einig sind sich Lehrer und Eltern darin, daß die Zustände an den Schulen nicht die Schuld der ausländischen Schüler sind, auch wenn ihnen vieles an den Kindern fremd ist, vor allem bei den Türken und Marokkanern. Ahmets Tochter erzählte mir, daß sie am Anfang auch mit der traditionellen türkischen Kleidung – eine Hose, ein langes Kleid darüber und ein stramm ge-

Schülern, die uns immer dreckige Türken beschimpft haben."

Die Karmeliterschule ist seit 26 Jahren nicht renoviert worden. Mit 500 Schülern platzt sie aus allen Nähten. Es gibt weder einen richtigen Turnraum, noch Physik- und Chemieräume. Die elektrischen Leitungen kriechen aus den Wänden heraus. Teile der Schule können die Schüler wegen „Lebensgefahr" nicht betreten. Vor allem aber hat die Schule zu wenig Lehrer, zu wenig an der Zahl und kaum ausgebildet für die schwierige Aufgabe, den ausländischen Kindern Deutsch beizubringen. Die GEW fordert, daß ein ausländischer Schüler doppelt gezählt werden muß beim Errechnen des Lehrerbedarfs. Der Forderung hat sich auch der Elternbeirat der Karmeliterschule angeschlossen, dessen Vorsitzender sich große Mühe gibt, über die Lage an der Schule zu informieren. Erst nach einem Schulstreik, durch den Elternbeirat organisiert, Anfang 1980, hat das Schulamt beschlossen, die Schule zu renovieren. Ein Jahr hat es dann gedauert, bis das Gerüst aufgestellt wurde.

Einig sind sich Lehrer und Eltern darin, daß die Zustände an den Schulen nicht die Schuld der ausländischen Schüler sind, auch wenn ihnen vieles an den Kindern fremd ist, vor allem bei den Türken und Marokkanern. Ahmets Tochter erzählte mir, daß sie am Anfang auch mit der traditionellen türkischen Kleidung – eine Hose, ein langes Kleid darüber und ein stramm ge-

bundenes Kopftuch – in die Schule gegangen ist. Dann hätte sie sich geschämt und angefangen, sich „wie die Europäer" anzuziehen. Prompt bekam sie Schwierigkeiten mit ihrem Vater. Aber er mußte nachgeben. Eine regelmäßige Hausaufgabenbetreuung ist gerade bei diesen Kindern besonders schwierig: Die Erziehung der Kinder liegt im Aufgabenbereich der Mutter, die aber häufig nicht lesen und schreiben kann.

Was den Lehrern unverständlich bleibt, ist, daß Elternarbeit auf kein großes Interesse stößt. Auch in anderen Initiativen arbeiten die ausländischen Stadtteilbewohner nicht mit, weder am Kampf um die Verwandlung der seit Jahren leerstehenden Gutleutkaserne in ein Bürgerzentrum sind sie beteiligt, noch haben sie in der Bürgerinitiative gegen den Autobahnzubringer mitgearbeitet. Im Elternbeirat der Karmeliterschule sind sie auch nicht. Ein entscheidender Grund ist das Ausländergesetz, das den ausländischen Arbeitern alle politischen Rechte für die Dauer ihres Aufenthaltes hier abspricht und sie ständig mit Ausweisung bedroht. Ich frage Ahmet, warum er sich nicht an der Elternarbeit beteiligt.

Er sagt dazu, daß er Schicht arbeitet, Überstunden machen muß, um über die Runden zu kommen, auch den Gesprächen nicht gut folgen könne, weil sein Deutsch immer noch zu schlecht sei. „In Türkei Regierung alles bestimmen." Aber hier gibt es bestimmte Rechte, die sich Eltern und Schüler gegenüber der Regierung erkämpft hätten. Sie hätten jetzt auch die Renovierung der Karmeliterschule nach einem Schulstreik durchgesetzt ... „Deutsche vielleicht, nicht Ausländer. Ausländer haben keine Rechte."


Der Kindergarten im Reitstall: 104 DM muß man hinblättern für einen Kindergartenplatz. Die Wartezeiten betragen bis zu drei Jahren!





Der Kindergarten im Reitstall: 104 DM muß man hinblättern für einen Kindergartenplatz. Die Wartezeiten betragen bis zu drei Jahren!



Der Schulweg führt durch das Vergnügungsviertel am Frankfurter Bahnhof


Die Karmeliterschule: Ein trostloser Bau aus dem Jahre 1904. Auf dem Schulgelände steht auch eine Sonderschule, die aus Platzgründen ausgelagert ist. Die Schüler haben dadurch einen Schulweg von mindestens drei km zurückzulegen.

# Rechtsvorstellungen der Arbeiter und Reformismus

## Über die Kategorie der „Arbeiteraristokratie“ und ihre Anwendung

*ges.* Einerseits gibt es das Bestreben, Reformismus und Revisionismus als „reale Gestalt der Arbeiterbewegung in den entwickelten kapitalistischen Ländern“ theoretisch und politisch zu rehabilitieren (Wilfried Maier, Hefte für Demokratie und Sozialismus 4/5 – 80, S. 54), andererseits wird ein Interesse der Arbeiterklasse an der Aufrechterhaltung von Kapitalismus und Imperialismus behauptet und nach einem neuen revolutionären Subjekt gesucht (z.B. R. Bahro, Elemente einer neuen Politik).

Beides ist so neu nicht. Mit dem Hinweis auf die Notwendigkeit der Verbindung mit der „realen Arbeiterbewegung“ ist die DKP in den sechziger Jahren den Kräften entgegen getreten, die den wissenschaftlichen Sozialismus mit der Arbeiterbewegung verbinden wollten, um den revolutionären Charakter der Arbeiterbewegung zu entwickeln, während von Kräften, die durch die kritische Theorie beeinflußt waren, alle möglichen revolutionären Subjekte gesucht und gefunden wurden außer der Arbeiterklasse. Wie kann Reformismus und Revisionismus der Arbeiterklasse äußerlich sein, wenn sie in ihrer Mehrheit nicht oder noch nicht revolutionär gesinnt ist und wie kann die Arbeiterklasse revolutionär sein, wenn sie in ihrer Mehrheit erst nächste Forderungen erhebt? Auf diese Fragen, die nicht neu sind, versucht das Programm des KBW eine Antwort zu geben, indem es die dem Kapitalismus und Imperialismus entgegengesetzten Interessen der Arbeiterklasse prinzipiell herausarbeitet und gleichzeitig feststellt: „Das größte Hindernis beim Zusammenschluß des Proletariats im Kampf für seine Befreiung ist die Spaltung der Arbeiterklasse durch Reformismus und Revisionismus. Diese bürgerlichen Strömungen in der Arbeiterbewegung, deren Kern die Ablehnung der proletarischen Diktatur und die Idee der Klassenzusammenarbeit und Klassenversöhnung ist, haben ihre Hauptträger und Vorkämpfer in der schmalen Schicht von Arbeiteraristokraten und Arbeiterbürokraten, die der Imperialismus hervorgebracht hat. Ihren Einfluß auf die Arbeitermassen verdanken sie der – verglichen mit den unterdrückten Völkern – günstigen Lebenslage von Teilen des Proletariats der imperialistischen Länder, die den ungeheuer gesteigerten Ausbeutungsgrad der gesellschaftlichen Arbeit in den kurzen Perioden scheinbar ruhiger Entwicklung verdeckt.“

Was sind die Mängel dieser Programmstelle, die die Auseinandersetzung mit den Verklärungsversuchen von Reformismus und Revisionismus als Ausdruck der Arbeiterbewegung und mit den Versuchen, die Arbeiterbewegung als Integrations- und Stabilitätsfaktor der bürgerlichen Gesellschaft darzustellen, erschweren?

Hauptmangel ist, daß die relative Einheit der Arbeiterbewegung, die in der Bundesrepublik eben nicht offen gespalten ist in einen reformistisch-revisionistischen und einen revolutionären Flügel, negiert wird, und stattdes-

mus und Imperialismus entgegengesetzten Interessen der Arbeiterklasse prinzipiell herausarbeitet und gleichzeitig feststellt: „Das größte Hindernis beim Zusammenschluß des Proletariats im Kampf für seine Befreiung ist die Spaltung der Arbeiterklasse durch Reformismus und Revisionismus. Diese bürgerlichen Strömungen in der Arbeiterbewegung, deren Kern die Ablehnung der proletarischen Diktatur und die Idee der Klassenzusammenarbeit und Klassenversöhnung ist, haben ihre Hauptträger und Vorkämpfer in der schmalen Schicht von Arbeiteraristokraten und Arbeiterbürokraten, die der Imperialismus hervorgebracht hat. Ihren Einfluß auf die Arbeitermassen verdanken sie der – verglichen mit den unterdrückten Völkern – günstigen Lebenslage von Teilen des Proletariats der imperialistischen Länder, die den ungeheuer gesteigerten Ausbeutungsgrad der gesellschaftlichen Arbeit in den kurzen Perioden scheinbar ruhiger Entwicklung verdeckt.“

Was sind die Mängel dieser Programmstelle, die die Auseinandersetzung mit den Verklärungsversuchen von Reformismus und Revisionismus als Ausdruck der Arbeiterbewegung und mit den Versuchen, die Arbeiterbewegung als Integrations- und Stabilitätsfaktor der bürgerlichen Gesellschaft darzustellen, erschweren?

Hauptmangel ist, daß die relative Einheit der Arbeiterbewegung, die in der Bundesrepublik eben nicht offen gespalten ist in einen reformistisch-revisionistischen und einen revolutionären Flügel, negiert wird, und stattdes-

sen eine solche Spaltung unterstellt wird. Die relative Einheit der Arbeiterbewegung unter sozialdemokratischer Führung macht aber gerade den Unterschied der bisherigen Entwicklung der Arbeiterbewegung in der BRD und in der Weimarer Republik aus. Es sieht so aus, als wäre die Einheit der Arbeiterbewegung während des 19. Jahrhunderts unter Führung der Sozialdemokratie wiederhergestellt, nur daß halt die Sozialdemokratie ihren Charakter gewandelt hat und zu einer bürgerlichen Arbeiterpartei geworden ist. Nun bezieht sich zwar die zitierte Programmstelle nicht auf die Arbeiterbewegung der BRD, sondern auf die Entwicklung der Arbeiterbewegung in der gesamten Epoche des Imperialismus und der proletarischen Revolution, bloß ist es halt gleichzeitig auch der einzige Abschnitt im Programm des KBW, wo auf diese Entwicklung der Arbeiterbewegung eingegangen wird.

Zu der relativen Einheit von Arbeiterbewegung und Sozialdemokratie kann es aber nur kommen, weil es Übereinstimmungen gibt zwischen den spontanen Rechtsvorstellungen der Arbeiter und Sozialdemokratismus, der diese in ein System bringt, verknöchert und die Arbeiterbewegung in diesen Rahmen zwängen und einschränken will. Die spontanen Rechtsvorstellungen der Arbeiter entspringen aber aus der Lohnform, in der der Verkauf der Arbeitskraft zu ihrem Wert als Bezahlung des Gebrauchswerts der Arbeitskraft, der Arbeit selber, erscheint: „Die Form des Arbeitslohns löscht also jede Spur der Teilung des Arbeitstages in notwendige Arbeit und Mehrarbeit, in bezahlte und unbezahlte Arbeit aus. Alle Arbeit erscheint als bezahlte Arbeit.“ (Kapital I, S. 562) Das Geldverhältnis verbirgt die Ausbeutung, das Umsonstarbeiten des Lohnarbeiters: „Auf dieser Erscheinungsform, die das wirkliche Verhältnis unsichtbar macht und gerade sein Gegenteil zeigt, beruhn alle Rechtsvorstellungen des Arbeiters wie des Kapitalisten, alle Mystifikationen der kapitalistischen Produktionsweise, alle ihre Freiheitsillusionen, alle apologetischen Flausen der Vulgärökonomie.“ (ebd.) Der Unterschied ist der: die Kapitalisten haben ein Interesse an der Aufrechterhaltung dieser Mystifikation, die Arbeiter nicht, doch sind ihre Vorstellungen trotz der von vornherein entgegengesetzten Interessen zunächst und spontan durch die Lohnform geprägt. Durch den Kostpreis, indem die sachlichen Faktoren des Produktionsprozesses, die Produktionsmittel, und die persönlichen Faktoren des Produktionsprozesses, die Arbeiter, unter dem Kostengesichtspunkt gleichgesetzt werden, wird die „Mystifikation des Verwertungsprozesses des Kapitals vollendet“ (Kapital III, S. 44): „Weil auf dem einen Pol der Preis der Arbeitskraft in der verwandelten Form von Arbeitslohn, erscheint auf dem Gegenpol der Mehrwert in der verwandelten Form des Profits“, d.h. als Überschuß über die unter dem Kostengesichtspunkt gleichgesetzten Produktionsfaktoren, Produktionsmittel und Produ-

„Die Form des Arbeitslohns löscht also jede Spur der Teilung des Arbeitstages in notwendige Arbeit und Mehrarbeit, in bezahlte und unbezahlte Arbeit aus. Alle Arbeit erscheint als bezahlte Arbeit.“ (Kapital I, S. 562) Das Geldverhältnis verbirgt die Ausbeutung, das Umsonstarbeiten des Lohnarbeiters: „Auf dieser Erscheinungsform, die das wirkliche Verhältnis unsichtbar macht und gerade sein Gegenteil zeigt, beruhn alle Rechtsvorstellungen des Arbeiters wie des Kapitalisten, alle Mystifikationen der kapitalistischen Produktionsweise, alle ihre Freiheitsillusionen, alle apologetischen Flausen der Vulgärökonomie.“ (ebd.) Der Unterschied ist der: die Kapitalisten haben ein Interesse an der Aufrechterhaltung dieser Mystifikation, die Arbeiter nicht, doch sind ihre Vorstellungen trotz der von vornherein entgegengesetzten Interessen zunächst und spontan durch die Lohnform geprägt. Durch den Kostpreis, indem die sachlichen Faktoren des Produktionsprozesses, die Produktionsmittel, und die persönlichen Faktoren des Produktionsprozesses, die Arbeiter, unter dem Kostengesichtspunkt gleichgesetzt werden, wird die „Mystifikation des Verwertungsprozesses des Kapitals vollendet“ (Kapital III, S. 44): „Weil auf dem einen Pol der Preis der Arbeitskraft in der verwandelten Form von Arbeitslohn, erscheint auf dem Gegenpol der Mehrwert in der verwandelten Form des Profits“, d.h. als Überschuß über die unter dem Kostengesichtspunkt gleichgesetzten Produktionsfaktoren, Produktionsmittel und Produ-

zent, „Kapital“ und Arbeit. Mit Notwendigkeit entspringt auf Seiten der Arbeiter die Vorstellung des Rechts auf gleichberechtigte Verfügung über das Ergebnis der Produktion und die Reproduktion. Der Kapitalist kann demgegenüber auf das Eigentum an den Produktionsmitteln pochen, hat es aber ideologisch schwer, den Forderungen nach Mitbestimmung, Wirtschaftsdemokratie, Investitionslenkung etc. mit dem Herr-im-Haus-Standpunkt entgegenzutreten. Er kann sich aber auf allerlei einlassen, da all diese Forderungen im Prinzip an dem Ausbeutungsverhältnis nicht rühren.

Die Schwierigkeit besteht darin, die mit Notwendigkeit aus der Lohnform entspringenden Rechtsvorstellungen der Arbeiter und den Reformismus als ideologisches und politisches Zwangskorsett auseinanderzudividieren; die wesentlichen Interessen der Arbeiterklasse herauszuarbeiten und die Bedingungen zu schaffen, unter denen das Zwangskorsett des Reformismus gesprengt werden kann. Dabei ist die objektive Entwicklung des Klassengegensatzes grundlegend. Da aufgrund der objektiven Bedingungen der Akkumulation des Kapitals und entsprechenden Kampferfolgen unter diesen, der Arbeiterbewegung günstigen Bedingungen, der unversöhnliche Klassengegensatz in der Bundesrepublik vorübergehend nur im Untergrund wirkte, aber nicht offen zu Tage trat, haben sich die spontanen Rechtsvorstellungen der Arbeiter und der sozialdemokratische Reformismus so verschmolzen, daß die Verbindung des wissenschaftlichen Sozialismus mit der Arbeiterbewegung kaum gelungen ist. Die Revolutionäre ihrerseits haben bisher auch nicht viel Geschick erwiesen, dies Amalgam zu lösen und in der Praxis an den aufbrechenden Widersprüchen zwischen Rechtsvorstellungen der Arbeiter und sozialdemokratischem Reformismus anzuknüpfen, um diese spontanen Rechtsvorstellungen aufzuklären, die wesentlichen Interessen der Arbeiterklasse bewußt zu machen und jede Verletzung dieser Rechtsvorstellungen zu nutzen, um diese selber zu überwinden. Das verlangt um so höheres Geschick, als ein beträchtlicher Teil der sozialdemokratischen Gewerkschaftsfunktionäre das reformistische Ideensystem keineswegs als Waffe gegen den Kommunismus, sondern guten Glaubens und im Widerspruch zur Entwicklung des Kapitalismus hegt und pflegt.

Die Hauptschwäche des Programms des KBW ist, daß es von diesem Verschmelzungsprozeß von spontanen Rechtsvorstellungen der Arbeiter und sozialdemokratischem Reformismus keine Vorstellung vermittelt und dementsprechend auch keine ausreichende Vorstellung ermöglicht, wie in Theorie und Praxis diese Verschmelzung aufgebrochen werden kann und die Vorherrschaft des Reformismus überwunden werden kann. Nachdem die Kommunisten in der Weimarer Republik nicht in der Lage waren, die Situation der Spaltung der Arbeiterbewegung zu nutzen, um auf höherer Stufe die Einheit der Arbeiterbewegung im Kampf gegen Faschismus und Kriegsgefahr, gegen

Verbindung des wissenschaftlichen Sozialismus mit der Arbeiterbewegung kaum gelungen ist. Die Revolutionäre ihrerseits haben bisher auch nicht viel Geschick erwiesen, dies Amalgam zu lösen und in der Praxis an den aufbrechenden Widersprüchen zwischen Rechtsvorstellungen der Arbeiter und sozialdemokratischem Reformismus anzuknüpfen, um diese spontanen Rechtsvorstellungen aufzuklären, die wesentlichen Interessen der Arbeiterklasse bewußt zu machen und jede Verletzung dieser Rechtsvorstellungen zu nutzen, um diese selber zu überwinden. Das verlangt um so höheres Geschick, als ein beträchtlicher Teil der sozialdemokratischen Gewerkschaftsfunktionäre das reformistische Ideensystem keineswegs als Waffe gegen den Kommunismus, sondern guten Glaubens und im Widerspruch zur Entwicklung des Kapitalismus hegt und pflegt.

Die Hauptschwäche des Programms des KBW ist, daß es von diesem Verschmelzungsprozeß von spontanen Rechtsvorstellungen der Arbeiter und sozialdemokratischem Reformismus keine Vorstellung vermittelt und dementsprechend auch keine ausreichende Vorstellung ermöglicht, wie in Theorie und Praxis diese Verschmelzung aufgebrochen werden kann und die Vorherrschaft des Reformismus überwunden werden kann. Nachdem die Kommunisten in der Weimarer Republik nicht in der Lage waren, die Situation der Spaltung der Arbeiterbewegung zu nutzen, um auf höherer Stufe die Einheit der Arbeiterbewegung im Kampf gegen Faschismus und Kriegsgefahr, gegen

kapitalistische Offensive und terroristische Diktatur der Finanzbourgeoisie wiederherzustellen und im Kampf für den Sozialismus zu festigen, sind wir bisher nur wenig in der Lage von der existierenden relativen Einheit der Arbeiterbewegung ausgehend die Umwandlung der Arbeiterbewegung in eine revolutionäre Bewegung, die Verbindung des wissenschaftlichen Sozialismus mit der weitgehend einheitlichen, aber unter der Vorherrschaft des Reformismus stehenden Arbeiterbewegung, voranzubringen. Das hängt mit dem zweiten Mangel des Programms zusammen. Statt von der relativen Einheit der Arbeiterbewegung auszugehen, diese zu erklären, wird ausgehend von der Behauptung der Spaltung, mit den Begriffen der schmalen Schicht von Arbeiteraristokratie und Arbeiterbürokraten die Spaltungslinie auch gleich fixiert. Bei relativer Einheit der Arbeiterbewegung kann eine solche Fixierung der Spaltungslinie einerseits nur fiktiven Charakter haben und leicht dazu führen, durch den unbestimmten Charakter der „schmalen Schicht“ das Angriffsfeld unter der Hand auf die Arbeiterbewegung insgesamt oder wesentliche Teile derselben auszudehnen. Das geschieht zum Beispiel, wenn zum Frontalangriff auf die Mitbestimmung geblasen wird, weil doch nur ein paar Pöstchenjäger was von ihr hätten.

Die Existenz einer schmalen Schicht von Arbeiteraristokraten und Arbeiterbürokraten wird im Programm einerseits zur Erklärung der behaupteten Spaltung der Arbeiterbewegung eingeführt, andererseits als epochale Kategorie, „die der Imperialismus hervorgebracht hat.“. In seinen „Thesen zum Kampf gegen das Lohnsystem, gegen kapitalistische Rationalisierung und gegen die Folgen der Krise“ hat nun das ZK des KBW den Erklärungswert dieser Kategorie als epochaler Kategorie für Entwicklung und Stand der Arbeiterbewegung in der BRD bestritten, zumindest was die „Arbeiteraristokratie“ betrifft. Nun hat aber diese Kategorie in der Geschichte der kommunistischen Bewegung eine große Bedeutung und deshalb kann die Frage nicht durch ein paar Bemerkungen erledigt sein. Das war auch nicht der Sinn dieser „Thesen“. Sowieso handelt es sich um eine Programmfrage, die nur durch eine Delegiertenkonferenz des KBW entschieden werden kann. Wir und nicht nur wir, sondern ein beträchtlicher Teil der Linken, befinden uns gegenwärtig erneut in einer Debatte programmatischer Fragen aufgrund zum Teil schmerzlicher Erfahrungen und auch aufgrund von Erkenntnissen. Meines Erachtens müssen die Kommunisten, um in dieser Debatte die wesentlichen Erkenntnisse des wissenschaftlichen Sozialismus verteidigen zu können – die Einsicht in den unversöhnlichen Klassengegensatz zwischen Bourgeoisie und Proletariat, die Einsicht, daß dieser zur klassenlosen Gesellschaft, zum Kommunismus führt, daß dazu die Zerschlagung des bürgerlichen Staatsapparates und die Errichtung der Diktatur des Proletariats für eine Übergangsperiode unumgänglich sind – eine bestimmte Vorstellung des Marxismus-Leninismus, den man bloß anwenden müßte, aufgeben. Nicht in dem Sinne, in dem uns dies schon oft geraten worden ist, weil der Marxismus-Leninismus dogmatisch sei, sondern weil eine bestimmte Vorstellung von Marxismus-Leninismus daran hindert, ausreichend den eigenen Kopf anzuwenden, worauf es aber ankommt. Diese Sorte von Anwendung des Marxismus-Leninismus, die im Programm des KBW aus gutem Grund nicht beschworen wird, führt zur Umwandlung historischer Kategorien, die wirkliche Verhältnisse erfassen, in Dogmen, unter die die wirklichen Verhältnisse subsummiert, in denen sie untergebracht werden. Gleichzeitig führt er zu Empirismus, indem mit vereinzelten Tatsachen die tollsten Ideen in die Welt gesetzt werden, statt die Tatsachen in ihrem Zusammenhang, in ihrer Gesamtheit und in ihrem Wechselverhältnis zu untersuchen.

Zum Beispiel ist es leicht, Äußerungen von Bourgeoispolitikern zu finden, die auf einen Drang nach Osten hin-

kenntnissen. Meines Erachtens müssen die Kommunisten, um in dieser Debatte die wesentlichen Erkenntnisse des wissenschaftlichen Sozialismus verteidigen zu können – die Einsicht in den unversöhnlichen Klassengegensatz zwischen Bourgeoisie und Proletariat, die Einsicht, daß dieser zur klassenlosen Gesellschaft, zum Kommunismus führt, daß dazu die Zerschlagung des bürgerlichen Staatsapparates und die Errichtung der Diktatur des Proletariats für eine Übergangsperiode unumgänglich sind – eine bestimmte Vorstellung des Marxismus-Leninismus, den man bloß anwenden müßte, aufgeben. Nicht in dem Sinne, in dem uns dies schon oft geraten worden ist, weil der Marxismus-Leninismus dogmatisch sei, sondern weil eine bestimmte Vorstellung von Marxismus-Leninismus daran hindert, ausreichend den eigenen Kopf anzuwenden, worauf es aber ankommt. Diese Sorte von Anwendung des Marxismus-Leninismus, die im Programm des KBW aus gutem Grund nicht beschworen wird, führt zur Umwandlung historischer Kategorien, die wirkliche Verhältnisse erfassen, in Dogmen, unter die die wirklichen Verhältnisse subsummiert, in denen sie untergebracht werden. Gleichzeitig führt er zu Empirismus, indem mit vereinzelten Tatsachen die tollsten Ideen in die Welt gesetzt werden, statt die Tatsachen in ihrem Zusammenhang, in ihrer Gesamtheit und in ihrem Wechselverhältnis zu untersuchen.

Zum Beispiel ist es leicht, Äußerungen von Bourgeoispolitikern zu finden, die auf einen Drang nach Osten hin-

weisen. Daraus aber die Politik der westdeutschen Finanzbourgeoisie „erklären“ zu wollen und eine ungebrochene Kontinuität von Wilhelm II über Hitler bis zu Helmut Schmidt ableiten zu wollen, geht völlig an den Tatsachen vorbei, wenn man diese in ihrem Zusammenhang, ihrer Gesamtheit und in ihrem Wechselverhältnis betrachtet und dann sehen kann, daß sich die westdeutsche Bourgeoisie zwischen den beiden Supermächten zurechtzuwinden versucht, um sich zu halten, was nicht besser ist, aber was anderes.

Engels hat von einer Arbeiteraristokratie gesprochen, um zu verstehen, warum die englische Arbeiterklasse vorübergehend eine politisch rückständige Rolle spielte, obwohl in England der Kapitalismus am weitesten entwickelt war. Zu verschiedenen Zeiten faßte Engels diesen Begriff mehr oder weniger weit. 1892 verstand er darunter im wesentlichen die englischen qualifizierten Arbeiter. 1885 hatte er geschrieben: „Die Wahrheit ist: solange Englands Industriemonopol dauerte, hat die englische Arbeiterklasse bis zu einem gewissen Grad teilgenommen an den Vorteilen dieses Monopols. Diese Vorteile wurden sehr ungleich unter sie verteilt; die privilegierte Minderheit sackte den größten Teil ein, aber selbst die große Masse hatte wenigstens dann und wann vorübergehend ihr Teil. Und das ist der Grund, warum seit dem Aussterben des Owenismus es in England keinen Sozialismus gegeben hat.“ (MEW 22, S.227) Dies Monopol wurde in den 80iger Jahren des 19. Jahrhunderts gebrochen, und Engels selber konnte noch den Neuaufschwung der englischen Arbeiterbewegung feststellen (ebd.).

Lenin hatte 1914 die Spaltung der II. Internationale und den Übergang der Mehrheit der Parteien der II. Internationale auf sozialchauvinistischen Kurs zu verstehen und zu erklären. Er machte dafür die Vertreter einer Arbeiteraristokratie verantwortlich, die sich in allen entwickelten kapitalistischen Ländern als Schicht herausgebildet habe. Lenin hat zu verschiedenen Zeiten diese Schicht unterschiedlich weit gefaßt und sie auch unterschiedlich erklärt, zunächst vor allem aus dem auf mehrere Länder ausgedehnten Kolonial- und Industriemonopol, in der allgemeinsten Fassung aus den Extraprofiten des Kapitalexports der Handvoll besonders reicher und besonders mächtiger Staaten, die der Kapitalismus in seinem imperialistischen Stadium hervorgebracht hatte. In seinem Vorwort zur französischen und deutschen Ausgabe von „Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus“ schrieb Lenin 1920:

„Es ist klar, daß man aus solchem gigantischen *Extraprofit* (denn diesen Profit streichen die Kapitalisten über den Profit hinaus ein, den sie aus den Arbeitern ihres ‚eigenen' Landes herauspressen), die Arbeiterführer und die Oberschicht der Arbeiteraristokratie *bestechen kann.* Sie wird denn auch von den Kapitalisten der ‚fortgeschrittenen' Länder bestochen – durch tausenderlei Methoden, direkte und indirekte, offene und versteckte. Die Schicht der verbürgerten Arbeiter oder die ‚Arbeiteraristokratie;', in ihrer Lebensweise, nach ihrem Einkommen, durch ihre ganze Weltanschauung vollkommen verspießert, ist die Hauptstütze der II. Internationale und in unseren Tagen die *soziale* (nicht militärische) *Hauptstütze der Bourgeoisie.* Denn sie sind wirkliche *Agenten der Bourgeoisie innerhalb der Arbeiterbewegung,* Arbeiterkommis der Kapitalistenklasse (labor lieutenants of the capitalist class), wirkliche Schrittmacher des Reformismus und Chauvinismus. Im Bürgerkrieg zwischen Proletariat und Bourgeoisie stellen sie sich in nicht geringer Zahl unweigerlich auf die Seite der Bourgeoisie, auf die Seite der „Versailler“ gegen die ‚Kommunarden'. Ohne die ökonomischen Wurzeln dieser Erscheinung begriffen zu haben, ohne ihre politische und soziale Bedeutung abgewogen zu haben, ist es unmöglich, auch nur einen Schritt zur Lösung der praktischen Aufgaben der kommunistischen Bewegung und der kommenden sozialen Revolution zu machen.“ (Werke 22, S. 198)

Folgendes ist bei der „Anwendung“ zu berücksichtigen. Gleichgültig, ob man Lenins Erklärung weitgehend zustimmt oder nicht, so ist doch sicher, daß er es mit einem anderen Phänomen zu tun hatte als die Kommunisten in Westdeutschland bei der Erklärung der relativen Einheit der Arbeiterbewegung unter Führung des sozialdemokratischen Reformismus, wie sie sich in der Nachkriegsgeschichte herausbildete. Außerdem gab es wenigstens zum Zeitpunkt der Herausbildung dieses

die ‚Arbeiteraristokratie;', in ihrer Lebensweise, nach ihrem Einkommen, durch ihre ganze Weltanschauung vollkommen verspießert, ist die Hauptstütze der II. Internationale und in unseren Tagen die *soziale* (nicht militärische) *Hauptstütze der Bourgeoisie.* Denn sie sind wirkliche *Agenten der Bourgeoisie innerhalb der Arbeiterbewegung,* Arbeiterkommis der Kapitalistenklasse (labor lieutenants of the capitalist class), wirkliche Schrittmacher des Reformismus und Chauvinismus. Im Bürgerkrieg zwischen Proletariat und Bourgeoisie stellen sie sich in nicht geringer Zahl unweigerlich auf die Seite der Bourgeoisie, auf die Seite der „Versailler“ gegen die ‚Kommunarden'. Ohne die ökonomischen Wurzeln dieser Erscheinung begriffen zu haben, ohne ihre politische und soziale Bedeutung abgewogen zu haben, ist es unmöglich, auch nur einen Schritt zur Lösung der praktischen Aufgaben der kommunistischen Bewegung und der kommenden sozialen Revolution zu machen.“ (Werke 22, S. 198)

Folgendes ist bei der „Anwendung“ zu berücksichtigen. Gleichgültig, ob man Lenins Erklärung weitgehend zustimmt oder nicht, so ist doch sicher, daß er es mit einem anderen Phänomen zu tun hatte als die Kommunisten in Westdeutschland bei der Erklärung der relativen Einheit der Arbeiterbewegung unter Führung des sozialdemokratischen Reformismus, wie sie sich in der Nachkriegsgeschichte herausbildete. Außerdem gab es wenigstens zum Zeitpunkt der Herausbildung dieses

Phänomens keine Extraprofite der westdeutschen Finanzbourgeoisie aus Kapitalexport, den diese erst mit den 60er Jahren wieder in größerem Stil aufnehmen konnte. Es wäre auch unzutreffend, aus der Tatsache des zunehmenden Kapitalexports auf die heutige Existenz einer solchen Arbeiteraristokratie zu schließen. Die Spaltung in der Arbeiterbewegung hätte sich dann seitdem verschärfen müssen, dies ist aber nicht der Fall.

M.E. handelt es sich bei der „Anwendung“ der Leninschen Aussagen um die Übertragung des Versuchs einer plausiblen Erklärung der Spaltung der II. Internationale auf eine ganz andere Situation. Wenn man den eigenen Kopf anwendet, statt den „Marxismus-Leninismus“, dann müßte man, ausgehend von der Marxschen Analyse des Kapitals, jeweils die Tatsachen in ihrem Zusammenhang, in ihrer Gesamtheit und in ihrer Wechselwirkung untersuchen, sich dabei stützen auf entsprechende Analysen anderer Situationen durch andere Kommunisten (aber auch abgrenzen), statt aus der Tatsache, daß wir uns immer noch in der Epoche des Imperialismus und der proletarischen Revolution befinden, zu schließen, daß die westdeutsche Arbeiterbewegung erstens gespalten sei, und zwar zweitens durch die schmale Schicht von Arbeiteraristokraten und Arbeiterbürokraten. Der nächste Effekt ist dann, daß man nach der Linie im Lohnraster sucht, an der man spalten *will*, um die Arbeiteraristokratie zu isolieren. Das muß nicht aus dem Programm folgen, das kann aber, wie wir gelernt haben, aus dem Programm folgen. Deshalb muß man die Sache erneut diskutieren.

**Materialheft: Industrie und Gewerkschaften 4/81**
32 S. / 3,50 DM / Best. Nr. 0016
Themen sind:
**4. a.o. DGB-Bundeskongreß verabschiedet neues Grundsatzprogramm.** Zusammenfassende Wertung des Kongresses und Dokumentation der unterschiedlichen Positionen zum Grundsatzprogramm. **Montan-Mitbestimmung.** Beginn der neuerlichen Auseinandersetzung um die Montan-Mitbestimmung. **Vergleich der Lohn- und Gehaltsstruktur 1972 und 1978.** Alle 3 bis 6 Jahre wird in der BRD eine Lohn- und Gehaltsstrukturuntersuchung durchgeführt. **Entgelttarif chemische Industrie.** Gesichtspunkte zum Entgelttarifvertrag in der chemischen Industrie. **Auseinandersetzung um die Jugendarbeit der Gewerkschaften.** „Das nachstehend dokumentierte Papier ist ein Versuch, eine gemeinsame Grundlage für strittige Positionen in der Gewerkschaftsarbeit zu schaffen.“ **Wirtschaft:** Jahresbericht 1980 des Deutschen Industrie- und Handelstages. **Streikrecht:** Beteiligung von Auszubildenden an Warnstreiks. **Alterslohnsicherung:** Neue Betriebsvereinbarung der BASF. **Dokumentation:** Auseinandersetzung in der IG Metall 1953 um die Schaffung des gegenwärtigen Lohngruppensystems (Artikelserie von Fritz Salm in „Der Gewerkschafter“). **Statistischer Teil:** Wirtschaftszahlen

*Das Materialheft kann abonniert werden. · Halbjahresabonnement: 20 DM zzgl. 3,20 DM Versandkosten · Jahresabonnement: 40 DM zzgl. 6,40 DM Versandk.*
Bestellungen an: Buchvertrieb Hager, Postfach 119151, 6000 Frankfurt/M. 2

INDUSTRIE UND GEWERKSCHAFT
4/81

# Ausnahmezustand im Kossovo – der Konflikt bleibt ungelöst

*gek.* Seit dem 4. April ist der Ausnahmezustand über Kosovo, die an Albanien grenzende, zu drei Vierteln von Albanern bewohnte Provinz Jugoslawiens, verhängt. So etwas hat es seit dem Kriegsende nicht gegeben. Gepanzerte Fahrzeuge patroullieren in den Straßen. Es sind 11 Menschen getötet worden, nachdem von beiden Seiten geschossen worden ist.

Ausgangspunkt der Demonstrationen war das Universitätszentrum in Pristina, das von 48000 Studenten besucht wird. Ende März wurden aus den Aktionen auf dem Campus große Straßendemonstrationen unter politischen Losungen, teils auf die Errichtung einer eigenen Republik Kosovo im jugoslawischen Staatsverband gerichtet, teils wohl noch weitergehend. In einzelnen Betrieben (aber nicht in den großen) wurde gestreikt. Viele Häuser waren mit der albanischen Nationalfahne geschmückt. – Demonstrationen und Ausbrüche hat es seit dem Kriegsende immer erneut gegeben. 1968 wurde nach längeren Kämpfen dem Kosovo, der ein autonomes Gebiet innerhalb der Republik Serbien ist (insgesamt besteht Jugoslawien aus 6 Republiken und 2 autonomen Gebieten) größere Selbständigkeit zugestanden. Es wurde ein wirtschaftliches Entwicklungsprogramm eingeleitet, das jedoch im großen und ganzen nur zur Errichtung einiger moderner Großbetriebe als ,,Kathedralen in der Wüste" geführt und die allgemeine Rückständigkeit des Landes nur noch fühlbarer gemacht hat. Mit 1,5 Mio. Einwohnern, einem Zwölftel der Bevölkerung, produziert der Kosovo nur ein Fünfzigstel des Nationalprodukts. Noch immer ist die Arbeitslosigkeit hoch, bei überschießendem Bevölkerungswachstum (6,6 Köpfe pro Familie, statt 3,4 in den entwickelten nördlichen Gebieten.)

Stane Dolanc, Sekretär des Bundes der Kommunisten Jugoslawiens, hat erklärt, die Erfüllung der Forderung nach einer eigenen Republik Kosovo würde den Beginn des Zerfalls Jugoslawiens bedeuten und sei daher konterrevolutionär. Er hat von ,,ausländischen Drahtziehern" gesprochen, teils im Westen, teils durch ,,Kominformisten" – in Jugoslawien das Schlüsselwort für Subversion durch die Sowjetunion. Hatte Dolanc Albanien ausdrücklich ausgenommen, so tut die jugoslawische Presse das jetzt nicht mehr. Umgekehrt hat die albanische Presse die Freundschaft mit allen Völkern Jugoslawiens, mit dem man in guter Nachbarschaft leben wolle, hervorgehoben, vor allem angesichts imperialistischer und sozialimperialistischer Bedrohung. Sie hat aber zugleich ,,hitzige Äußerungen" jugoslawischer Politiker und die ,,beispiellose Härte" des Vorgehens der serbischen Polizei- und Milizeinheiten verurteilt. Offensichtlich seien die Probleme der Rückständigkeit des Landes und die Verweigerung der demokratischen Rechte, gegebenenfalls auch zur Bildung einer eigenen Republik im jugoslawischen Staatsverband, die Ursache der Spannungen.

# Israel rüstet zum Angriff gegen die PLO

*chm.* Die 19. Feuerpause seit vergangenen Sonntag im Libanon ist am Freitag Abend zu Ende gegangen. Das ZDF meldete erneut Kämpfe in Beirut und Zahle. Die Hauptkriegsgegner sind die in ihrer großen Mehrheit aus syrischen Einheiten bestehende arabische Friedenstruppe und die Milizen der rechten Phalangepartei. Als Bedingung für die Einstellung der Kämpfe nennen die Syrer u.a. die Errichtung einer Sicherheitszone, die 1/3 des Libanons umfaßt, Abzug der Phalangemilizen aus Zahle und ihre Ersetzung durch Einheiten der neuaufgebauten libanesischen Armee, allerdings unter syrischem Kommando, Ersetzung der bewaffneten palästinensischen Patroullien an der Demarkationslinie zwischen beiden Teilen Beiruts durch libanesische Einheiten, ebenfalls unter syrischem Kommando. Die Phalangeführung hat die Forderungen abgelehnt und ihrerseits den Abzug der syrischen Truppen aus dem Libanon gefordert, die Stationierung von Einheiten der libanesischen Armee an der Demarkationslinie und die Anrufung des Sicherheitsrates gegen Syrien. Die Verhandlungen zwischen dem syrischen Außenminister Khaddam und dem libanesischen Präsidenten Sarkis sind ergebnislos verlaufen.

### Syrien ist in einer gefährlichen Lage

Unmittelbarer Anlaß für die Kämpfe um Zahle ist der Versuch der Phalange, eine Straße durch das Gebirge anzulegen, die Zahle mit dem von ihnen kontrollierten Ostteil Beiruts verbindet. Sie würde die Bekaaebene, die an Syrien grenzt, bedrohen und Israel, dem wichtigsten Verbündeten der Phalange, einen direkten Weg nach Damaskus öffnen. Damit bräuchte es nicht mehr an den lästigen UNO-Soldaten, die auf den von ihm besetzten Golanhöhen stationiert sind, vorbei, um gegen die syrische Hauptstadt zu marschieren.

Diese Pläne treffen Syrien zu einem Zeitpunkt, wo es unter den arabischen Staaten isoliert ist. Seine Abhängigkeit von der SU, die in einem ,,Freundschaftsvertrag" vom Oktober 1980 kulminierte, und sich international in einer bedingungslosen Unterstützung der sozialimperialistischen Aggressionspolitik in Afghanistan, Kampuchea und Eritrea ausdrückt, weckt das Mißtrauen vor allem der arabischen Golfstaaten. Bei der Außenministerkonferenz der arabischen Liga, die im vergangenen Dezember stattfand, haben sich gerade die Minister der Golfstaaten skeptisch geäußert über die im Juni bevorstehende Verlängerung des Mandats der arabischen Friedenstruppe, die vor allem von Saudiarabien seit ihrer Aufstellung 1976 finanziert wird. Sie bildet das Rückgrat der syrischen Herrschaft im Libanon.

Die libanesische Nationalbewegung, ein loses Bündnis aus 16 verschiedenen Organisationen, das in den vergangenen Jahren auf Seiten der PLO und Syriens gestanden hat, ist durch innere Widersprüche geschwächt. Der Apell der Phalangisten an libanesische Nationalgefühle gegen die syrischen ,,Besatzer" findet einen gewissen Widerhall, zumal Syrien die Souveränität des Libanon gering achtet, wie die Haltung zur libanesischen Armee zeigt.

### Das eigentliche Ziel der Angriffe ist die PLO

Haigs Rundreise durch den Nahen Osten ist ein Mißerfolg gewesen. Es ist nicht gelungen, Jordanien und Saudiarabien vor den Karren eines ,,gemeinsamen Sicherheitsplanes gegen die sowjetische Bedrohung" zu spannen, weil es offenkundig ist, daß der US-Imperialismus diese Bedrohung nutzen will, um seine Positionen im Nahen Osten zu festigen. Nicht einmal Präsident Sadat wollte auf dieses Angebot eines Sicherheitspaktes eingehen. Er hat auch seine Bedenken gegen eine Stationierung einer großen Zahl von amerikanischen Militärs auf der Sinaihalbinsel geäußert. (Israel wünscht sich 4000 US-Soldaten dort nach seinem Abzug im Jahre 1982!) Wer die zuverlässigen Verbündeten des US-Imperialismus sind, zeigt sich dann auch sehr bald: Am vergangenen Freitag schon lancierten die Phalangisten eine Interventionsaufforderung an Israel. Haig sekundierte mit Erklärungen, daß die USA seine treuen Diener nicht im Stich lassen und ein ,,Christenmassaker" im Libanon nicht zulassen werde. Die Kämpfe um Zahle wurden von einer Fortsetzung der israelischen Angriffe gegen die palästinensischen Flüchtlingslager im Südlibanon begleitet. Israels Vassall, Major Haddad, traf sich mit dem israelischen Militärgouverneur für die Nordregion, Ben Gal, um ihr Vorgehen abzustimmen.

Für die Durchsetzung der Interessen des US-Imperialismus ist es unerläßlich, die PLO zu zerschlagen. Die Kämpfe der Palästinenser in den 1948 und 1967 besetzten Gebieten nehmen zu. Das Konzept einer Autonomie unter dem zionistischen Stiefel, wie es im Camp-David-Abkommen vorgesehen ist, ist gescheitert an der einheitlichen Ablehnung durch das palästinensische Volk. D.h. die wichtigste Vorbedingung für die Herstellung einer Einheit unter den arabischen Staaten ist gegeben. Die Achillesferse der PLO ist der Libanon, weil er immer noch die einzige Operationsbasis gegen Israel ist und fast alle wirtschaftlichen und sozialen Einheiten der PLO beherbergt. Aus den Kämpfen um Beirut und Zahle hat sich die PLO bewußt herausgehalten. Allerdings konnte sie nicht verhindern, daß die Palästinensische Befreiungsarmee, die weitgehend unter syrischer Kontrolle steht, in die Kämpfe hineingezogen wurde. Eine direkte Verwicklung in die Kämpfe käme vor allem der SU sehr gelegen, um die PLO in die gleiche Isolierung zu drängen wie Syrien. Der Palästinensische Nationalrat, das höchste beschlußfassende Organ des palästinensischen Volkes, beginnt seine 16. Sitzungsperiode am 11.4. in Damaskus. Die Lage im Libanon ist ein wichtiger Punkt der Beratungen.



# Afghanistan-Tribunal in Stockholm SU verstärkt Besatzungstruppen

*coi.Stockholm.* Vom 1. bis 3. Mai findet in Stockholm ein Afghanistan-Tribunal statt. Durchgeführt wird es vom ,,Ständigen Internationalen Tribunal der Völker" mit Sitz in Rom, das aus dem früheren Russell-Tribunal hervorgegangen ist, welches just in Stockholm 1967 das Vietnam-Tribunal gegen die US-Aggression in Indochina abgehalten hat. Die Initiative zu diesem Tribunal geht von einer Reihe von schwedischen und französischen Intellektuellen und Politikern aus. In einem Appell verurteilen 61 schwedische Schriftsteller, Journalisten, Schauspieler, Ärzte und Reichstagsabgeordnete die Invasion in Afghanistan und fordern den Abzug der sowjetischen Truppen. Sie ,,bitten das Tribunal, sich zu folgenden zwei Punkten zu äußern: 1. Stellt die sowjetische Intervention in Afghanistan eine Aggression im Sinne des internationalen Rechts gegen die Souveränität, territoriale Integrität und die politische Unabhängigkeit des Staates Afghanistan und einen Übergriff auf die grundlegenden nationalen Rechte des afghanischen Volkes dar? 2. Kommt es seitens der sowjetischen Streitkräfte in Afghanistan zu Verletzungen der Gesetze der Humanität im Kriege, besonders gegenüber der Zivilbevölkerung?" Das Tribunal wird afghanische Flüchtlinge u.a. aus Pakistan einladen. Die praktische Vorbereitung wird von einer schwedischen ,,Arbeitsgruppe für das Afghanistan-Tribunal" durchgeführt, die von im ganzen Land arbeitenden Afghanistan-Solidaritätsgruppen unterstützt wird.

Nach bisher unbestätigten Informationen westlicher Botschaften in Kabul sind die Sowjets dabei, ihre Besatzungstruppen in Afghanistan um über 20000 Soldaten zu erhöhen. Es wird von einem Verkehr vor allem von schweren russischen Transportmaschinen auf dem Flughafen von Kabul und von Truppenbewegungen von der Hauptstadt in die Provinz, vor allem an der pakistanischen Grenze, berichtet. Die sowjetischen Okkupanten bereiten sich anscheinend auf die Frühjahrsoffensive der afghanischen Freiheitskämpfer vor, deren Bewegungsmöglichkeiten mit der Schneeschmelze im Hindukusch-Gebirge steigen. Heftige Kämpfe werden u.a. aus der Bardakh-Provinz westlich von Kabul gemeldet, in der Logar-Provinz südlich von Kabul haben sowjetische Bomber eine Stadt dem Erdboden gleichgemacht. Gleichzeitig hat das Karmal-Regime erstmals öffentlich, in einem Leitartikel in der ,,Kabul New Times", zugegeben, daß die Wirtschaft des Landes ,,zerstört ist und in Trümmern liegt". Seine Hoffnung setzt es auf ein gerade unterzeichnetes afghanisch-sowjetisches Abkommen, demzufolge die SU ihre Hilfssendungen für Afghanistan steigern soll, um ,,alle Bedürfnisse des afghanischen Brudervolkes zu befriedigen".

digkeit des Landes nur noch fühlbarer gemacht hat. Mit 1,5 Mio. Einwoh- Staatsverband, die Ursache der Spannungen.

um Zahle ist der Versuch der Phalange, eine Straße durch das Gebirge anzulegen, die Zahle mit dem von ihnen kontrollierten Ostteil Beiruts verbindet. Sie würde die Bekaaebene, die an Syrien grenzt, bedrohen und Israel, dem wichtigsten Verbündeten der Phalange, einen direkten Weg nach Damaskus öffnen. Damit bräuchte es nicht mehr an den lästigen UNO-Soldaten, die auf den von ihm besetzten Golanhöhen stationiert sind, vorbei, um gegen die syrische Hauptstadt zu marschieren.

Diese Pläne treffen Syrien zu einem

Osten ist ein Mißerfolg gewesen. Es ist nicht gelungen, Jordanien und Saudiarabien vor den Karren eines ,,gemeinsamen Sicherheitsplanes gegen die sowjetische Bedrohung" zu spannen, weil es offenkundig ist, daß der US-Imperialismus diese Bedrohung nutzen will, um seine Positionen im Nahen Osten zu festigen. Nicht einmal Präsident Sadat wollte auf dieses Angebot eines Sicherheitspaktes eingehen. Er hat auch seine Bedenken gegen eine Stationierung einer großen Zahl von amerikanischen Militärs auf der Sinaihalbinsel geäußert. (Israel wünscht sich

sich die PLO bewußt herausgehalten. Allerdings konnte sie nicht verhindern, daß die Palästinensische Befreiungsarmee, die weitgehend unter syrischer Kontrolle steht, in die Kämpfe hineingezogen wurde. Eine direkte Verwicklung in die Kämpfe käme vor allem der SU sehr gelegen, um die PLO in die gleiche Isolierung zu drängen wie Syrien. Der Palästinensische Nationalrat, das höchste beschlußfassende Organ des palästinensischen Volkes, beginnt seine 16. Sitzungsperiode am 11.4. in Damaskus. Die Lage im Libanon ist ein wichtiger Punkt der Beratungen.

Afghanistan-Tribunal in Stockholm SU verstärkt Besatzungstruppen

coi.Stockholm. Vom 1. bis 3. Mai findet in Stockholm ein Afghanistan-Tribunal statt. Durchgeführt wird es vom ,,Ständigen Internationalen Tribunal der Völker" mit Sitz in Rom, das aus dem früheren Russell-Tribunal hervorgegangen ist, welches just in Stockholm 1967 das Vietnam-Tribunal gegen die US-Aggression in Indochina abgehalten hat. Die Initiative zu diesem Tribunal geht von einer Reihe von schwedischen und französischen Intellektuellen und Politikern aus. In einem Appell verurteilen 61 schwedische Schriftsteller, Journalisten, Schauspieler, Ärzte und Reichstagsabgeordnete die Invasion in Afghanistan und fordern den Abzug der sowjetischen Truppen. Sie ,,bitten das Tribunal, sich zu folgenden zwei Punkten zu äußern: 1. Stellt die sowjetische Intervention in Afghanistan eine Aggression im Sinne des internationalen Rechts gegen die Souveränität, territoriale Integrität und die politische Unabhängigkeit des Staates Afghanistan und einen Übergriff auf die grundlegenden nationalen Rechte des afghanischen Volkes dar? 2. Kommt es seitens der sowjetischen Streitkräfte in Afghanistan zu Verletzungen der Gesetze der Humanität im Kriege, besonders gegenüber der Zivilbevölkerung?" Das Tribunal wird afghanische Flüchtlinge u.a. aus Pakistan einladen. Die praktische Vorbereitung wird von einer schwedischen ,,Arbeitsgruppe für das Afghanistan-Tribunal" durchgeführt, die von im ganzen Land arbeitenden Afghanistan-Solidaritätsgruppen unterstützt wird.

Nach bisher unbestätigten Informationen westlicher Botschaften in Kabul sind die Sowjets dabei, ihre Besatzungstruppen in Afghanistan um über 20000 Soldaten zu erhöhen. Es wird von einem Verkehr vor allem von schweren russischen Transportmaschinen auf dem Flughafen von Kabul und von Truppenbewegungen von der Hauptstadt in die Provinz, vor allem an der pakistanischen Grenze, berichtet. Die sowjetischen Okkupanten bereiten sich anscheinend auf die Frühjahrsoffensive der afghanischen Freiheitskämpfer vor, deren Bewegungsmöglichkeiten mit der Schneeschmelze im Hindukusch-Gebirge steigen. Heftige Kämpfe werden u.a. aus der Bardakh-Provinz westlich von Kabul gemeldet, in der Logar-Provinz südlich von Kabul haben sowjetische Bomber eine Stadt dem Erdboden gleichgemacht. Gleichzeitig hat das Karmal-Regime erstmals öffentlich, in einem Leitartikel in der ,,Kabul New Times", zugegeben, daß die Wirtschaft des Landes ,,zerstört ist und in Trümmern liegt". Seine Hoffnung setzt es auf ein gerade unterzeichnetes afghanisch-sowjetisches Abkommen, demzufolge die SU ihre Hilfssendungen für Afghanistan steigern soll, um ,,alle Bedürfnisse des afghanischen Brudervolkes zu befriedigen".



Syrischer Soldat im palästinensischen Flüchtlingslager Shatila in Beirut

### Türkische Gewerkschaft lehnt Gesetz der Militärregierung ab

*chm.* Der größte Gewerkschaftsverband, Türk-Is, hat das neue Arbeitsrecht, das von der Militärregierung vorgelegt worden ist, abgelehnt. Er begründete die Ablehnung damit, daß es einen Rückschlag für die erkämpften Rechte der Arbeiter bedeute. Das Gesetz enthält u.a. Regelungen über den Lohnkampf und zur Sozialversicherung. Das Streikrecht und die Aussperrung waren von der Militärregierung im vergangenen September verboten worden, ebenso Lohnverhandlungen zwischen Kapitalisten und Gewerkschaften.

### Indiens Bauern müssen wieder mit 10 Ermordeten zahlen

*frb.* Wieder, wie schon Anfang Januar, hat die indische Regierung auf demonstrierende Bauern schießen lassen. Zehn Bauern wurden getötet, mehr als 600 verletzt und über 2000 wurden eingesperrt. Der Vorfall ereignete sich Montag letzter Woche in Nipani im Bundesstaat Karnataka (Westindien). Tausende Bauern hielten dort seit Mitte März die Fernstraßen besetzt, bis die Regierung nun die Räumung der Barrikaden und die Verhaftung des populären Führers der Bauernbewegung, Sharad Joshi, anordnete. Joshi, ehemals bei UNO-Einrichtungen zu Genf tätig, strebt die Bildung einer Bauerngewerkschaft an, um die Zahlung höherer Preise für die Produkte der Bauern zu erzwingen. Seit dafür die Bauern letzten November in Maharashtra den Kampf aufgenommen haben, hat sich die Bewegung auf vier weitere Staaten ausgedehnt.

### USA: Schadenersatzklage gegen den Iran zurückgezogen

*lup.* Die USA haben ihre Schadenersatzklage gegen den Iran bei dem Internationalen Gerichtshof in Den Haag zurückgezogen, erklärte der US-Botschafter in Den Haag. Dieses Verfahren war nach der Geiselnahme der Angehörigen der US-Botschaft in Teheran von den USA angestrengt worden, der Iran war durch den Internationalen Gerichtshof schuldig gesprochen worden. Mit der Zurückziehung der Klage erfüllen die USA eine der Zusagen, die sie in dem Abkommen mit dem Iran vom 19. Januar zur Freilassung der Geiseln abgegeben hatten. Die USA haben sich jedoch das Recht vorbehalten, die Klage erneut aufzunehmen, falls der Iran nicht seinen Verpflichtungen nachkäme, erklärte der US-Botschafter.

### Belgiens neue Regierung verfolgt die Ziele der alten

*frb.* In Belgien wurde vergangene Woche die vierte Regierung Martens durch ein Kabinett unter Mark Eyskens ersetzt. Überschnelle Steigerung der Lohnkosten und überschnelle Zunahme des Konsums seien die Ursache der ,,belgischen Krankheit", hatte die ,,Kredietbank" kürzlich gewarnt. Zu wenig war den Banken die vereinbarte ,,Lohnmäßigung" gewesen, die Lohnerhöhungen nur noch entsprechend der Inflation vorsieht. Massive Spekulation gegen den Franc zwang die Regierung am 30. März zur Kapitulation. Mit der Vorlage eines Notstandsprogramms, das einen totalen Lohnstopp bis Jahresende vorsah, hatte sich Martens zu retten versucht, war aber am Widerstand der Sozialistischen Partei gescheitert. Die neue Regierung will nun zwar die Lohnindexierung zunächst nicht aussetzen, es sollen aber die Sozialbeiträge der Unternehmen gesenkt und damit die Lohnkosten im selbem Ausmaß vermindert werden, wie von Martens per Lohnstopp beabsichtigt. Die Reallohnsenkung geht nun per Staatshaushalt/Steuererhöhung.

### Frankreich: 10 Kandidaten für die Präsidentschaftswahlen

*pem.* 10 Kandidaten sind nach Veröffentlichung durch den Verfassungsrat zum 1. Wahlgang für die Präsidentschaftswahlen am 26.4. offiziell zugelassen worden. Neben Giscard (UDF), Chirac (RPR), Mitterand (PS) und Marchais (PC) sind dies: Brice Lalonde, Kandidat der Grünen; M. Debré (RPR); Marie Garaud, die sich selbst Gaullistin nennt, parteilos und ehemalige Beraterin von G. Pompidou; M. Crépeau (MRG); A. Laguiller, Kandidatin der trotzkistischen Lutte Ouvrière; und H. Bouchardeau, Vorsitzende der PSU. Die marxistisch-leninistischen Kräfte waren nicht in der Lage, die erforderlichen 500 Unterschriften von Mandatsträgern zusammenzubringen. Erstmals kandidiert auch kein Vertreter der extremen Rechten. Unter den nicht zugelassenen Bewerbern findet sich auch der Komiker Coluche, dem Wahlprognosen immerhin 10% aller Stimmen vorhergesagt hatten.

### Ein Schritt vorwärts für die irische Befreiungsbewegung

*doj.* Am 40. Tag des erneuten Hungerstreiks der irischen politischen Gefangenen wurde Bobby Sands, der als erster in den Hungerstreik getreten ist, ins britische Unterhaus gewählt. Trotz Sondereinsatz tausender britischer Soldaten am Wahltag gegen die Bevölkerung von Tyrone/Armagh haben die 72000 Wahlberechtigten ihre Unterstützung der irisch-republikanischen Befreiungsbewegung demonstriert. Wenn der weltweite Druck auf die britische Regierung in den nächsten Wochen verstärkt wird, ist es möglich, die Forderungen der politischen Gefangenen endlich durchzusetzen! (Weitere Informationen: Anti-H-Block-Komitee, F. Gallagher, 6000 Frankfurt/M., Arnsburger Str. 21. Spendenkonto: Bornheimer Volksbank, BLZ 501 901 00, Konto 500085118, Bobby Sands)

# CSSR: XVI. Parteitag inmitten politischer Apathie

## Husak sagte, was Breschnew in Prag nicht offen sagen wollte

*krk.* ,,Was soll ich noch machen", soll der tschechoslowakische Außenminister Chnoupek auf der Pressekonferenz anläßlich des KPTsch-Parteitages mit einem Anflug von Verzweiflung gefragt haben, ,,soll ich mich auf den Wenzelsplatz stellen und verkünden, daß wir nicht in Polen einmarschieren werden?" So schlecht ist die Idee gar nicht. Nach der blutrünstigen Rede seines Parteivorsitzenden Husak wäre es bestimmt angebracht und was den Wenzelsplatz betrifft, so könnte der Ort gar nicht besser gewählt sein.

Von geschichtlichen Erinnerungen bedeutungsschwanger war dieser Parteitag von vorneherein, und damit auch niemand die Parallelle aus den Augen verliere, zeichnete L.I. Breschnew diesen Parteitag als einzigen im Ostblock durch seine Anwesenheit aus. Gleich zu Anfang seines Berichts kam die Kreatur Husak auf die Sache zu sprechen. Die Auseinandersetzungen in der zweiten Hälfte der 60er Jahre hätten gezeigt, daß das tschechoslowakische Volk in seiner absoluten (absoluten sogar!) Mehrheit dem Sozialismus treu sei. Dem Kurs, den die Partei damals eingeschlagen hatte, werde sie für ewig treu bleiben. ,,Die Treue zu den leninistischen Prinzipien des proletarischen Internationalismus, die brüderliche Zusammenarbeit und Solidarität mit den revolutionären Arbeiterparteien sind und bleiben Grundprinzipien unserer Partei", sagte er wörtlich. Nicht etwa als bedauerliches Ereignis, wie Ungarns Kádár die Niederschlagung des Aufstandes von 1956, behandelte er die Besetzung des Landes durch sowjetische Truppen, sondern als herausragendes, zu bejahendes Ereignis – mit dem Blick nach Polen. Denn: ,,In der letzten Zeit konzentriert sich die Aufmerksamkeit der Anhänger und auch der Feinde des Sozialismus auf die Entwicklung der Ereignisse in Polen. Von Feinden des Sozialismus aus dem Ausland unterstützte und aufgestachelte antisozialistische Kräfte bemühen sich in diesem sozialistischen Bruderland um einen konterrevolutionären Umsturz." Worte des Vertrauens verdiente die polnische Staats- und Parteiführung nicht. Im Gegenteil: trotz ihrer Aktivitäten ,,beunruhigt uns die Situation in Polen ernsthaft ... Alle die versuchen, die Ereignisse in Polen zur Auslösung antisozialistischer Kampagnen zu mißbrauchen, muß man an den klaren Standpunkt erinnern, daß die Verteidigung der sozialistischen Ordnung Sache eines jeden sozialistischen Staates, aber auch gemeinsame Angelegenheit der Staaten der sozialistischen Gemeinschaft ist, die entschlossen sind, die Interessen und die sozialistischen Errungenschaften ihrer Völker zu verteidigen."

Soviel unverhohlene Drohung gegen ein Mitglied der sozialistischen Gemeinschaft wurde der niederländischen Bruderpartei zuviel. Sie zog aus Protest ihre Delegation vom Parteitag zurück und ein Sprecher der Partei erklärte in Amsterdam, sie seien gegen jede äußere Einmischung in die inneren Angelegenheiten eines Landes.

Aber nicht nur in der Frage Polens äußerte sich Husak als treuer Vasalle. Als einziger bisher unter den Ostblock-Führern begrüßte er flammend die Koordinierung nicht nur der Pläne, sondern sogar der *Wirtschaftspolitik* der RGW-Mitglieder, und sprach sich für die Einberufung des von Breschnew auf dem KPdSU-Parteitag vorgeschlagenen Ostblockgipfel in dieser Sache aus. Husaks Treue kennt offensichtlich keine Grenzen. Nach heftigem Lob für die Berliner Beratung der kommunistischen und Arbeiterparteien 1976 (das wegen Widersprüchen unter den Teilnehmern nur noch ein ziemlich labbriges Dokument verabschieden konnte), schlägt er nun ein erneutes Treffen dieser Art vor. Ob mit dem Ziel der Exkommunikation (der Eurokommunisten z.B.) oder als Versuch, die allzu groß und häufig gewordenen Brüche nochmals zu kitten – das wird sich zeigen. Auf dem Mist der KPTsch ist der Vorschlag auf jeden Fall nicht gewachsen.

Soviel Treue zum Okkupanten hat seinen innenpolitischen Niederschlag. Wie die Rede eines Polizeiministers hörte sich der entsprechende Teil des Berichts an. Die wahre Demokratie könnten die Massen in den Gremien der Nationalen Front, in den Betrieben und Gemeinden genießen, dort hätten die Bürger breites Mitspracherecht. Ins rechte Licht gerückt wird das durch das gleich darauf Folgende. Es geht um die erzieherischen Anstrengungen der Partei, das Denken und Fühlen der Menschen im Geiste sozialistischer Ideale allseitig zu formen. Was schwierig sei unter den Bedingungen eines erbitterten Kampfes zweier antagonistischer Gesellschaftssysteme. Und schon ist er bei den Problemen von Wissenschaft und Kunst, diesem mit Polizeimitteln so schwer kontrollierbarem Gebiet, wo sich heute in der Tat eines der Zentren des Volkswiderstandes befindet. ,,Wir können nicht tolerieren, was der sozialistischen Kunst und der Gesellschaft schadet, was im Widerspruch zu den Idealen des sozialistischen Humanismus steht." Schließlich, ganz im Sinne des Gesagten, beendete Husak sein Referat mit der Beteuerung unverbrüchlicher Treue zur Sowjetunion und deren sozialistischer Gemeinschaft.

Als nützliches Mittel erwies sich dieser Volksverräter auf dem Parteitag für Breschnew. Er hatte alles gesagt, was für Breschnew zu sagen zwar unmöglich, aber notwendig war. Als Staatsmann hat Husak weder nach innen noch nach außen was zu verlieren, und so konnte Breschnew nach seiner Brandrede als aufgeklärter Absolutist glänzen und schien durch diesen Widerspruch fast schon akzeptabel.

Ein grausames Schauspiel. In Kenntnis jüngster tschechoslowakischer Geschichte will man nicht glauben, daß sowas möglich ist. Aber gerade in der Geschichte liegen die Gründe für die zeitweilig machbare offene und brutale Unterdrückung dieser Nation, ohne daß gleichzeitig eine größere Volksbewegung dagegen sichtbar wäre.

Die tschechoslowakische Reform- und Unabhängigkeitsbewegung weicht in vielen wesentlichen Zügen von der Entwicklung in Polen ab. Die Jahre vor 1968 waren in der CSSR Jahre der wirtschaftlichen Krise. Bereits seit 1962 ging die Produktion effektiv zurück, die Konsumtion stagnierte auf niedrigem Niveau. Es waren Kräfte in der Partei und im Staatsapparat, die in dieser Lage – verursacht durch die klassische Ostblock-Erscheinung der Überakkumulation von Kapital in den Bereichen der Produktionsmittelindustrie – eine Reformbewegung in Gang setzten. Nach dem zweiten Weltkrieg war die Tschechoslowakei das industriell am weitesten entwickelte Land Osteuropas, stand etwa auf dem Niveau Österreichs oder Italiens. Umso krasser waren die Mißstände, die verursacht wurden durch die von der Sowjetunion dem Lande aufgezwungenen und von Teilen der eigenen neuen Bourgeoisie durchgeführten Wirtschaftspolitik. An der Spitze der Reformbewegung standen Leute wie Ota Sik (Vorsitzender der wirtschaftlichen Reformkomission) oder Alexander Dubćek (Vorsitzender der Slowakischen KP), und es liefen auch Personen mit, wie Vasil Bilak, heute Mitglied des Politbüros, oder eben auch Husak. Die Vorstellung war die der demokratischen Reformen von oben, die dann den Rahmen für eine breite Volksbewegung abgeben sollten. Die Volksbewegung machte kaum ihre ersten Schritte (auch hier in Form einer regen Gewerkschafts- und Betriebsrätebewegung) als die Intervention der SU den Prozess abbrach. Die sowjetischen Okkupanten ließen nicht etwa gleich die Reform-Führung verhaften, nein, sie zwangen sie dazu, ihr Verhandlungspartner zu werden. Denn wer hätte die Volksmassen besser beschwichtigen können, als diese Führung selbst? Mit der Begründung einen ,,realpolitischen" Kurs zu verfolgen, und dem Versprechen nach Abzug der sowjetischen Truppen, wenn im Lande nur Ruhe herrscht, erzwang sie einen Kompromiß und später einen Rückzug der demokratischen Bewegung nach dem anderen, bis diese selbst dran glauben mußte.

Militärische und politische Berater aus der SU reisten an, es entstand eine de facto Doppelherrschaft, während sich der Kern einer künftigen Marionettenregierung mit Husak an der Spitze herausbildete. Die Zensur wurde wieder eingeführt, die politischen und wirtschaftlichen Reformen wurden schrittweise zurückgenommen, die demokratischen Körperschaften, vor allem die Arbeiterräte in den Betrieben wurden aufgelöst. Nach Berichten der damaligen Reformer war die Massenbewegung bereits ein halbes Jahr nach dem sowjetischen Einmarsch durch die zunächst fast schmerzlose Ausschaltung der Führung demoralisiert, einen organisierten, gesamtgesellschaftlichen Widerstand gab es nicht mehr.

Der Zeitpunkt der Abrechnung war gekommen. Die Husak-Regierung ging nun fast ungehindert daran, die Basis und die mittlere Führung zu säubern. Ein Drittel aller Offiziere, 40% der leitenden Wirtschaftsfunktionäre, 40% aller Journalisten, 9000 Hochschullehrer wurden entlassen. 150000 Mitglieder traten aus der Partei freiwillig aus, nach offiziellen Angaben wurden weitere 350000 Mitglieder ausgeschlossen oder aus den Reihen der Parteimitglieder gestrichen. Zwischen 30 und 50% der Gewerkschaftsfunktionäre wurden gekündigt oder abgelöst, zehntausende von Betriebsfunktionären wurden entlassen. Einher ging das mit der Abschaffung der geheimen Wahlen für diese Funktionen und des Streikrechts. Zwischen 1969 und 1972 wurden etwa 4000 Menschen aus politischen Gründen vor Gericht gestellt. Unter den Angeklagten und Verurteilten befinden sich ,,Trotzkisten" wie der Ingenieur Petr Uhl, oder auch Rockgruppen, wie die ,,Plastic People", dessen Mitglieder 1974 wegen Verbrechen gegen den gesellschaftlichen Frieden z.T. zu eineinhalb Jahren Gefängnis verurteilt wurden. Demoralisierung und direkter Terror hätten alleine trotzdem nicht ausgereicht, um die Bewegung in dem Maße zu erledigen. Die Regierung Husak war zu einer Reihe von wichtigen wirtschaftlichen Zugeständnissen den Voksmassen gegenüber gezwungen. So war die Tschechoslowakei mit das erste Land Osteuropas, das die Akkumulationsrate dauerhaft senkte und eine fast gleich starke Entwicklung für Konsumtions- und Produktionsmittel sicherte. Stark ausgedehnt wurde der Wohnungsbau, die Lebensmittelversorgung ist zufriedenstellend. Die CSSR hat heute nach der DDR den höchsten Lebensstandard in Osteuropa. Wenn heute die mutigen Mitglieder der Charta 77 zwar die Sympathie der Bevölkerung genießen, und trotzdem ihren Kampf von der Massenbewegung ziemlich alleingelassen führen müssen, so liegen dafür die Gründe in dieser, durch Niederlage und Kompromisse herbeigeführten gesellschaftlichen Apathie.

Das Ende der wirtschaftlichen Zugeständnisse ist allerdings abzusehen. In seiner Parteitagsrede kündigte Husak ein Austerity-Programm an, der Wohnungsbau wird reduziert, und Preiserhöhungen sind abzusehen (bei bisher schon hoher Inflationsrate). Der internationale Spielraum auch für Kompromisse dieser Art wird immer geringer.



Die Reformbewegung 1968 ging von Kräften in der Partei und im Staatsapparat aus. *Von links:* Husak, Svoboda, Dubcek, Kriegel am 1. Mai 1968

durch sowjetische Truppen, sondern als herausragendes, zu bejahendes Ereignis – mit dem Blick nach Polen. Denn: ,,In der letzten Zeit konzentriert sich die Aufmerksamkeit der Anhänger und auch der Feinde des Sozialismus auf die Entwicklung der Ereignisse in Polen. Von Feinden des Sozialismus aus dem Ausland unterstützte und aufgestachelte antisozialistische Kräfte bemühen sich in diesem sozialistischen Bruderland um einen konterrevolutionären Umsturz." Worte des Vertrauens verdiente die polnische Staats- und Parteiführung nicht. Im Gegenteil: trotz ihrer Aktivitäten ,,beunruhigt uns die Situation in Polen ernsthaft ... Alle die versuchen, die Ereignisse in Polen zur Auslösung antisozialistischer Kampagnen zu mißbrauchen, muß man an den klaren Standpunkt erinnern, daß die Verteidigung der sozialistischen Ordnung Sache eines jeden sozialistischen Staates, aber auch gemeinsame Angelegenheit der Staaten der sozialistischen Gemeinschaft ist, die entschlossen sind, die Interessen und die sozialistischen Errungenschaften ihrer Völker zu verteidigen."

Soviel unverhohlene Drohung gegen ein Mitglied der sozialistischen Gemeinschaft wurde der niederländischen Bruderpartei zuviel. Sie zog aus Protest ihre Delegation vom Parteitag zurück und ein Sprecher der Partei er-

hörte sich der entsprechende Teil des Berichts an. Die wahre Demokratie könnten die Massen in den Gremien der Nationalen Front, in den Betrieben und Gemeinden genießen, dort hätten die Bürger breites Mitspracherecht. Ins rechte Licht gerückt wird das durch das gleich darauf Folgende. Es geht um die erzieherischen Anstrengungen der Partei, das Denken und Fühlen der Menschen im Geiste sozialistischer Ideale allseitig zu formen. Was schwierig sei unter den Bedingungen eines erbitterten Kampfes zweier antagonistischer Gesellschaftssysteme. Und schon ist er bei den Problemen von Wissenschaft und Kunst, diesem mit Polizeimitteln so schwer kontrollierbarem Gebiet, wo sich heute in der Tat eines der Zentren des Volkswiderstandes befindet. ,,Wir können nicht tolerieren, was der sozialistischen Kunst und der Gesellschaft schadet, was im Widerspruch zu den Idealen des sozialistischen Humanismus steht." Schließlich, ganz im Sinne des Gesagten, beendete Husak sein Referat mit der Beteuerung unverbrüchlicher Treue zur Sowjetunion und deren sozialistischer Gemeinschaft.

Als nützliches Mittel erwies sich dieser Volksverräter auf dem Parteitag für Breschnew. Er hatte alles gesagt, was für Breschnew zu sagen zwar unmöglich, aber notwendig war. Als Staatsmann hat Husak weder nach in-

ropas, stand etwa auf dem Niveau Österreichs oder Italiens. Umso krasser waren die Mißstände, die verursacht wurden durch die von der Sowjetunion dem Lande aufgezwungenen und von Teilen der eigenen neuen Bourgeoisie durchgeführten Wirt-

Militärische und politische Berater aus der SU reisten an, es entstand eine de facto Doppelherrschaft, während sich der Kern einer künftigen Marionettenregierung mit Husak an der Spitze herausbildete. Die Zensur wurde wieder eingeführt, die politischen und



Die Reformbewegung 1968 ging von Kräften in der Partei und im Staatsapparat aus. *Von links:* Husak, Svoboda, Dubcek, Kriegel am 1. Mai 1968

wurden. Demoralisierung und direkter Terror hätten alleine trotzdem nicht ausgereicht, um die Bewegung in dem Maße zu erledigen. Die Regierung Husak war zu einer Reihe von wichtigen wirtschaftlichen Zugeständnissen den Voksmassen gegenüber gezwungen. So war die Tschechoslowakei mit das erste Land Osteuropas, das die Akkumulationsrate dauerhaft senkte und eine fast gleich starke Entwicklung für Konsumtions- und Produktionsmittel sicherte. Stark ausgedehnt wurde der Wohnungsbau, die Lebensmittelversorgung ist zufriedenstellend. Die CSSR hat heute nach der DDR den höchsten Lebensstandard in Osteuropa. Wenn heute die mutigen Mitglieder der Charta 77 zwar die Sympathie der Bevölkerung genießen, und trotzdem ihren Kampf von der Massenbewegung ziemlich alleingelassen führen müssen, so liegen dafür die Gründe in dieser, durch Niederlage und Kompromisse herbeigeführten gesellschaftlichen Apathie.

Das Ende der wirtschaftlichen Zugeständnisse ist allerdings abzusehen. In seiner Parteitagsrede kündigte Husak ein Austerity-Programm an, der Wohnungsbau wird reduziert, und Preiserhöhungen sind abzusehen (bei bisher schon hoher Inflationsrate). Der internationale Spielraum auch für Kompromisse dieser Art wird immer geringer.

# Chirac will ,,Änderung ohne Risiko"

## Arbeitslosigkeit und Steuererleichterungen im Mittelpunkt

*pem.* Mit etwa 15% der Stimmen kann Jaques Chirac, ehemaliger Landwirtschaftsminister unter G. Pompidou, Ministerpräsident unter Giscard von 1974 bis 1976 und gegenwärtig Bürgermeister von Paris und Chef der gaullistischen R.P.R., nach den letzten Meinungsumfragen im ersten Wahlgang rechnen. Damit liegt er deutlich hinter Giscard (und Mitterand).

Gleichzeitig hat er aber in den Wochen seit der Ankündigung seiner Kandidatur etwa 5% in den Meinungsumfragen hinzugewinnen können. Chirac präsentiert sich unter der Hauptparole: ,,Änderung ohne Risiko", die gleiche Parole, mit der Giscard 1974 seinen Wahlkampf geführt hat. Tatsächlich drücken sich in dieser Parole die verschiedenen Aspekte seiner Kandidatur aus. Erstens verfolgt er in den wichtigsten Fragen der Innen- und Außenpolitik eine andere Linie als derzeit Giscard, eine Linie, die in ihren großen Zügen der des US-Präsidenten Reagan gleicht. Zweitens ist keineswegs gesichert, daß Giscard in der Lage sein wird, in dem erwarteten zweiten Wahlgang Mitterand zu schlagen, der im Falle eines Sieges sofort das Parlament auflösen und Neuwahlen ausschreiben würde, um sich für die für eine Regierung Mitterand notwendige parlamentarische Mehrheit zu sichern. J. Chirac wäre angesichts der Niederlage Giscards der einzige Politiker, der eine parlamentarische Mehrheit von Sozialisten und PCF verhindern könnte. Die taktische Frage, ob es dafür günstig ist, bereits jetzt zu kandidieren, ist auch der eigentliche Inhalt des Streits zwischen M. Debré, ebenfalls Mitglied der R.P.R. und Präsidentschaftskandidat, der dies für unklug hält. Und drittens scheint die Finanzbourgeoisie darauf zu spekulieren, daß sowohl Giscard als auch Chirac sich vor Mitterand im ersten Wahlgang plazieren können, was einen 2. Wahlgang zwischen den beiden zur Folge hätte und in der Tat eine bedeutende Niederlage für die Arbeiterbewegung darstellen würde. Mitterand spürt ganz offensichtlich diese Gefahr und hat allen Mandatsträgern seiner Partei untersagt, durch ihre Unterschrift die Kandidatur von anderen Kandidaten zu ermöglichen, um so schon im 1. Wahlgang möglichst viele Stimmen auf sich zu vereinigen.

Die zentralen Themen der Wahlkampagne Chiracs sind der Kampf gegen die Arbeitslosigkeit, Inflation, zunehmende Bürokratisierung und die ständig wachsenden Steuerlasten und Staatsausgaben. Auf außenpolitischem Gebiet soll Frankreich wieder zu der Rolle gelangen, die es unter de Gaulle und Pompidou gespielt hat.

Der Kampf gegen die Arbeitslosigkeit ist dabei das zentrale Kettenglied. Statt staatlicher Investitionsprogramme sollen durch Steuererleichterungen in Höhe von 35 Milliarden FF die Klein- und Mittelbetriebe zu Investitionen ermutigt werden, da die große Industrie aufgrund des Zwangs zur Modernisierung und Rationalisierung zur Schaffung von Arbeitsplätzen gegenwärtig nicht in der Lage sei. Der entstehende Einnahmeausfall des Staates, der besonders zu Lasten der Kommunen ginge, da an diese die in Frage kommenden Steuern abgeführt werden müssen, soll durch eine Erhöhung der Mehrwertsteuer von 33 auf 35% ausgeglichen werden. In der Schaffung von Arbeitsplätzen sieht Chirac zugleich das Hauptmittel, um die Inflation zu dämpfen. ,,Die Arbeitslosigkeit kostet den Staat etwa 100 Mrd. FF pro Jahr, die ausgegeben werden, um die Arbeitslosen zu entschädigen, was legitim ist, die aber ausgegeben werden, ohne daß dafür in der Produktion oder im Dienstleistungsbereich der geringste Gegenwert dafür geschaffen würde."

Sowohl als Maßnahme gegen die Arbeitslosigkeit als auch um den ,,schleichenden Marsch" in den Sozialismus zu verhindern, sollen Steuersenkungen für die Lohnabhängigen durchgeführt sowie die Staatsausgaben einschneidend eingeschränkt werden. Alle Einkommen bis 3300 FF sollen unter einer Regierung von Chirac steuerfrei sein, was immerhin rund 1,5 Mio. Haushalte betrifft, wie auch gleichzeitig eine generelle Steuersenkung von 5% vorgenommen werden soll. Dies soll einen zusätzlichen Anreiz für die Arbeitslosen schaffen, wieder eine Arbeit aufzunehmen. Wie der auftretende Einnahmeausfall von 30 Milliarden FF pro Jahr ausgeglichen werden soll, hat Chirac bisher im wesentlichen nur angedeutet.

Als konkrete Maßnahme, die den Weg zeigt, hat er genannt, daß in den nächsten Jahren im öffentlichen Dienst nur jeweils 50% der Stellen wieder besetzt werden sollen, die durch Verrentung frei werden. Gleichzeitig hat er erklärt, daß er nicht beabsichtige, größere Einsparungen bei den Sozialleistungen vornehmen zu wollen, wodurch aber unzweifelhaft ein nicht zu schließendes Loch in der Finanzierung der Staatsausgaben eintreten würde.

Klar und deutlich hingegen hat er zu verstehen gegeben, wo auf keinen Fall Einsparungen vorgenommen werden sollen. ,,Sicherlich keine Einsparungen bei den Militärausgaben, die schon an der Grenze des Unzulänglichen sind." Damit ist auch schon die grobe Linie der von ihm propagierten Außenpolitik umrissen, die dazu führen soll, Frankreich wieder einen angemessenen Platz in der Weltpolitik zu verschaffen. Vor allem gegenüber der Sowjetunion, aber auch gegenüber den Konkurrenten in der EG soll dabei eine härtere Gangart angeschlagen werden. Aufrüstung der Atomstreitmacht Frankreichs durch den Bau neuer Atomunterseeboote, Modernisierung der französischen Eingreiftruppe, die vor allem in Afrika stationiert ist, sind dabei die Grundlage für die Neuformulierung der Entspannungspolitik, wie sie unter Giscard betrieben worden ist." Entspannungspolitik kann sich nicht auf militärischem Gebiet bewegen, da sie nur von einer Position der Stärke aus betrieben werden kann. Nicht Abbau des Militärpotentials kann Aufgabe von Entspannungspolitik sein, sondern nur die Verbesserung der politischen und ökonomischen Beziehungen zwischen den Völkern Europas, um auf diese Weise Konflikte zu vermeiden." In diesem Zusammenhang wendet er sich scharf gegen die Politik Giscards nach dem Einmarsch der SU in Afghanistan. Statt einen vollständigen Boykott der SU auf wirtschaftlichem Gebiet zu fordern, sei er völlig übereilt nach Warschau gefahren, um dort Breschnew aus der internationalen Isolierung zu verhelfen, obgleich er gewußt habe, daß dort konkrete Ergebnisse nicht zu erwarten gewesen wären.

Auch gegenüber den Ländern der Europäischen Gemeinschaft soll nach Chirac das Gewicht Frankreichs wieder verstärkt zur Geltung gebracht werden. Entschieden wendet er sich gegen ein Europa, das die Autorität der Mitgliedsstaaten untergräbt. Was er unter ,,Untergrabung der Autorität" versteht, wird um so deutlicher, wenn er sich zur Frage äußert, was er im Falle von Meinungsverschiedenheiten innerhalb der EG zu tun gedenke. ,,Im Falle, wo es mir nicht gelingt, unsere Partner zu überzeugen, gemeinsame Maßnahmen zu ergreifen, würde ich unsere Industrie und Landwirtschaft durch nationale Maßnahmen schützen."

Noch sind die Chancen für Chirac gering, bei den Wahlen als Sieger hervorzugehen, keineswegs aber völlig ausgeschlossen. Bereits 1974 hat die französische Bourgeoisie innerhalb von drei Wochen das Pferd gewechselt und Giscard durch massive Unterstützung an die Macht gebracht. International würde damit deutlich das Ende der ,,Entspannungspolitik" dokumentiert. Nicht umsonst hat die KPdSU eine wahre Lobrede auf Giscard losgelassen.

# Chruschtschows Sturz und die Bildung leninistischer Zirkel in den 60er Jahren

„Dissidenten“bewegung in der Sowjetunion (3)

*gek.* Der Arbeiteraufstand von Nowotscherkask 1962* bedeutete das Ende der Hoffnungen des Nikita Chruschtschow, durch eine Politik bauernschlauer Versprechungen nach innen und großspurigen Auftrumpfens nach außen (wie in der Kuba-Krise) sich einen eigenen plebiszitären Rückhalt im Volk zu verschaffen. Allzu grotesk kontrastierten seine Losungen vom „Einholen und Überholen der USA“ und vom „Übergang zum Kommunismus“ bis zum Jahre 1980/81 (das wäre heute!!) mit der gesellschaftlichen Wirklichkeit. Chruschtschows Stellung im Parteiapparat war gefährdet, seit er auf dem Parteitag 1961 die turnusmäßige Erneuerung und Verjüngung der Kader auf allen Ebenen durchgesetzt hatte. Dies bedeutete einen Riß im System der „Nomenklatura“. Eine solche Reform von oben konnte unkontrollierbare Reaktionen im Volk auslösen. Unter dem Eindruck wachsender politischer Unruhe bildete sich eine reaktionäre Fronde im ZK, geführt von Breschnew, die 1964 den quirligen Glatzkopf einstimmig davonjagte und das System der „Nomenklatura“ wieder in Kraft setzte. Das war, nach einer Periode bescheidener Reformen, die offene Restauration.

## System der „Nomenklatura“

Dieses System, in dessen Rahmen sich die bürokratische Monopolbourgeoisie als die neue herrschende Klasse hatte bilden können, war bereits in den 30er Jahren zur allgemeinen Praxis geworden – wie vieles in der Sowjetunion in direktem Widerspruch zum geltenden Recht. Der Begriff selbst ist unübersetzbar: er bezeichnet zunächst einmal die „Liste“ der Funktionsträger im Partei-, Staats- und Wirtschafts-Apparat, die „dazu gehören“. Ein praktisches Beispiel: Die Versammlung der Bauern eines Kolchos wählt den Kolchos-Vorsitzenden, faktisch Direktor eines Staatsbetriebs. Stets wird sich zu Beginn der Versammlung ein Mitglied des Bezirks-Parteikomitees erheben und wird eine bestimmte Person zur Wahl empfehlen. Nach Abwicklung einiger Förmlichkeiten werden die Bauern ihn einstimmig wählen, auch wenn sie ihn nie zu Gesicht bekommen haben. Dieses System der „rekommendazija“, der „Wahl auf Empfehlung“ durch die nächsthöhere Leitungsebene hat die Wahlen auf sämtlichen Ebenen der Partei, des Staates, der Wirtschaft und der gesellschaftlichen Organisationen in ihr volles Gegenteil verwandelt. Es bildet sich so eine geschlossene, alle Bereiche der Gesellschaft durchziehende, jeder Kritik entzogene *Hierarchie*, in die nur auf „Empfehlung“ jemand neu aufgenommen wird.

Dabei sind die Sowjets, die Räte der Arbeiter- und Bauern aus der Oktoberrevolution, zu reinen Akklamationskörpern geworden. Der Oberste Sowjet z.B. hat in den 44 Jahren seines Bestehens kein einziges Gesetz aus den eigenen Reihen vorgebracht. Nie hat er an einem Entwurf ernsthafte Kritik geübt oder ihn gar zurückgewiesen. Die Abgeordneten haben nicht mal was zum Schreiben dabei, sie klatschen und heben die Hand.

Die Parteiführung als Kern des ganzen Systems verwandelt sich in einen verschworenen Orden, mit entsprechenden Ordensregeln, z.B. der, daß kein Verwandter auf einen *politisch* einflußreichen Posten gebracht werden darf – gewissermaßen eine Entsprechung zum Zölibat (dem Verbot der Erbfolge) in den mittelalterlichen Mönchsorden, die ja auch Ausbeutergemeinschaften mit unteilbarem Besitzstand waren.

Insgesamt wird nach Samisdat-Angaben der engere Kreis der gehobenen „Nomenklatura“ samt ihren hochbezahlten Wissenschaftlern, Journalisten, Künstlern etc. auf ca. 6% der Bevölkerung geschätzt. Aber das System reicht bis auf die untere Ebene. Es ist zugleich ein System der von oben nach unten zugewiesenen Staatsrenten, worin die Mehrwertbeute aufgeteilt wird, die den arbeitenden Klassen abgejagt werden konnte.

* *Vgl. KVZ 14/80 und 8/80*



Die „Nomenklatura“ und ihr Oberhaupt



## Bildung revolutionärer Zirkel in den 60er Jahren

Als Antwort auf die Bildung der reaktionären Fronde im herrschenden Apparat bilden sich seit 1963 eine Reihe illegaler Zirkel, die das System einer Kritik vom Standpunkt des Marxismus und Leninismus aus unterziehen. Eine Gruppe um den pensionierten General Pjotr Grigorenko rief 1963 den „*Bund für den Kampf um die Wiedergeburt des Leninismus*“ ins Leben, der in Moskau Flugblattaktionen gegen die herrschende Unterdrückung unternahm, sich auf Parteiversammlungen zu Wort meldete (es waren durchweg Parteimitglieder) und theoretische Diskussionen führte. Grigorenko wurde 1964 das erste Mal verhaftet und in eine psychiatrische Anstalt gesteckt. Wieder freigekommen, wandten er und der Altbolschewik Kosterin sich 1968 erneut mit Artikeln und Memoranden gegen die Invasion der CSSR „An alle Sowjetmenschen, an die fortschrittliche Weltöffentlichkeit“ (so ihr bekanntester Apell). Grigorenko arbeitete eine Reihe programmatischer Dokumente aus, worin er eine umfassende Demokratisierung der Gesellschaft wie der Partei und die Beendigung der Unterdrückung der nichtrussischen Völker der UdSSR forderte.

In Leningrad bildete sich 1964 der „*Bund der Kommunarden*“, durchweg aus Komsomol-Mitgliedern, die über die „negativen Erscheinungen“ der sowjetischen Gesellschaft diskutieren und auf Grundlage des Marxismus-Leninismus ein Änderungsprogramm aufstellen wollten. Sie gaben die Zeitschrift „Kolokol“ (Die Glocke) heraus, womit sie das Anknüpfen an den demokratischen Traditionen Rußlands zum Ausdruck bringen wollten („Kolokol“ hatte auch die berühmte Zeitschrift Alexander Herzens im Kampf gegen die zaristische Autokratie geheißen.) – Der „Bund der Kommunarden“ wurde schon 1965 zerschlagen, seine Mitglieder zu hohen Zuchthausstrafen (bis 7 Jahren) verurteilt.

Ebenso erging es einer marxistischen Studentengruppe in Saratow, die sich „*Partei der wahren Kommunisten*“ genannt hatte, und ebenso den Mitgliedern einer „*Marxistischen Partei neuen Typs*“, die sich in Rjasan und einigen andern Städten gebildet hatte. Es waren im allgemeinen Studenten, Intellektuelle, zusammen mit einigen Arbeitern, die solche Zirkel bildeten. Kaum eines der theoretischen Werke, die erarbeitet wurden, ist erhalten geblieben.

Im Prozeß gegen Jurij Budka, den Führer der Rjasaner Gruppe, lag als Beweisstück der Anklage auf dem Richtertisch sein Werk „*Der Verfall des Kapitals*“. – „Leider ist sein Inhalt nicht bekannt. Weit verbreitet war auch eine anonyme Arbeit *Suschtnost (Das Wesen des Kommunismus)*, über das nur aus einem knappen Inhaltsverzeichnis in der Chronik der laufenden Ereignisse zu erfahren ist, daß der Autor unter Kommunismus ein System von Beziehungen versteht, das die Freiheit von Persönlichkeit und Kollektiv gegenüber der Welt der Dinge, des Kapitals, der Zwangsarbeit und Unterdrückung durch die Staatsmaschinerie garantiert ... – Ziemlich weite Verbreitung muß auch eine Kollektivarbeit von Studenten aus Gorkij gefunden haben, die den Titel *Socialism i gosudarstwo (Sozialismus und Staat)* trug und über die nur soviel bekannt ist, daß es ein wissenschaftlicher Vortrag war, der die schwindende Rolle des Staates angesichts zunehmender Delegation von Befugnissen an gesellschaftliche Institutionen untersucht – so wie sie im Sozialismus verwirklicht werden sollte.“ (Borys Lewytzkyj, Die linke Opposition in der Sowjetunion, Hamburg 1974, S. 41/42)

Diese kommunistischen Zirkel, die wie eine leuchtende Spur plötzlich aufgeschossen und dann verglüht sind, ohne mehr als ihren Namen hinterlassen zu können, konnten so total ausgelöscht werden, weil sie es nicht verstanden, die Spanne zwischen den von Lenin entwickelten Vorstellungen für die Schaffung einer sozialistischen Sowjetunion freier Arbeitervölker und der gesellschaftlichen Realität der heutigen Sowjetunion zu schließen. Dazu hätte es einer konkreten Analyse bedurft, wie sich der Widerspruch zwischen den modernen Produktivkräften und den erstarrten Produktionsverhältnissen mit ihren eigentümlichen Merkmalen heute stellt.

Nicht zufällig knüpften die „Dissidenten“gruppen, die sich seit dem Ende der 60er Jahre (nach dem abrupten Ende des „Prager Frühlings“) in der Sowjetunion bildeten, an westlichen Vorbildern an. Ihr Ausgangspunkt der Kritik war die offensichtliche, unter den gegebenen Verhältnissen unaufholbare Rückständigkeit der Sowjetunion gegenüber den westlichen kapitalistischen Gesellschaften. Das absolute Staatsmonopol an den Produktionsmitteln, worauf sich der „Sozialismus“ in der Sowjetunion ja praktisch reduzierte, bildete für die Entwicklung der Produktivität der gesellschaftlichen Arbeit offenbar eine noch viel schroffere Schranke als der Monopolismus der Privatkapitale des Westens. Damit bildete er aber auch eine Schranke für die Entwicklung der Individuen wie der ganzen Gesellschaft.

*(Wird fortgesetzt)*

lup. Ein neues Massaker der salvado-
setzbar: er bezeichnet zunächst einmal die „Liste“ der Funktionsträger im Partei-, Staats- und Wirtschafts-Apparat, die „dazu gehören“. Ein praktisches Beispiel: Die Versammlung der Bauern eines Kolchos wählt den Kolchos-Vorsitzenden, faktisch Direktor eines Staatsbetriebs. Stets wird sich zu Beginn der Versammlung ein Mitglied des Bezirks-Parteikomitees erheben und wird eine bestimmte Person zur Wahl empfehlen. Nach Abwicklung einiger Förmlichkeiten werden die Bauern ihn einstimmig wählen, auch wenn sie ihn nie zu Gesicht bekommen haben. Dieses System der „rekommendazija“, der „Wahl auf Empfehlung“ durch die nächsthöhere Leitungsebene hat die Wahlen auf sämtlichen Ebenen der Partei, des Staates, der Wirtschaft und der gesellschaftlichen Organisationen in ihr volles Gegenteil verwandelt. Es bildet sich so eine geschlossene, alle Bereiche der Gesellschaft durchziehende, jeder Kritik entzogene *Hierarchie*, in die nur auf „Empfehlung“ jemand neu aufgenommen wird.

Dabei sind die Sowjets, die Räte der Arbeiter- und Bauern aus der Oktoberrevolution, zu reinen Akklamationskörpern geworden. Der Oberste Sowjet z.B. hat in den 44 Jahren seines Bestehens kein einziges Gesetz aus den eigenen Reihen vorgebracht. Nie hat er

* *Vgl. KVZ 14/80 und 8/80*

Die „Nomenklatura“ und ihr Oberhaupt



schrittliche Weltöffentlichkeit“ (so ihr bekanntester Apell). Grigorenko arbeitete eine Reihe programmatischer Dokumente aus, worin er eine umfassende Demokratisierung der Gesellschaft wie der Partei und die Beendigung der Unterdrückung der nichtrussischen Völker der UdSSR forderte.

In Leningrad bildete sich 1964 der „*Bund der Kommunarden*“, durchweg aus Komsomol-Mitgliedern, die über die „negativen Erscheinungen“ der sowjetischen Gesellschaft diskutieren und auf Grundlage des Marxismus-Leninismus ein Änderungsprogramm aufstellen wollten. Sie gaben die Zeitschrift „Kolokol“ (Die Glocke) heraus, womit sie das Anknüpfen an den demokratischen Traditionen Rußlands zum Ausdruck bringen wollten („Kolokol“ hatte auch die berühmte Zeitschrift Alexander Herzens im Kampf gegen die zaristische Autokratie geheißen.) – Der „Bund der Kommunarden“ wurde schon 1965 zerschlagen, seine Mitglieder zu hohen Zuchthausstrafen (bis 7 Jahren) verurteilt.

Ebenso erging es einer marxistischen Studentengruppe in Saratow, die sich „*Partei der wahren Kommunisten*“ genannt hatte, und ebenso den Mitgliedern einer „*Marxistischen Partei neuen Typs*“, die sich in Rjasan und einigen andern Städten gebildet hatte. Es waren im allgemeinen Studenten, Intellektuelle, zusammen mit einigen Arbei-

am 3. April berichtete, streben die
den, die Spanne zwischen den von Lenin entwickelten Vorstellungen für die Schaffung einer sozialistischen Sowjetunion freier Arbeitervölker und der gesellschaftlichen Realität der heutigen Sowjetunion zu schließen. Dazu hätte es einer konkreten Analyse bedurft, wie sich der Widerspruch zwischen den modernen Produktivkräften und den erstarrten Produktionsverhältnissen mit ihren eigentümlichen Merkmalen heute stellt.

Nicht zufällig knüpften die „Dissidenten“gruppen, die sich seit dem Ende der 60er Jahre (nach dem abrupten Ende des „Prager Frühlings“) in der Sowjetunion bildeten, an westlichen Vorbildern an. Ihr Ausgangspunkt der Kritik war die offensichtliche, unter den gegebenen Verhältnissen unaufholbare Rückständigkeit der Sowjetunion gegenüber den westlichen kapitalistischen Gesellschaften. Das absolute Staatsmonopol an den Produktionsmitteln, worauf sich der „Sozialismus“ in der Sowjetunion ja praktisch reduzierte, bildete für die Entwicklung der Produktivität der gesellschaftlichen Arbeit offenbar eine noch viel schroffere Schranke als der Monopolismus der Privatkapitale des Westens. Damit bildete er aber auch eine Schranke für die Entwicklung der Individuen wie der ganzen Gesellschaft.

*(Wird fortgesetzt)*

# El Salvador: FDR bemüht sich um eine politische Lösung

*lup.* Ein neues Massaker der salvadorianischen Militärjunta an der Zivilbevölkerung in einem Armenviertel von San Salvador ist in der vergangenen Woche bekannt geworden. 30 Menschen wurden getötet. Augenzeugen berichteten, daß in den frühen Morgenstunden zwei Lastwagen, voll mit Schwerbewaffneten, teils in Uniform, teils in Zivil, angerückt seien. Ein Maskierter in Zivilkleidung habe auf bestimmte Häuser gewiesen, aus denen dann mehrere Leute geschleppt und an die Wand gestellt wurden. Die Uniformierten hätten sie dann regelrecht abgeschlachtet. Ein Sprecher der Militärjunta erklärte nachher, eine Patrouille sei aus dem Hinterhalt angegriffen worden.

Solche Massaker sind in El Salvador alltäglich, wie zahlreiche Presseberichte bezeugen. 13 194 Personen seien allein 1980 in El Salvador ermordet worden, berichtet die Salvadorianische Kommission für Menschenrechte. Sie wurden Opfer der militärischen Einheiten der Junta, oder aber ziviler Terrorbanden, in deren Gewand die Soldaten der Militärjunta des nachts oft schlüpfen. Täglich werden in San Salvador in Straßengräben oder auf Bürgersteigen Ermordete aufgefunden, oftmals bestialisch verstümmelt, die am Tag zuvor von Armeeeinheiten verhaftet und abgeschleppt worden waren.

Trotzdem gelingt es den Militärs keineswegs, bedeutende Einbrüche gegenüber den Guerillakämpfern zu erzielen. Der „International Herald Tribune“ zitierte am 6. April militärische Quellen aus El Salvador, die eingestanden hätten, daß eine Offensive der Militärs in der Nähe der Hauptstadt „aufgrund der verbreiteten zivilen Unterstützung für die linken Rebellen“ zum Stillstand gekommen sei. Seit dem Versuch der Befreiungsstreitkräfte am 10. Januar, zu einer allgemeinen Offensive überzugehen, scheint in El Salvador eine militärische Pattsituation eingetreten zu sein, die von keiner der beiden Seiten überwunden werden kann. Weder sind die Befreiungsstreitkräfte in der Lage, zur Offensive gegen größere Stützpunkte der Militärjunta überzugehen, wenngleich sie immer wieder, zum Teil erfolgreich, einzelne Vertreter und Einrichtungen der Militärs selbst in der Hauptstadt attackieren. Noch ist die Militärjunta in der Lage, den Guerillakampf zu ersticken und ihre Macht zu konsolidieren. Ihre militärische Taktik zielt denn auch darauf ab, die Zivilbevölkerung zu bedeutenden Teilen richtiggehend zu vernichten oder zu vertreiben, um dadurch den Guerillas ihre Basis zu entziehen. Ein Ergebnis dieses Vorgehens ist, daß gegenwärtig 300 000 Bauern auf der Flucht sind, wie das Rechtshilfebüro des Erzbistums von El Salvador berichtet. El Salvador hat eine Gesamteinwohnerzahl von 4,5 bis 5 Mio. Ein anderes Ergebnis aber ist, daß die Wirtschaft El Salvadors kurz vor dem Zusammenbruch steht. 50% der industriellen Produktion ruht bereits jetzt, die Arbeitslosenrate wird offiziell mit 30% angegeben. Wahrscheinlich ist sie noch höher. Die von den USA zugesagte Wirtschaftshilfe in Höhe von 126,5 Mio. $ ist wahrscheinlich der einzige Faktor, der gegenwärtig einen wirtschaftlichen Kollaps noch aufhält.

Das auf Völkermord hinauslaufende militärische Vorgehen der Militärjunta wird durch die Aufstockung der Militärhilfe durch die Reagan-Administration auf nunmehr 35 Mio. $ bestärkt. Die direkte Entsendung von Militärberatern, die den ersten Schritt einer offenen militärischen Intervention darstellt, wird ergänzt durch die Ausbildung salvadorianischer Soldaten durch die USA in der Panama-Kanalzone. 2000 salvadorianische Soldaten werden gegenwärtig durch amerikanische Militärberater in der Nähe der Hauptstadt El Salvadors trainiert, insbesondere für den Einsatz in ländlichen Gebieten und Dörfern. Die materielle Militärhilfe umfaßt unter anderem die Lieferung von Hubschraubern, die den Militärs den Zugang zu jenen gebirgigen Gegenden öffnen sollen, deren Zivilbevölkerung gegenwärtig noch durch die Guerillastreitkräfte verteidigt werden können.

Die Aufstockung der Militärhilfe hatte die amerikanische Regierung vor allem auch ihren europäischen Bündnispartnern gegenüber mit sowjetischen und kubanischen Waffenlieferungen an die Aufständischen zu rechtfertigen versucht. Ein ehemaliger CIA-Agent hat inzwischen die entsprechende amerikanische Dokumentation als schlechtes CIA-Machwerk bezeichnet. Wie auch immer. In ihrem Kampf gegen die US-gestützte Militärjunta müssen die Guerillastreitkräfte versuchen, sich Waffen zu beschaffen, woher immer sie diese kriegen. Die Gefahr, dabei in Abhängigkeit von den Waffenlieferanten zu geraten, wächst in dem Maße, wie sie gezwungen sind, zu versuchen, eine militärische Lösung zu erzwingen, gegen eine ständig eskalierende amerikanische Intervention. Dies um so mehr, als eine der militärischen Schwächen der Guerillas daherrührt, daß sie über keine schweren Waffen verfügen, ohne die sie aber kaum feindliche Bastionen werden einnehmen können.

Will die FDR, die politische Vertretung der Widerstandsorganisationen El Salvadors, verhindern, in Abhängigkeit sowjetischer und kubanischer Waffenlieferanten zu geraten, und will sie verhindern, daß die Militärjunta durch fortdauernde Massaker an der Zivilbevölkerung dem Guerillakampf auf Dauer die Basis entzieht, muß sie versuchen, eine politische Lösung herbeizuführen. Wie die „Tageszeitung“ am 3. April berichtete, streben die FDR und ihr militärischer Zweig, die FMLN, eine solche Lösung nachdrücklich an. Die politisch-diplomatische Komission der FDR-FMLN soll demnach unter anderem Verhandlungen mit bürgerlichen Kräften führen, die bislang die Militärjunta unterstützt haben. Interesse an Verhandlungen sollen auch Teile der christdemokratischen Partei bekundet haben, der Partei, deren Vorsitzender Duarte die Gallionsfigur der Militärjunta bildet. Ziel der FDR ist dabei, eine Koalitionsregierung mit Vertretern der Bourgeoisie zu bilden.

Neben Widersprüchen zwischen der Militärjunta und Teilen der salvadorianischen Bourgeoisie kann sich die FDR bei diesem Vorgehen sowohl auf Widersprüche in den USA stützen, wo bedeutende Teile des Kongresses die Militärhilfe an El Salvador abgelehnt haben, als auch zwischen den USA und ihren westeuropäischen Verbündeten, die verschiedentlich die Unterstützung der Militärjunta abgelehnt und eine politische Lösung gefordert haben. Sie kann sich so auch die Widersprüche zwischen den USA und lateinamerikanischen Regierungen zunutze machen, die sich gegen äußere Interventionen in El Salvador ausgesprochen haben. Erst in der letzten Woche haben sich trotz des auf sie durch die USA ausgeübten Drucks die Regierungen Mexikos und Venezuelas für eine politische Lösung ausgesprochen. Und eine solche Lösung läge im Interesse *Nicaraguas*, dem es erleichtert würde, sich angesichts des wachsenden amerikanischen Drucks der Umklammerung durch Kuba und die Sowjetunion zu entziehen.

# Isolationshaft, wie sie der Staatsschutz verlangt

Der Kampf der politischen Gefangenen aus der RAF gegen Haftbedingungen, die sie dem schleichenden Tod ausliefern, steht vor Erfolg oder Mißerfolg. Auch die Staatsschutzbehörden wissen dies. Zehn Personen, die die Forderungen nach Zusammenlegung der Gefangenen an Verkehrsschildern angebracht hatten, ließ der Ermittlungsrichter des Bundesgerichtshofs einsperren. Wegen ,,Werbung für eine terroristische Vereinigung". Und gegen Angehörige der Gefangenen, die auf dem Bonner Marktplatz demonstrierten, wird ebenfalls ermittelt – wegen desselben Delikts. So schmutzig die Isolationshaft, so schmutzig ihre Rechtfertigung.



Angehörige der Gefangenen demonstrieren auf dem Bonner Marktplatz für die Erfüllung der Forderungen

*wos.* Am Donnerstag abend wurde die westdeutsche Öffentlichkeit über Rundfunk und Fernsehen davon unterrichtet, daß die Justizminister beschlossen haben, lieber die sich im Hungerstreik befindenden Gefangenen sterben zu lassen, als ihrer berechtigten Forderung nach Zusammenlegung auch nur einen Schritt entgegenzukommen. Schon einmal, als Holger Meins am 56. Tag des ersten Hungerstreiks, am 9.11.1974 starb, hat die westdeutsche Bourgeoisie gezeigt, daß sie lieber den Tod von Gefangenen in Kauf nimmt, als die Haftpraxis zu verändern.

Die 27 Gefangenen, die jetzt auf Leben und Tod im Hungerstreik stehen, führen den Kampf gegen Haftbedingungen, die von den Experten des staatlichen Verfolgungsapparates eiskalt kalkuliert und über Bundeskriminalamt und Bundes- und Landesjustizministerien zentral kontrolliert werden. Sechs Tage, nachdem in Stuttgart-Stammheim Gudrun Ensslin, Andreas Baader und Jan Carl Raspe tot aufgefunden worden waren, wurden in einer länderübergreifenden Dienstbesprechung der zuständigen Ministerien am 24.10.1977 die Haftbedingungen festgelegt, die fortan für alle Gefangenen des bewaffneten Widerstandes mindestens gelten sollten. Einige Punkte diese Haftstatuts wurden von Amnesty International in seinem Memorandum wie folgt zusammengefaßt:

Dem Verdächtigen ist Kontakt mit jedem anderen Häftling untersagt. Das Zellenfenster muß mit einem besonderen Sicherheitsmaschendraht oder einer Sichtblende abgedeckt sein, um ,,unkontrollierten Kontakt" zu verhindern. Zusätzliche Beleuchtung wie Lampen ist nicht erlaubt. Teilnahme an Gemeinschaftsveranstaltungen (einschließlich Gottesdienst) sowie jeglicher Kontakt mit Mitgefangenen wird ausgeschlossen. Mahlzeiten sind von zwei Vollzugsbeamten in die Zellen zu bringen und nicht (wie im Regelvollzug) von Mithäftlingen. Ständige ,,unauffällige" Beobachtung ist durchzuführen.

Oft gelten ähnliche Bedingungen für rechtskräftig verurteilte Häftlinge.

Außerdem sind im zentralen Haftstatut u. a. enthalten: Verlegung der Gefangenen in unregelmäßigen Abständen in andere Zellen, bei jedem Besuch völlige Entkleidung, Austausch des Mobiliars und viele weitere Einschränkungen der Lebensmöglichkeiten und Schikanen, die hier alle gar nicht aufgeführt werden können. Bemerkenswert ist, daß dabei ganz unverblümt die Verantwortlichkeit des Haftrichters, der nach § 119 Strafprozeßordnung *allein* über Haftbeschränkungen zu befinden hat, aufgehoben ist; kein Richter, der dieses Haftstatut nicht verhängt! Vermutlich das BKA verhängt über die Gefangenen die 'Häftlingsüberwachung' und damit sind die im Protokoll der Dienstbesprechung festgehaltenen Haftbedingungen festgelegt.

Das ist Einzelisolation in der normalen Haftanstalt. Daneben wird seit Erstellung der Hochsicherheitstrakte in Celle und in Berlin und der Herrichtung einer Reihe von Sicherheitstrakten oder Sonderabteilungen die Kleingruppenisolation praktiziert. Das bedeutet technologisch perfektes Wegschließen in einem vom übrigen Gefängnis hermetisch abgeschlossenen Trakt. Umschluß oder Hofgang einzelner Gefangener wird in Gruppen von zwei bis sechs Personen innerhalb dieses Traktes bei totaler Überwachung zugelassen. Der Extremfall ist der Hochsicherheitstrakt in Celle, wo gegenwärtig zwei Gefangene von 27 Beamten mit Spezialausbildung bewacht werden: Fenster aus Panzerglas, nicht zu öffnen; wenn es regnet, sieht man es nur, hört es nicht; Sicherheitsmöbel, sogar der Spiegel aus Stahlblech; Neonlicht den ganzen Tag; jeder Schritt außerhalb der Zellen wird von Kameras und Mikrofonen aufgenommen; nachdem festgestellt worden war, daß ein Gefangener das Rangieren eines LKWs beobachtete – dieser Raum hat das einzige Fenster, aus dem auch mal was anderes als nur eine Betonwand zu sehen ist – hing am nächsten Tag eine Milchglasfolie über dem Fenster, sie wurde erst auf Proteste der Anwälte wieder weggenommen; der Hofgang in einem 4,5 mal 20 m engen Hof, über den Köpfen der Gefangenen ist ein Netz gespannt, die Sonne kommt fast nie in diesen Hof. Dazu kommen die üblichen Erniedrigungen wie Zellentotalrevisionen mit Entkleidung der Gefangenen, etc. Was hilft da eventuell ein Fernseher in der Zelle? Es ist eine Maschinerie zum Brechen oder zur Vernichtung der Persönlichkeit.

Das Landgericht Celle hat den Antrag von Karl-Heinz Dellwo, der seit über zwei Jahren in diesem Trakt sitzt, in eine normale Abteilung verlegt zu werden, im September 1980 u.a. mit folgender Begründung zurückgewiesen:

,,Der Antragsteller muß von den in den anderen Abteilungen der JVA untergebrachten Gefangenen ferngehalten werden. ... Er gehört zu den Gewalttätern, die die rechtsstaatliche Ordnung der Bundesrepublik ablehnen und sie mit allen Mitteln zu bekämpfen versuchen. Hiernach besteht bei dem Antragsteller in erhöhtem Maße Fluchtgefahr und die Gefahr von Gewalttätigkeiten gegenüber Personen und Sachen. Ferner besteht die Gefahr, daß er andere Gefangene zu beeinflussen versucht, mit ihm die rechtsstaatliche Ordnung der Bundesrepublik mit allen Mitteln zu bekämpfen."

Die Rechtfertigung jeder auch noch so sehr die Gesundheit beeinträchtigenden Maßnahme ist mit dieser Begründung möglich. Der Bundesgerichtshof hat in einem Beschluß vom 22.10.1975 (BGH, 1 StE 1/74, in: NJW 1976, 116 ff.) dafür die Grundlage gelegt:

,,Die Beschwerdeführer (Baader, Meinhof, Ensslin und Raspe, d. Verf.) gehören zu einer zahlenmäßig verschwindend geringen Gruppe der Bevölkerung, die es im Gegensatz zu dieser für unerläßlich hält, den gewiß in mancherlei Hinsicht verbesserungsbedürftigen Zustand der Gesellschaft – wie übrigens jeder Gesellschaft – nicht mit dem demokratischen Mittel der Überzeugung der Wähler, sondern gegen deren Willen unter Anwendung rücksichtsloser Waffengewalt zu verändern ... Die Gefährlichkeit der Beschwerdeführer ... ließ den für die Gestaltung der Untersuchungshaft verantwortlichen Stellen keine andere Wahl als die, dem durch eine entsprechende Verschärfung der Haftbedingungen Rechnung zu tragen."

War damit den Vollzugsbehörden der Freibrief für jede Haftverschärfung erteilt, so versucht die Justiz, die Verantwortung von sich ab- und den Ärzten zuzuschieben, die sie bei Lebensgefahr eines Gefangenen zu dessen Zwangsernährung zwangsverpflichten will. Die Ärzte der Berliner Vollzugsanstalten spielen dieses Spiel nicht mit. Sie lehnen es mit der Unterstützung durch die Bundesärztekammer, den Marburger Bund und viele Ärzte ab, eine Behandlung gegen den Willen des Patienten durchzuführen. 93 Ärzte haben jetzt darüber hinaus in einem offenen Brief an die Justizbehörden gefordert, daß sie die Forderungen der Gefangenen erfüllen sollen. Dem Berliner Anstaltsarzt Dr. Leschhorn wurde wegen seiner Weigerung mit einer Anklage wegen fahrlässiger Tötung gedroht.

Die Forderungen der Gefangenen sind gerecht

ebk. Wenn es den Gefangenen aus der RAF und andere Gruppen, die seit über 9 Wochen im Hunger- und teilweise im Durststreik stehen, tatsäch-

zu können, wurde abgelehnt. Wie ernsthaft das ,,Angebot" der Übernahme in Normalvollzug war, beweist der Beschluß des Landgerichts Regens-

fest: ,,Nach der umfangreichen internationalen pönologischen und psychologischen Literatur, die zu diesem Thema vorliegt, ist die Isolierung eines

Die Forderungen aus der Hungerstreikerklärung der Gefangenen der RAF vom 6.2.1981

Anwendung der Mindestgarantien der Genfer Konvention auf die Gefangenen aus der RAF und anderen antiimperialistischen Widerstandsgruppen; das bedeutet:

nalamt und Bundes- und Landesjustizministerien zentral kontrolliert werden. Sechs Tage, nachdem in Stuttgart-Stammheim Gudrun Ensslin, Andreas Baader und Jan Carl Raspe tot aufgefunden worden waren, wurden in einer länderübergreifenden Dienstbesprechung der zuständigen Ministerien am 24.10.1977 die Haftbedingungen festgelegt, die fortan für alle Gefangenen des bewaffneten Widerstandes mindestens gelten sollten. Einige Punkte diese Haftstatuts wurden von Amnesty International in seinem Memorandum wie folgt zusammengefaßt:

Dem Verdächtigen ist Kontakt mit jedem anderen Häftling untersagt. Das Zellenfenster muß mit einem besonderen Sicherheitsmaschendraht oder einer Sichtblende abgedeckt sein, um ,,unkontrollierten Kontakt" zu verhindern. Zusätzliche Beleuchtung wie Lampen ist nicht erlaubt. Teilnahme an Gemeinschaftsveranstaltungen (einschließlich Gottesdienst) sowie jeglicher Kontakt mit

kein Richter, der dieses Haftstatut nicht verhängt! Vermutlich das BKA verhängt über die Gefangenen die 'Häftlingsüberwachung' und damit sind die im Protokoll der Dienstbesprechung festgehaltenen Haftbedingungen festgelegt.

Das ist Einzelisolation in der normalen Haftanstalt. Daneben wird seit Erstellung der Hochsicherheitstrakte in Celle und in Berlin und der Herrichtung einer Reihe von Sicherheitstrakten oder Sonderabteilungen die Kleingruppenisolation praktiziert. Das bedeutet technologisch perfektes Wegschließen in einem vom übrigen Gefängnis hermetisch abgeschlossenen Trakt. Umschluß oder Hofgang einzelner Gefangener wird in Gruppen von zwei bis sechs Personen innerhalb dieses Traktes bei totaler Überwachung zugelassen. Der Extremfall ist der Hochsicherheitstrakt in Celle, wo gegenwärtig zwei Gefangene von 27 Beamten mit

Mikrofonen aufgenommen; nachdem festgestellt worden war, daß ein Gefangener das Rangieren eines LKWs beobachtete – dieser Raum hat das einzige Fenster, aus dem auch mal was anderes als nur eine Betonwand zu sehen ist – hing am nächsten Tag eine Milchglasfolie über dem Fenster, sie wurde erst auf Proteste der Anwälte wieder weggenommen; der Hofgang in einem 4,5 mal 20 m engen Hof, über den Köpfen der Gefangenen ist ein Netz gespannt, die Sonne kommt fast nie in diesen Hof. Dazu kommen die üblichen Erniedrigungen wie Zellentotalrevisionen mit Entkleidung der Gefangenen, etc. Was hilft da eventuell ein Fernseher in der Zelle? Es ist eine Maschinerie zum Brechen oder zur Vernichtung der Persönlichkeit.

Das Landgericht Celle hat den Antrag von Karl-Heinz Dellwo, der seit über zwei Jahren in diesem Trakt sitzt, in eine normale Abteilung verlegt zu werden, im September 1980 u.a. mit

blik ablehnen und sie mit allen Mitteln zu bekämpfen versuchen. Hiernach besteht bei dem Antragsteller in erhöhtem Maße Fluchtgefahr und die Gefahr von Gewalttätigkeiten gegenüber Personen und Sachen. Ferner besteht die Gefahr, daß er andere Gefangene zu beeinflussen versucht, mit ihm die rechtsstaatliche Ordnung der Bundesrepublik mit allen Mitteln zu bekämpfen."

Die Rechtfertigung jeder auch noch so sehr die Gesundheit beeinträchtigenden Maßnahme ist mit dieser Begründung möglich. Der Bundesgerichtshof hat in einem Beschluß vom 22.10.1975 (BGH, 1 StE 1/74, in: NJW 1976, 116 ff.) dafür die Grundlage gelegt:

,,Die Beschwerdeführer (Baader, Meinhof, Ensslin und Raspe, d. Verf.) gehören zu einer zahlenmäßig verschwindend geringen Gruppe der Bevölkerung, die es im Gegensatz zu dieser für unerläßlich hält, den gewiß in mancherlei Hinsicht verbesserungsbedürftigen Zustand der Gesellschaft

haft verantwortlichen Stellen keine andere Wahl als die, dem durch eine entsprechende Verschärfung der Haftbedingungen Rechnung zu tragen."

War damit den Vollzugsbehörden der Freibrief für jede Haftverschärfung erteilt, so versucht die Justiz, die Verantwortung von sich ab- und den Ärzten zuzuschieben, die sie bei Lebensgefahr eines Gefangenen zu dessen Zwangsernährung zwangsverpflichten will. Die Ärzte der Berliner Vollzugsanstalten spielen dieses Spiel nicht mit. Sie lehnen es mit der Unterstützung durch die Bundesärztekammer, den Marburger Bund und viele Ärzte ab, eine Behandlung gegen den Willen des Patienten durchzuführen. 93 Ärzte haben jetzt darüber hinaus in einem offenen Brief an die Justizbehörden gefordert, daß sie die Forderungen der Gefangenen erfüllen sollen. Dem Berliner Anstaltsarzt Dr. Leschhorn wurde wegen seiner Weigerung mit einer Anklage wegen fahrlässiger Tötung gedroht.

# Die Forderungen der Gefangenen sind gerecht

*ebk.* Wenn es den Gefangenen aus der RAF und andere Gruppen, die seit über 9 Wochen im Hunger- und teilweise im Durststreik stehen, tatsächlich um Verbesserung ihrer Haftbedingungen ginge, hätten sie ihr Ziel längst erreicht. Es könnten ,,einige der RAF-Häftlinge längst unter den Bedingungen des Normalvollzugs leben". (Bundesanwaltschaft laut FR. 7.4.) Das würden sie aber ablehnen.

So schustern sich die Justizbehörden eine ,,Rechtfertigung" für die von ihnen seit Jahren betriebene Isolationshaft an politischen Gefangenen in der BRD und Westberlin zurecht, um sich damit aus der Verantwortung zu stehlen. Mit gezinkten Argumenten:

Im Frühjahr 1979 sagte das baden-württembergische Justizministerium die Übernahme von Günter Sonnenberg in den Normalvollzug des Gefängnisses Bruchsal zu, nachdem er und andere Gefangene mehrere Wochen für diese Forderung einen Hungerstreik durchgeführt hatten. Günter Sonnenberg kam aber nicht in eine der beiden normalen Hofganggruppen und er konnte auch nicht wie andere an den Sportstunden teilnehmen. Er wurde in den Hofgang der Küchenschänzer gesteckt, von denen keiner ein Wort mit ihm sprach – aus Angst vor Verlust des Privilegs, Küchenschänzer zu sein oder auf Anordnung. Die Sportstunden, bis dahin ohne Überwachung, wurden auf einmal bewacht. Die Gefangenen konnten nicht mehr miteinander reden. Günter Sonnenberg hat unter diesen Umständen auf diese Sorte ,,Normalvollzug" verzichtet.

Rolf Heißler, dem die Bundesanwaltschaft ebenfalls Normalvollzug angeboten haben will, sollte vor seiner Teilnahme am allgemeinen Hofgang durch den Anstaltsarzt geröntgt werden. Sein Antrag, sich durch einen externen Arzt eigner Wahl röntgen lassen zu können, wurde abgelehnt. Wie ernsthaft das ,,Angebot" der Übernahme in Normalvollzug war, beweist der Beschluß des Landgerichts Regensburg, der die Fortdauer strengster Isolationshaft unter Inkaufnahme aller auch dem Gericht bekannter Gesundheitsschäden anordnete:

,,Auch die Strafvollstreckungskammer erachtet unter den gegebenen Umständen die Einzelhaft des Rolf Heißler als unerläßlich, weil sie die zur Vermeidung der befürchteten Aktionen erforderliche Einwirkung auf den Betroffenen besser erreicht als jedes andere im konkreten Fall zulässige Reaktionsmittel und auch unter Berücksichtigung der Erkenntnis, daß durch die Absonderung eine Isolation hervorgerufen wird, die mit einem hohen Grad an Reduktion der sämtlichen Umweltreize und der Gefahr erheblicher gesundheitlicher Einbußen verbunden ist, ganz unverzichtbar erscheint."

So wurde die Isolationshaft von Anfang an begründet. Die Justiz folgte damit der von Rechtsprofessor und damaligem Kanzleramtschef Ehmke im Bundestag wenige Tage nach der Verhaftung von Baader, Meinhof und Ensslin ausgegebenen Devise, ,,diese Gruppe völlig zu entsolidarisieren, sie von all dem zu isolieren, was es sonst noch an radikalen Meinungen in diesem Land geben mag. Das ist eine unserer wichtigsten Aufgaben".

Die Gefangenen aus der RAF führten 1974 einen ersten Hungerstreik von 145 Tagen gegen die Isolationshaft. Holger Meins ist darin umgekommen. Im Herbst 1975 forderte der psychiatrische Gutachter Prof. Rasch im Baader-Meinhof-Verfahren die Herstellung von Gruppen von 12 bis 15 Gefangenen, um unter gleichzeitiger Beachtung des Sicherheitsinteresses der Staatsbehörden die schlimmsten Gesundheitsschäden zu vermeiden. Rasch stellte fest: ,,Nach der umfangreichen internationalen pönologischen und psychologischen Literatur, die zu diesem Thema vorliegt, ist die Isolierung eines Menschen allein geeignet, tiefgreifende Beeinträchtigungen seiner psychischen und physischen Verfassung zu erzeugen; beschrieben wurde u.a. chronische Apathie, Initiativverlust, Gedächtnisstörungen, Müdigkeit, emotionale Verflachung, Konzentrationsstörungen, Herabsetzung der intellektuellen Leistungsfähigkeit, neurovegetative Beschwerden." Das Stuttgarter Gericht hielt die Isolationshaft nicht nur ausdrücklich trotz dieser bekannten Gesundheitsschäden aufrecht; es behandelte die so eingetretene Verhandlungsunfähigkeit als durch die Gefangenen selbst verschuldet und verhandelte in ihrer Abwesenheit weiter. Der Bundesgerichtshof bestätigte diese Rechtsprechung.

Die Gefangenen, die bis dahin immer die Überführung in den Normalvollzug gefordert hatten, übernahmen die Forderung von Rasch nach Bildung von Gruppen von 12 bis 15 Gefangenen und führten für diese Forderung 1977 einen erneuten Hungerstreik durch. Die Justiz ließ gerade Gruppen von 4 bis 5 Gefangenen zu, verhängte aber – nach Ponto und Schleyer – sofort die Kontaktsperre über 6 Wochen. Auch nach Aufhebung der Kontaktsperre ist die Justiz dieser Forderung bis heute nicht nachgekommen.

Die Forderung nach Zusammenlegung in interaktionsfähigen Gruppen ist entstanden aus der vollständigen Weigerung der Justiz, die politischen Gefangenen in den Normalvollzug zu übernehmen. Sie ist in dieser Lage keine Forderung nach Privilegien, sondern nach minimalen Bedingungen zur Aufrechterhaltung der physischen, psychischen und politischen Existenz der Gefangenen.

## Die Forderungen aus der Hungerstreikerklärung der Gefangenen der RAF vom 6.2.1981

Anwendung der Mindestgarantien der Genfer Konvention auf die Gefangenen aus der RAF und anderen antiimperialistischen Widerstandsgruppen; das bedeutet:

– Zusammenlegung dieser Gefangenen unter Bedingungen, die Interaktion möglich machen, was die lückenlose elektronische, d.h. akustische und optische Erfassung der Kommunikation in schall-, licht- und luftkonditionierten Isolationseinheiten ausschließt, die von der ,,Internationalen Kommission zum Schutz der Gefangenen und gegen Isolation in Westeuropa" kontrolliert werden.

– Freilassung von Günter Sonnenberg, weil seine physische Rekonstruktion seiner Kopfverletzung unter Bedingungen von Gefangenschaft ausgeschlossen ist.

## Memorandum von amnesty international vom Mai 1980

Dieses Dossier wird vor allem aus zwei Gründen veröffentlicht. Erstens hat Amnesty International festgestellt, daß die Haftbedingungen von Gefangenen, die in strenger Sicherheitshaft in der Bundesrepublik gehalten wurden und noch werden, für Amnesty International nach Artikel 1 (c) seiner Satzung ein Anliegen sind. Dieser fordert, daß sich die Organisation der ,,Folterung oder anderer grausamer, unmenschlicher oder erniedrigender Behandlung oder Bestrafung" aller Gefangener widersetzt. Deshalb richtete Amnesty International den dringenden Appell an die Behörden der Bundesrepublik, Isolationshaft und Kleingruppen-Isolation als reguläre Haftform abzuschaffen, und betonte, daß Auswege gefunden werden müssen und können, um Sicherheitsanforderungen mit menschlicher Behandlung in Einklang zu bringen. Bestimmte Empfehlungen von Amnesty International zur Schaffung eines Beratungsausschusses wurden von den Behörden der Bundesrepublik abgelehnt.

... Als sich viele weitere Mitglieder dieser Organisationen in Haft befanden, waren Behauptungen über Folter durch Isolationshaft und – in einigen Fällen – die Anwendung von Techniken sensorischer Deprivation weit verbreitet. Die Nachprüfung solcher Behauptungen ergab, daß eine immer größere Zahl dieser Häftlinge während langer Zeiträume in Isolation gehalten wurde, sowohl vor wie auch nach ihrer rechtskräftigen Verurteilung. 1976/77 war es gewiß, daß sie in vielen Fällen bereits vier, fünf oder gar sechs Jahre unter unterschiedlichen Haftbedingungen gehalten wurden, die von strenger Isolationshaft bis zu Kleingruppen-Isolation reichten. ...

Die Haftbedingungen der Häftlinge, deren Fälle im Verlauf dieser Untersuchung geprüft wurden, kamen schweren Formen der Isolation gleich. Anhand des herangezogenen Materials kam die Untersuchung zu dem Ergebnis, daß viele Häftlinge deutliche Symptome aufwiesen, die dem oben beschriebenen allgemeinen Muster entsprachen (bekannten körperlichen und seelischen Auswirkungen der Isolation, d. Verf.), jedoch äußerst ausgeprägt waren und in einigen Fällen an die Auswirkungen sensorischer Deprivation in experimentellen Situationen erinnerten. Amnesty International kam zu dem Schluß, daß in individuellen Fällen anhaltende Isolationshaft und soziale Isolation die Gesundheit von Häftlingen geschädigt hatten ...

# Probleme der Energieversorgung in der 3. Welt

**Verteuerung des Öls und der Düngemittel ist nur eine Seite der Energiekrise, in der sich die Länder der Dritten Welt sehen. Auch Brennholz z.B. wird knapp. So spielt die Entwicklung neuer Energieformen eine entscheidende Rolle. Auf die Entwicklung in dem imperialistischen Ländern kann dabei nicht zurückgegriffen werden.**

*cht.* Für die Länder der 3. Welt ist die Steigerung der landwirtschaftlichen Produktion eine unabdingbare Voraussetzung für die wirtschaftliche Entwicklung. Bislang konnte trotz großer Anstrengungen die Produktion in der Landwirtschaft nicht mit dem Wachstum der Bevölkerung schritthalten, und die meisten Länder mußten die Lebensmittelimporte aus den imperialistischen Ländern erhöhen. Dabei konnte für große Teile der Bevölkerung der tatsächliche Bedarf an Lebensmitteln nicht gedeckt werden. Die Welternährungsorganisation FAO schätzt die Zahl der Unterernährten auf 500 Mio. Sie hält es für notwendig, daß die durchschnittliche Steigerungsrate der landwirtschaftlichen Produktion in den Entwicklungsländern von derzeit 2,8 auf 3,8% erhöht wird, um eine Verschärfung der Situation zu verhindern. Bei der Entwicklung der Landwirtschaft spielt außer dem wesentlichen Faktor der Kontrolle über das Land die Frage der Energie eine Schlüsselrolle: ist es möglich, die verfügbare Energie zu erhöhen aus eigenen Mitteln, ohne die Verschuldung und Abhängigkeit zu vergrößern?

Kennzeichnend für die von konventionellen Methoden bestimmte Nahrungsmittelproduktion und -verarbeitung in der 3. Welt ist nicht der geringe Energieverbrauch, sondern der geringe Verbrauch an effektiver Energie. Abgesehen von der Verwendung als Kunstdünger und in unbedeutendem Umfang für Land- und Zugmaschinen und für Bewässerungsanlagen, spielt kommerzielle Energie (Öl, Kohle und Strom) noch keine große Rolle. Den größten Anteil an in der Landwirtschaft verbrauchter Energie nehmen Arbeits- und Zugtiere und die menschliche Arbeit ein. Hinzu kommt die zum Kochen und Wärmen verbrauchte Energie in Form von Feuerholz, verbranntem Dung und Ernteresten. In vielen Ländern Asiens und Afrikas wird mehr Energie als Brennholz verbraucht als in allen anderen Formen zusammengenommen. Die Statistiken über den Pro-Kopf-Verbrauch an Energie fallen sehr verschieden aus, je nachdem, ob dieser große Bereich der nicht kommerziellen Energie im Verbrauch der Entwicklungsländer mit berücksichtigt wird oder nicht. Die USA verbrauchen nach der UNO-Statistik pro Kopf der Bevölkerung 33 mal so viel wie z.B. Afrika oder 16,5 mal so

Land die Frage der Energie eine Schlüsselrolle: ist es möglich, die verfügbare Energie zu erhöhen aus eigenen Mitteln, ohne die Verschuldung und Abhängigkeit zu vergrößern?

Kennzeichnend für die von konventionellen Methoden bestimmte Nahrungsmittelproduktion und -verarbeitung in der 3. Welt ist nicht der geringe Energieverbrauch, sondern der geringe Verbrauch an effektiver Energie. Abgesehen von der Verwendung als Kunstdünger und in unbedeutendem Umfang für Land- und Zugmaschinen und für Bewässerungsanlagen, spielt kommerzielle Energie (Öl, Kohle und Strom) noch keine große Rolle. Den größten Anteil an in der Landwirtschaft verbrauchter Energie nehmen Arbeits- und Zugtiere und die menschliche Arbeit ein. Hinzu kommt die zum Kochen und Wärmen verbrauchte Energie in Form von Feuerholz, verbranntem Dung und Ernteresten. In vielen Ländern Asiens und Afrikas wird mehr Energie als Brennholz verbraucht als in allen anderen Formen zusammengenommen. Die Statistiken über den Pro-Kopf-Verbrauch an Energie fallen sehr verschieden aus, je nachdem, ob dieser große Bereich der nicht kommerziellen Energie im Verbrauch der Entwicklungsländer mit berücksichtigt wird oder nicht. Die USA verbrauchen nach der UNO-Statistik pro Kopf der Bevölkerung 33 mal so viel wie z.B. Afrika oder 16,5 mal so
viel wie China. Jedoch verbrauchen sie, unter Berücksichtigung der nichtkommerziellen Energie nur 10mal so viel wie die Entwicklungsländer durchschnittlich. (1) Der Wirkungsgrad der in den Ländern der 3. Welt verwendeten Energie und damit ihr Nutzen ist naturgemäß sehr viel geringer als in den industrialisierten Ländern. Ein Arbeitstier in der Landwirtschaft z.B. verbraucht, gemessen an der Arbeitsleistung, mehr Energie als ein Traktor. Eine auf dieser Grundlage durchgeführte Untersuchung über den Energieverbrauch einschließlich der Düngemittel in der Reisproduktion verschiedener Länder ergibt, daß der Energieaufwand pro Hektar in den USA, und z.B. in China und Indien annähernd gleich ist, daß bei den unterschiedlichen Hektarerträgen (USA 5100 kg, China 3000 kg, und Indien 1400 kg) jedoch der Energieaufwand pro Tonne Reis in Indien dreimal so hoch ist wie in den USA, in China beinahe anderthalb mal so hoch. (1) Die Aussagekraft dieses Vergleichs wird dadurch eingeschränkt, daß nur die tatsächlich im landwirtschaftlichen Prozeß verwendete Energie berücksichtigt wird, jedoch nicht die Energie, die nötig war, um die in den USA verwendeten landwirtschaftlichen Maschinen zu produzieren; er ist aber trotzdem aufschlußreich.

Die Länder der 3. Welt sehen sich vor einer doppelten Energiekrise: Die Verteuerung des Öls und der Düngemittel führt zu Rückschlägen in geplanten und begonnenen Investitionen zur Steigerung der Produktivität. Gleichzeitig verknappen die nichtkommerziellen Energiequellen, z.B. Futterweiden und Holz. In vielen Ländern Afrikas und Asiens ist Holz so knapp geworden, daß ein wachsender Teil des nutzbaren Arbeitstages, bzw. des verfügbaren Einkommens, auf seine Beschaffung verwendet werden muß. Die Schaffung von neuen und effektiven Energiequellen, mit denen der Mangel ausgeglichen und die für die Modernisierung der Landwirtschaft notwendige zusätzliche Energie aus eigenen Mitteln aufgebracht werden kann, steht für diese Länder auf der Tagesordnung. Dabei spielen Energieformen, die sich nicht verbrauchen, wie Wind, Sonne, Wasser oder die in Verbindung mit der landwirtschaftlichen Produktion und Forstwirtschaft ständig erneuert werden können, wie Biogas, Holzkohle und Ethanol, eine besonders wichtige Rolle. Große Anstrengungen sind in der Vergangenheit unternommen worden und werden heute unternommen, um diese Energien zu entwickeln und effektiv einzusetzen.

Bei dieser Entwicklung sind die Länder der 3. Welt weitgehend auf sich selbst angewiesen und können wenig auf die Entwicklung in den imperialistischen Ländern zurückgreifen. Energie- und Stromproduktion in den Industrieländern ist kapitalintensiv und wird von wenigen Monopolen beherrscht, die neue Energietechniken entwickeln, um den eigenen Markt zu erweitern. Anlagen, die mit einfachen technischen Mitteln und in kleinen Einheiten herstellbar sind, stellen eine Konkurrenz für ihr Monopol dar. Die Entwicklung in den Industrieländern geht deshalb in die Richtung noch größeren Kapitaleinsatzes und noch größerer Kapitalkonzentration, wie Kernenergie und Kohleverflüssigung. Nur wo die kapitalintensive Technologie die Grundlage des Produktionsprozesses ist und sich die Monopole deshalb der Kontrolle sicher sein können, werden auch dezentral einsetzbare Einheiten entwickelt, zum Beispiel bei der Kernenergie, wo jetzt Kleinkraftwerke für Orte bis zu 30000 Einwohnern angeboten werden. Die Produzenten der Kernkraftwerke versuchen, ihre Anlagen an die 3. Welt zu verkaufen – die Internationale Atomenergiekomission hofft, daß die Produktion aus Kernkraftwerken in den nächsten 20 Jahren um das zweihundertfache gesteigert wird – doch die technologische Abhängigkeit und die wirtschaftliche Verschuldung der 3. Welt würde dadurch nur wachsen. Die Bemühungen der

der der 3. Welt weitgehend auf sich selbst angewiesen und können wenig auf die Entwicklung in den imperialistischen Ländern zurückgreifen. Energie- und Stromproduktion in den Industrieländern ist kapitalintensiv und wird von wenigen Monopolen beherrscht, die neue Energietechniken entwickeln, um den eigenen Markt zu erweitern. Anlagen, die mit einfachen technischen Mitteln und in kleinen Einheiten herstellbar sind, stellen eine Konkurrenz für ihr Monopol dar. Die Entwicklung in den Industrieländern geht deshalb in die Richtung noch größeren Kapitaleinsatzes und noch größerer Kapitalkonzentration, wie Kernenergie und Kohleverflüssigung. Nur wo die kapitalintensive Technologie die Grundlage des Produktionsprozesses ist und sich die Monopole deshalb der Kontrolle sicher sein können, werden auch dezentral einsetzbare Einheiten entwickelt, zum Beispiel bei der Kernenergie, wo jetzt Kleinkraftwerke für Orte bis zu 30000 Einwohnern angeboten werden. Die Produzenten der Kernkraftwerke versuchen, ihre Anlagen an die 3. Welt zu verkaufen – die Internationale Atomenergiekomission hofft, daß die Produktion aus Kernkraftwerken in den nächsten 20 Jahren um das zweihundertfache gesteigert wird – doch die technologische Abhängigkeit und die wirtschaftliche Verschuldung der 3. Welt würde dadurch nur wachsen. Die Bemühungen der
Länder der 3. Welt, ihre eigenen Energiequellen zu entwickeln, werden in ihrem einstimmigen Beschluß in der UNO-Vollversammlung für die Durchführung einer Konferenz über neue und sich erneuernde Energiequellen deutlich, die in diesem Jahr in Nairobi durchgeführt werden soll. Die Konferenz soll einen Überblick über die verfügbaren alternativen Energieformen geben, die technologischen und wirtschaftlichen Bedingungen aufarbeiten, die Verwendbarkeit in den Ländern der 3. Welt beschreiben und Voraussetzungen für den Austausch von Technologie schaffen und fördern.

Eine der Hauptaufgaben ist die effektivere *Nutzung von Holz* und Wiederaufforstungsprogramme mit kontrollierter und geplanter Nutzung, um den Raubbau am Baumbestand aufzuhalten. Eine Untersuchung im Auftrag der Regierung von Tansania errechnet, daß bei kontrollierter Nutzung und Wiederbepflanzung 1 Hektar Wald ca. 15 Tonnen Holz jährlich liefert, genug, um 40–50 Menschen mit Brennmaterial zu versorgen. Die UN-Organisationen FAO und UNEP haben umfangreiche Wiederaufforstungsprogramme zusammen mit Regierungen in Afrika, Asien und Lateinamerika begonnen. Es wird geschätzt, daß 5 Mio. ha Wald in den Ländern der 3. Welt gepflanzt werden müßten, um den voraussichtlichen Bedarf bis zum Jahr 2000 zu decken. Die Wiederaufforstung hat für die Landwirtschaft den unschätzbaren Nebeneffekt, daß der Erosion und dem Absinken des Grundwassers Einhalt geboten wird.

(1) vergl. Makhijani, A.: Energy and agriculture in the third world. 1975





*Links:* Immer größere Strecken müssen in vielen Gebieten Afrikas täglich zurückgelegt werden, um das knapp gewordene Brennholz zu sammeln. *Rechts:* Neben Biogasanlagen, die mit einfachen Mitteln gebaut werden können, werden in der VR China auch Einrichtungen zur Nutzung der Sonnenenergie entwickelt. Hier ein einfach zu handhabender Zementofen des Forschungszentrums für Solarenergie in Yucheng, Provinz Henan.

Die Umwandlung von Holz in *Holzkohle* liefert den Vorteil, daß Holzkohle, da sie Energie in komprimierterer Form liefert, leichter in Gebiete zu transportieren ist, wo das Holz knapp ist. In Verbindung mit entsprechenden Öfen nutzt sie die Energie wirkungsvoller. Verglichen mit Petroleum, das in den Ländern der 3. Welt vielfach benutzt wird und einen großen Anteil der Importausgaben ausmacht, ist es ein sehr viel billigeres Mittel zum Kochen. Papua Neu Guinea z.B. begann 1979 unter dem Druck steigender Ölpreise, Holzkohle für den Gebrauch in städtischen und ländlichen Häusern zu importieren, und eröffnete Mitte 1980 eine eigene Holzkohleproduktion, die die Abfälle der Forstwirtschaft verarbeitet. Ein Programm zur Veteilung von Holzkohleöfen wird die Verbreitung dieser Energieform unterstützen.

Eine besonders für die Landwirtschaft wichtige Energieform, die in der 3. Welt entwickelt worden ist, ist *Biogas*. In Biogasanlagen können tierischer und menschlicher Kot sowie Pflanzenabfälle verwendet werden. Sie werden bakteriologisch zersetzt. Das Produkt ist einerseits ein Gasgemisch aus 60% Methan und 40% Kohlendioxyd, das in Öfen und Lampen benutzt werden kann, zur Stromproduktion und für leichte landwirtschaftliche Maschinen. Andererseits entsteht als Abfallprodukt ein Schlamm, der einen besseren Dünger ergibt als natürlicher Dung, da die bakteriologische Zersetzung die Mineralien und den Stickstoff aufgebrochen hat und krankheitserregende Keime getötet worden sind. Gegenüber dem weit verbreiteten Brauch, Kot und Pflanzenabfälle direkt zu verbrennen, ist in den Biogasanlagen der Energieertrag sehr viel höher, außerdem bleiben die zum Düngen wertvollen Stoffe erhalten und können dem Boden wieder zugeführt werden. Die ersten Biogasanlagen wurden versuchsweise 1939 in Indien entwickelt. Die Versuche zeigten sich als so erfolgreich, daß bis heute ca. 70000 Anlagen installiert worden sind. Die größte Zahl von Biogasanlagen der verschiedensten Größen hat China, sie wird auf 7 Mio. geschätzt. Sie leisten nicht nur einen wertvollen Beitrag zur Energieversorgung des Landes, sondern auch zur Verbesserung des Bodens. 1979 fand in Sichuan unter der Schirmherrschaft der UNO das erste internationale Seminar über Biogasanlagen statt, auf dem Teilnehmer aus asiatischen, afrikanischen und südamerikanischen Ländern sich die Technik der Herstellung von Anlagen mit einfachen Mitteln aneigneten.

Die Produktion von *Ethanol*, das aus jeder stark kohlehydrathaltigen Pflanze gewonnen werden kann, bedeutet die selbständige Gewinnung von Kraftstoff für den Antrieb von Transportmitteln und Maschinen. Brasilien hat schon heute eine bedeutende Ethanolproduktion aus Zuckerrohr und plant, 75% des Kraftstoffbedarfs bis zum Jahre 2000 selber herzustellen. Wieweit diese Entwicklung sich auf den Preis der Nahrungsmittel auswirkt, bleibt abzuwarten. Die FAO weist mit Recht auf die Gefahr der Verknappung der Nahrungsmittel durch landwirtschaftliche Kraftstoffproduktion hin. Diese Gefahr wird aber vor allem von den nahrungsmittelexportierenden Ländern ausgehen, wenn die Ölpreise hoch genug sind, daß die Produktion von Ethanol aus Getreide, Zucker usw. mehr Profit verspricht als der Export von Nahrungsmitteln. Entsprechende Pläne liegen z.B. schon in den USA und Australien vor. Die Produktion von Ethanol aus Cassave wird in einigen pazifischen Ländern geplant, die auf noch nicht erschlossenes landwirtschaftlich nutzbares Gebiet zurückgreifen können. Hier gibt es auch Pläne zur Gewinnung von Ethanol aus der Sagopflanze, wobei nicht das Sago selber, ein Hauptnahrungsmittel im Südpazifik, sondern die Erntereste benutzt werden sollen.

*Windmühlen* können die notwendige Energie für Wasserpumpen und Bewässerungsanlagen liefern, in einigen Ländern werden auch schon Versuche gemacht, sie zur Stromproduktion einzusetzen. In vielen Ländern, z.B. Thailand und in den Philippinen, sind Windmühlen eine traditionelle Energiequelle, und an ihrer Weiterentwicklung mit traditionellem Baumaterial, z.B. Bambus, wird gearbeitet. Andere Länder, wie Tansania und Kolumbien, haben eigene neue Modelle entwickelt und produzieren sie selber. Ägypten arbeitet an einem Zweijahres-Windmessungsprojekt, um die für die Anwendung dieser Engerie günstigsten Plätze herauszufinden.

*Wasserenergie* wird in vielen Ländern der 3. Welt zunehmend genutzt, um ländliche Gebiete mit Strom zu versorgen und dabei den teuren Storm aus Dieselmotoren zu ersetzen. Die Entwicklung der dafür zweckmäßigen Anlagen mußten die Länder selber leisten. Bekannt sind die Schäden, die die mit technischer und finanzieller „Hilfe“

Investitionen stocken – Kapitalexport floriert

frb. Westdeutschlands Kapitalisten,
sehr viel billigeres Mittel zum Kochen. Papua Neu Guinea z.B. begann 1979 unter dem Druck steigender Ölpreise, Holzkohle für den Gebrauch in städtischen und ländlichen Häusern zu importieren, und eröffnete Mitte 1980 eine eigene Holzkohleproduktion, die die Abfälle der Forstwirtschaft verarbeitet. Ein Programm zur Veteilung von Holzkohleöfen wird die Verbreitung dieser Energieform unterstützen.

Eine besonders für die Landwirtschaft wichtige Energieform, die in der 3. Welt entwickelt worden ist, ist Biogas. In Biogasanlagen können tierischer und menschlicher Kot sowie Pflanzenabfälle verwendet werden. Sie werden bakteriologisch zersetzt. Das Produkt ist einerseits ein Gasgemisch aus 60% Methan und 40% Kohlendioxyd, das in Öfen und Lampen benutzt werden kann, zur Stromproduktion und für leichte landwirtschaftliche Maschinen. Andererseits entsteht als Abfallprodukt ein Schlamm, der einen besseren Dünger ergibt als natürlicher Dung, da die bakteriologische Zersetzung die Mineralien und den Stickstoff aufgebrochen hat und krankheitserre-

Der größte Teil der Auslandsinve-
reich, daß bis heute ca. 70000 Anlagen installiert worden sind. Die größte Zahl von Biogasanlagen der verschiedensten Größen hat China, sie wird auf 7 Mio. geschätzt. Sie leisten nicht nur einen wertvollen Beitrag zur Energieversorgung des Landes, sondern auch zur Verbesserung des Bodens. 1979 fand in Sichuan unter der Schirmherrschaft der UNO das erste internationale Seminar über Biogasanlagen statt, auf dem Teilnehmer aus asiatischen, afrikanischen und südamerikanischen Ländern sich die Technik der Herstellung von Anlagen mit einfachen Mitteln aneigneten.

Die Produktion von Ethanol, das aus jeder stark kohlehydrathaltigen Pflanze gewonnen werden kann, bedeutet die selbständige Gewinnung von Kraftstoff für den Antrieb von Transportmitteln und Maschinen. Brasilien hat schon heute eine bedeutende Ethanolproduktion aus Zuckerrohr und plant, 75% des Kraftstoffbedarfs bis zum Jahre 2000 selber herzustellen. Wieweit diese Entwicklung sich auf den Preis der Nahrungsmittel auswirkt, bleibt abzuwarten. Die FAO weist mit Recht auf die Gefahr der

vor. Die Produktion von Ethanol aus Cassave wird in einigen pazifischen Ländern geplant, die auf noch nicht erschlossenes landwirtschaftlich nutzbares Gebiet zurückgreifen können. Hier gibt es auch Pläne zur Gewinnung von Ethanol aus der Sagopflanze, wobei nicht das Sago selber, ein Hauptnahrungsmittel im Südpazifik, sondern die Erntereste benutzt werden sollen.

Windmühlen können die notwendige Energie für Wasserpumpen und Bewässerungsanlagen liefern, in einigen Ländern werden auch schon Versuche gemacht, sie zur Stromproduktion einzusetzen. In vielen Ländern, z.B. Thailand und in den Philippinen, sind Windmühlen eine traditionelle Energiequelle, und an ihrer Weiterentwicklung mit traditionellem Baumaterial, z.B. Bambus, wird gearbeitet. Andere Länder, wie Tansania und Kolumbien, haben eigene neue Modelle entwickelt und produzieren sie selber. Ägypten arbeitet an einem Zweijahres-Windmessungsprojekt, um die für die Anwendung dieser Engerie günstigsten Plätze herauszufinden.

Wasserenergie wird in vielen Ländern der 3. Welt zunehmend genutzt, um ländliche Gebiete mit Strom zu versorgen und dabei den teuren Storm aus Dieselmotoren zu ersetzen. Die Entwicklung der dafür zweckmäßigen Anlagen mußten die Länder selber leisten. Bekannt sind die Schäden, die die mit technischer und finanzieller „Hilfe“
der Imperialisten entstandenen Großwasserkraftwerke, die meistens im Zusammenhang mit industriellen Projekten errichtet wurden, dem natürlichen Wasserhaushalt und der Landwirtschaft zugefügt haben. Zur Versorung der ländlichen Gebiete sind sie ungeeignet, denn sie erfordern kapitalaufwendige Transmissions- und Verteilersysteme, um den Strom über weite Entfernungen zu transportieren. Die Länder der 3. Welt konzentrieren sich stattdessen auf die Entwicklung von kleinen Wasserkraftanlagen, die 50 bis 3100 kW oder weniger dort produzieren, wo der Strom gebraucht wird. Solche Anlagen sind u.a. in Indien und Nepal entwickelt worden, und werden kommerziell im südostasiatischen Raum vertrieben. Auf einem Seminar über Energie und Umwelt in Ostafrika durchgeführt von der UNEP in Nairobi 1979, wurde auf die führende Rolle Chinas in der Anwendung dieser Energieform hingewiesen. In China sind Tausende von kleinen Wasserkraftanlagen von weniger als 100 kW bis hin zu 1000 kW errichtet worden, die zusammengenommen eine Kapazität von mehr als 3000 mW haben.

Die technischen Möglichkeiten, die schon vorhanden sind, um aus *Sonnenenergie* Warmwasser, Heizung, mechanische Energie, Prozeßwärme und Strom zu gewinnen, können bislang von den Ländern der 3. Welt kaum eingesetzt werden, weil die von den Industrieländern angebotenen Anlagen noch zu teuer sind. Welche Möglichkeiten der wirtschaftlichen Nutzung und technischen Entwicklung die Sonnenenergie für die Entwicklungsländer bietet, soll einer der Schwerpunkte auf der UN-Konferenz in Nairobi sein.

## *Investitionen stocken – Kapitalexport floriert*

*frb.* Westdeutschlands Kapitalisten, die sich zur Zeit angeblich so schwer tun, lohnende Anlagemöglichkeiten für neues Kapital in der heimischen Produktion zu finden, tun sich offensichtlich beim Export von Kapital weit weniger schwer. Jedenfalls erreichten die westdeutschen Direktinvestitionen im Ausland 1980 den höchsten jährlichen Wert seit ihrer statistischen Erfassung im Jahr 1952: Um 8,2 Mrd. DM (1979: 7,8 Mrd. DM) erhöhten sich die Vermögensanlagen im Ausland. Addiert man die seit 1952 erfaßten Kapitalexporte, so haben westdeutsche Kapitalisten nunmehr rund 74 Mrd. DM im Ausland angelegt.

**Kapitalanlagen wichtiger Industrieländer im Ausland und den Entwicklungsländern**
(Anteile in Prozent)

| Land | insgesamt 1968 | insgesamt 1979 | in 3. Welt 1968 | in 3. Welt 1979 |
|---|---|---|---|---|
| BRD ..... | 4,4 | 12,0 | 4,4 | 11,1 |
| USA ..... | 76,6 | 64,2 | 73,6 | 58,1 |
| GB (1) .... | 16,5 | 13,2 | 17,1 | 10,6 |
| Japan (2) . | 2,5 | 10,6 | 4,8 | 20,2 |

(1) Ohne Erdölinvestitionen; Entwicklungsländeranteil 1979 dem Vorjahresanteil entsprechend geschätzt. (2) Summe der genehmigten Transaktionswerte. Quelle: Nach den amtlichen nationalen Statistiken; ifo-Schnelldienst 6/81

Wie aus den Daten, die das Wirtschaftsministerium am 7. April veröffentlicht hat, weiter hervorgeht, entfielen von den 8,2 Mrd. DM Direktinvestitionen im Ausland 7,1 Mrd. DM auf Industrieländer und 1,1 Mrd. DM auf Entwicklungsländer. Von allen seit 1952 getätigten Direktinvestitionen entfällt ¼ auf Entwicklungsländer.

Der größte Teil der Auslandsinvestitionen fließt weiterhin nach Nordamerika und in die europäischen Nachbarländer. An der Spitze der *Zielländer* standen auch 1980 die USA (3,4 Mrd. DM) vor Belgien/Luxemburg (1 Mrd. DM), Schweiz (543 Mio. DM), Frankreich (454 Mio. DM), Kanada (422 Mio. DM), Brasilien (363 Mio. DM), Niederlande (255 Mio. DM), Spanien (228 Mio. DM), Italien (213 Mio. DM), Mexiko (196 Mio. DM).

Folgende *Branchen* lagen mit Kapitalexporten 1980 an der Spitze (in Mio. DM): 1. Kreditinstitute (968), 2. Straßenfahrzeugbau (898), 3. Maschinenbau (808), 4. Chemische Industrie (751), 5. Elektrotechnik (751), 6. Herstellung von Eisen-, Blech-, Metallwaren (490).

Seit die westdeutschen Monopole wieder zum verstärkten Kapitalexport übergegangen sind, konnten sie sich in der Liste der Kapitalexporteure ständig nach vorne schieben. Gemessen am gesamten Bestand der ausländischen Direktinvestitionen stehen sie auf einer Stufe mit Japan, haben Großbritannien (dessen Statistik allerdings den Ölbereich nicht erfaßt) fast eingeholt. Überlegen bleiben die US-Monopole, die etwa das Vierfache dessen im Ausland produzieren, was sie exportieren.

Dagegen beträgt die Auslandsproduktion des westdeutschen Monopole etwa ⅓ des exportierten Warenwerts.

Bei den Investitionen in Entwicklungsländern stehen die BRD-Monopole weit hinter den USA, hinter Japan und (Ölinvestitionen eingeschlossen) wohl auch hinter Großbritannien zurück.




### Kampf um Hoesch

*bsc.Dortmund.* Am Donnerstag, 9.4. standen alle drei Hüttenwerke der ESTEL Werke AG in Dortmund von 8.00 Uhr bis mittags still:
6000 demonstrierten von der Westfalenhütte durch die Innenstadt zum alten Verwaltungsgebäude, wo ab 9.30 Uhr der Aufsichtsrat der Hüttenwerke tagen sollte. Dort hatten sich ab 9.00 Uhr schon tausend Mann vom Werk Union versammelt. Auf dem Werk Phönix im Vorort Hörde (6 km außerhalb) wurde ab der Frühstückspause gestreikt und dann im Hörder Zentrum eine Demonstration und Kundgebung durchgeführt. Vor der alten Hauptverwaltung stellten 7000 Arbeiter die Aufsichtratsvertreter der Anteilseigner zur Rede, warum in der Konzeption kein Termin für den Bau eines neuen Stahlwerks in Dortmund sei. Das Aufsichtsratszimmer wurde für einige Stunden besetzt. Am Nachmittag lehnte der Aufsichtsrat (11:10) mit der Stimme des ,,Neutralen", Dortmunds Oberstadtdirektor, die Vorstandskonzeption ab.

# Die Plakatgruppe hat die IGM-Betriebsräte mobiler gemacht

BR-Wahlen bei Daimler-Benz Untertürkheim

*row.Eßlingen.* Bei den diesjährigen Betriebsratswahlen am 2. April bei Daimler-Benz Untertürkheim (Werksteile Untertürkheim, Hedelfingen, Mettingen, Brühl) erhielten die Listen folgende Stimmen und Betriebsratssitze. Bei den Arbeitern:

| Liste | Stimmen | Anteil | Sitze('78) |
|---|---|---|---|
| IGM | 7331 | 58,4% | 17(15) |
| plakat | 3843 | 30,6% | 9(12) |
| CMV | 1377 | 11,0% | 3( 2) |

Bei den Angestellten:

| Liste | Stimmen | Anteil | Sitze('78) |
|---|---|---|---|
| IGM | 3280 | 39,3% | 8(7) |
| UAG | 2871 | 34,0% | 7(4) |
| DAG | 1341 | 16,1% | 3(3) |
| CDA | 846 | 10,1% | 2(2) |

Die Sitzverteilung im neuen Betriebsrat, Arbeiter und Angestellte zusammengefaßt, (die UAG steht 'plakat' nahe) ist im wesentlichen dieselbe wie 1978.

Die IGM hat 1 Sitz mehr. Die Verluste von 'plakat' von 3 Sitzen gegenüber 1978 unter den Arbeitern, hat die UAG unter den Angestellten ausgeglichen. Das Lager der christlichen Spaltergruppierungen hat lediglich 1 Sitz dazu bekommen, obwohl der CMV diesmal mit 27 Kandidaten (1978: 12) angetreten war. 1978 war es aufgrund einer Wahlmanipulation zugunsten der IGM zu einer Wiederholungswahl gekommen.

Die IGM erhielt den größten Stimmenanteil unter den Facharbeitern, wie z.B. Werksinstandhaltung 69%, Versuch 75%. 'plakat' unter den Maschinen- bzw Akkordarbeitern, wie Automatendreherei 44%, Leichmetallgießerei 49%. Diese beiden Abteilungen brachten für 'plakat' einen Zuwachs, während die meisten Abteilungen mit Arbeitern einfacher Qualifikation unter dem Ergebnis – wenn z.T. auch knapp – von 1978 lagen. Den stärksten Rückgang mußte 'plakat' im Werksteil Untertürkheim hinnehmen. Rückgang für 'plakat' bedeutete hauptsächlich Stärkung für die IGM-Betriebsräte.

Der Schwerpunkt des Wahlprogramms lag bei 'plakat' auf Einspruchsrechte bzw. Mitentscheidung der Belegschaft bei Neuinvestitionen des Daimler-Kapitals verknüpft mit der Forderung nach besserer Durchschaubarkeit und mehr Demokratie der Poltik der IGM-Betriebsräte.

Wo die IGM in ihrem Wahlprogramm auf diesen Punkt konkret einging, reicht es nicht hin und bleibt unverbindlich, wie z.B. ,,. . . so sollte die Geschäftsleitung z.B. geplante personelle und organisatorische Veränderungen rechtzeitig bekanntmachen."

Gestützt auf die Gewerkschaftseinheit ist 1980 vor allem die Leistungszulage für Facharbeiter bzw. Zeitlöhner um durchschnittlich 2% (stufenweise) sowie ein zusätzlicher Urlaub für 2- und 3-Schichter mit Daimler vereinbart worden. Gegen die Folgen der kapitalistischen Rationalisierung wie Benachteiligung bei Versetzung, Lohnsenkung bei neuer Maschinerie, Entleerung der Arbeitsinhalte, Erhöhung des Leistungsdrucks sind IGM und 'plakat' angetreten. 1978 hatten die IGM-BR diesen Komplex lediglich mit der Forderung nach Aufnahme der Facharbeiter in den Leistungslohn (Prämie) behandelt. Forderungen nach kostenloser Umschulung, nach ,,finanzieller Besitzstandssicherung insbesondere im Standdardlohn (Akkordlohn), wo der Verrechnungsgrad immer mehr durch Zunahme unbeeinflußbarer Zeiten beeinträchtigt wird" sind neu aufgenommen und spiegeln die tatsächlich stattgefundenen Kämpfe wider.

In der Leichtmetallgießerei in Mettingen z.B. erhielt 'plakat' entgegen dem abfallenden Trend einen Zuwachs von 36% auf 49% (IGM zurück von 57% auf 39%). Der Geschäftsleitung gelang es dort z.B. nicht, vorrübergehend eine 2 mal 10-Stundenschicht durchzusetzen, da der BR geschlossen vor die Einigungsstelle ging. Wenn die IGM-BR schreiben: ,,Rationalisierung ohne soziale Absicherung, einseitig zu Lasten der Mitarbeiter muß aber verhindert werden", so hat der 'plakat'-Vertreter H. Mühleisen diesen gewerkschaftlichen Standpunkt tatsächlich vorbehaltlos eingenommen und z.B. unterstützt, daß am neuen Gießkarussell weiterhin gemeinsame Pausen eingehalten werden, hat den Betriebsarzt kommen lassen, um die übermäßige Hitzebeanspruchung am Arbeitsplatz untersuchen und dokumentieren zu lassen, hat erfolgreich unterstützt, daß der Lärmpegel an neuen Maschinen gesenkt werden mußte, hat gegen Abgruppierungen erfolgreich Einspruch erhoben. Gerade ein solches Eingreifen von Seiten 'plakat's war eine gute Grundlage, daß die Politik der IGM-BR in Bewegung kam und der Belegschaft von Nutzen war. Der IGM-Stimmenzuwachs insgesamt unter den Arbeitern ist ein stückweit Zustimmung für die veränderte Haltung verschiedener IGM-BR, wozu 'plakat' nicht unwesentlich beitrug.

Die Zustimmung zum Richtwertsystem (analytische Arbeitsplatzbewertung), die schlechte Informationspolitik der IGM unter den Angestellten waren hauptsächliche Angriffspunkte der UAG-Liste.

Stärkung der Zusammenarbeit zwischen IGM-BR und 'plakat' ist unbedingt erforderlich und auch möglich, wie auch die Wiederaufnahme von 'plakat' in die IG Metall.

# Regierung will mit kleinsten ,,Zugeständnissen" Gewerkschaften beruhigen

Kluncker ruft auf zur erhöhten Kampfbereitschaft / Warnstreiks gegen Lufthansa und Speditionskapitalisten

*vol.* In der vierten Verhandlung im öffentlichen Dienst hat die Regierungsseite ihr Angebot um 0,5% erhöht. Daß die Regierung ihr Angebot überhaupt erhöht hat, ist auf die Einberufung der großen Tarifkommission der öffentlichen Dienst Gewerkschaften parallel zu den Verhandlungen zurückzuführen. Weiterhin sucht die Regierung von sich aus alles zu vermeiden, was die Mobilisierung der Gewerkschaften in den öffentlichen Diensten für diesen Tarifkampf erhöhen könnte. Allerdings sind diese Halbprozentschritte bei einer Entfernung allein zur Inflationsrate von 2% nicht dazu angetan, allein von den Verhandlungen allzuviel zu erwarten. ÖTV-Vorsitzender Kluncker hat dementsprechend auf der Konferenz der Arbeitervertrauensleute in Hessen auch festgestellt, daß sie sich auf eine Urabstimmung vorbereiten müssen und jetzt alles dafür tun müssen, daß sie erfolgreich verlaufe, wenn es nötig wird. Das jetzige Angebot hat Kluncker als unzureichend, aber verhandlungsfähig abgelehnt.

Der Vertagungsbeschluß auf den 29. 4. zeigt allerdings auch, daß weiterhin vor einem Metallabschluß von beiden Seiten kein Abschluß geplant wird. Die Unterstützung der IG Metall muß von daher unbedingt fortgesetzt werden. Die Beschlüsse der großen Tarifkommissionen liegen uns nicht vor. Sicher ist, daß zu dem Erpressungsversuch der Regierungsseite mit dem immer noch verzögerten Abschluß des Tarifvertrags über die Schichtarbeit Beschlüsse gefaßt worden sind. Der Vertagungsbeschluß gibt zusätzlich den Gewerkschaften die Möglichkeiten, in den Vorbereitungen des 1. Mai und auf den 1. Mai-Demonstrationen und -Kundgebungen die Einheit der Arbeiter, Angestellten und Beamten im Kampf gegen die angedrohte Lohnsenkung und Rationalisierungs- und Kürzungsmaßnahmen zu stärken und öffentlich zu dokumentieren.

Die Regierung hat in der letzten Woche ihr ,,Investitionsförderungsprogramm" verabschiedet. Offenbar sind die Teile, die zum öffentlichen Dienst vorgeschlagen waren, nicht beschlossen worden: Beförderungsstopp für die Beamten, Verschiebung der Beamtenbesoldungserhöhung, Abbau des Personals. Dies dürfte aber nur ein taktischer Aufschub sein, um die jetzigen Tarifverhandlungen nicht zu verschärfen. Auf der gleichen Linie liegt auch das Verhalten der Bundesregierung bei den ersten Beteiligungsgesprächen mit den Gewerkschaften und Verbänden über die Beamtenbesoldungserhöhung, wo sich die Regierung in keiner Frage bereit erklärte (Laufzeit, Höhe, Anfangsbeginn der Erhöhung), schon jetzt die Tarifabschlüsse zu übernehmen. Die Stärke der Position der Gewerkschaften gegenüber diesen Lohnsenkungsplänen, die mit Sicherheit nach dem Tarifabschluß wieder auftauchen werden, wird wesentlich abhängen vom Verlauf dieses Tarifkampfes.

Günstig ist es in dieser Lage, daß das Bodenpersonal der Lufthansa mit Warnstreiks der ÖTV in München, Nürnberg, Stuttgart, Düsseldorf und Hamburg ihre Forderungen zum Lohn, für den 6wöchigen Urlaub und für eine Schichtdienstregelung bekräftigt hat. Bis jetzt bietet die Lufthansa beim Lohn durchschnittlich 4%, für die unteren Einkommensgruppen 4,8%, und weigert sich, Urlaub und Schichtdienstregelung abzuschließen. Diese Aktionen sind jetzt während des Osterverkehrs unterbrochen worden, sollen allerdings nach Ostern, wenn die Lufthansa ihr Angebot nicht verbessert, wieder aufgenommen werden.

Nach verschiedenen Warnstreiks in Bayern, hauptsächlich Nürnberg, hat die ÖTV im Bereich Spedition und privater Güterverkehr im Landesbezirk Bayern den Kapitalisten ein Ultimatum bis zum 14. April gestellt, um ihr Angebot von 3,8% wesentlich zu erhöhen. Die ÖTV fordert hier 8% und hat Forderungen zu den Manteltarifverträgen aufgestellt: Unkündbarkeit ab 25jähriger Betriebszugehörigkeit, Einführung der 5-Tage-Woche bei 40 Stunden, mehr Urlaub und Urlaubsgeld. Erreicht hat die ÖTV bis jetzt einen Kompromiß bei der 5-Tage-Woche und 40 Stunden.

*vol.* In der vierten Verhandlung im öffentlichen Dienst hat die Regierungsseite ihr Angebot um 0,5% erhöht. Daß die Regierung ihr Angebot überhaupt erhöht hat, ist auf die Einberufung der großen Tarifkommission der öffentlichen Dienst Gewerkschaften parallel zu den Verhandlungen zurückzuführen. Weiterhin sucht die Regierung von sich aus alles zu vermeiden, was die Mobilisierung der Gewerkschaften in den öffentlichen Diensten für diesen Tarifkampf erhöhen könnte. Allerdings sind diese Halbprozentschritte bei einer Entfernung allein zur Inflationsrate von 2% nicht dazu angetan, allein von den Verhandlungen allzuviel zu erwarten. ÖTV-Vorsitzender Kluncker hat dementsprechend auf der Konferenz der Arbeitervertrauensleute in Hessen auch festgestellt, daß sie sich auf eine Urabstimmung vorbereiten müssen und jetzt alles dafür tun müssen, daß sie erfolgreich verlaufe, wenn es nötig wird. Das jetzige Angebot hat Kluncker als unzureichend, aber verhandlungsfähig abgelehnt.

Der Vertagungsbeschluß auf den 29. 4. zeigt allerdings auch, daß weiterhin vor einem Metallabschluß von beiden Seiten kein Abschluß geplant wird. Die Unterstützung der IG Metall muß von daher unbedingt fortgesetzt werden. Die Beschlüsse der großen Tarifkommissionen liegen uns nicht vor. Sicher ist, daß zu dem Erpressungsversuch der Regierungsseite mit dem immer noch verzögerten Abschluß des Tarifvertrags über die Schichtarbeit Beschlüsse gefaßt worden sind. Der Vertagungsbeschluß gibt zusätzlich den Gewerkschaften die Möglichkeiten, in den Vorbereitungen des 1. Mai und auf den 1. Mai-Demonstrationen und -Kundgebungen die Einheit der Arbeiter, Angestellten und Beamten im Kampf gegen die angedrohte Lohnsenkung und Rationalisierungs- und Kürzungsmaßnahmen zu stärken und öffentlich zu dokumentieren.

Die Regierung hat in der letzten Woche ihr ,,Investitionsförderungsprogramm" verabschiedet. Offenbar sind die Teile, die zum öffentlichen Dienst vorgeschlagen waren, nicht beschlossen worden: Beförderungsstopp für die Beamten, Verschiebung der Beamtenbesoldungserhöhung, Abbau des Personals. Dies dürfte aber nur ein taktischer Aufschub sein, um die jetzigen Tarifverhandlungen nicht zu verschärfen. Auf der gleichen Linie liegt auch das Verhalten der Bundesregierung bei den ersten Beteiligungsgesprächen mit den Gewerkschaften und Verbänden über die Beamtenbesoldungserhöhung, wo sich die Regierung in keiner Frage bereit erklärte (Laufzeit, Höhe, Anfangsbeginn der Erhöhung), schon jetzt die Tarifabschlüsse zu übernehmen. Die Stärke der Position der Gewerkschaften gegenüber diesen Lohnsenkungsplänen, die mit Sicherheit nach dem Tarifabschluß wieder auftauchen werden, wird wesentlich abhängen vom Verlauf dieses Tarifkampfes.

Günstig ist es in dieser Lage, daß das Bodenpersonal der Lufthansa mit Warnstreiks der ÖTV in München, Nürnberg, Stuttgart, Düsseldorf und Hamburg ihre Forderungen zum Lohn, für den 6wöchigen Urlaub und für eine Schichtdienstregelung bekräftigt hat. Bis jetzt bietet die Lufthansa beim Lohn durchschnittlich 4%, für die unteren Einkommensgruppen 4,8%, und weigert sich, Urlaub und Schichtdienstregelung abzuschließen. Diese Aktionen sind jetzt während des Osterverkehrs unterbrochen worden, sollen allerdings nach Ostern, wenn die Lufthansa ihr Angebot nicht verbessert, wieder aufgenommen werden.

Nach verschiedenen Warnstreiks in Bayern, hauptsächlich Nürnberg, hat die ÖTV im Bereich Spedition und privater Güterverkehr im Landesbezirk Bayern den Kapitalisten ein Ultimatum bis zum 14. April gestellt, um ihr Angebot von 3,8% wesentlich zu erhöhen. Die ÖTV fordert hier 8% und hat Forderungen zu den Manteltarifverträgen aufgestellt: Unkündbarkeit ab 25jähriger Betriebszugehörigkeit, Einführung der 5-Tage-Woche bei 40 Stunden, mehr Urlaub und Urlaubsgeld. Erreicht hat die ÖTV bis jetzt einen Kompromiß bei der 5-Tage-Woche und 40 Stunden.

Wahlmanipulation zugunsten der IGM zu einer Wiederholungswahl gekommen.

Die IGM erhielt den größten Stimmenanteil unter den Facharbeitern, wie z.B. Werksinstandhaltung 69%, Versuch 75%. 'plakat' unter den Maschinen- bzw Akkordarbeitern, wie Automatendreherei 44%, Leichmetallgießerei 49%. Diese beiden Abteilungen brachten für 'plakat' einen Zuwachs, während die meisten Abteilungen mit Arbeitern einfacher Qualifikation unter dem Ergebnis – wenn z.T. auch knapp – von 1978 lagen. Den stärksten Rückgang mußte 'plakat' im Werksteil Untertürkheim hinnehmen. Rückgang für 'plakat' bedeutete hauptsächlich Stärkung für die IGM-Betriebsräte.

Der Schwerpunkt des Wahlprogramms lag bei 'plakat' auf Einspruchsrechte bzw. Mitentscheidung der Belegschaft bei Neuinvestitionen des Daimler-Kapitals verknüpft mit der Forderung nach besserer Durchschaubarkeit und mehr Demokratie der Poltik der IGM-Betriebsräte.

Wo die IGM in ihrem Wahlprogramm auf diesen Punkt konkret einging, reicht es nicht hin und bleibt unverbindlich, wie z.B. ,,. . . so sollte die Geschäftsleitung z.B. geplante personelle und organisatorische Veränderungen rechtzeitig bekanntmachen."

Gestützt auf die Gewerkschaftseinheit ist 1980 vor allem die Leistungszu-

ohne soziale Absicherung, einseitig zu Lasten der Mitarbeiter muß aber verhindert werden", so hat der 'plakat'-Vertreter H. Mühleisen diesen gewerkschaftlichen Standpunkt tatsächlich vorbehaltlos eingenommen und z.B. unterstützt, daß am neuen Gießkarussell weiterhin gemeinsame Pausen eingehalten werden, hat den Betriebsarzt kommen lassen, um die übermäßige Hitzebeanspruchung am Arbeitsplatz untersuchen und dokumentieren zu lassen, hat erfolgreich unterstützt, daß der Lärmpegel an neuen Maschinen gesenkt werden mußte, hat gegen Abgruppierungen erfolgreich Einspruch erhoben. Gerade ein solches Eingreifen von Seiten 'plakat's war eine gute Grundlage, daß die Politik der IGM-BR in Bewegung kam und der Belegschaft von Nutzen war. Der IGM-Stimmenzuwachs insgesamt unter den Arbeitern ist ein stückweit Zustimmung für die veränderte Haltung verschiedener IGM-BR, wozu 'plakat' nicht unwesentlich beitrug.

Die Zustimmung zum Richtwertsystem (analytische Arbeitsplatzbewertung), die schlechte Informationspolitik der IGM unter den Angestellten waren hauptsächliche Angriffspunkte der UAG-Liste.

Stärkung der Zusammenarbeit zwischen IGM-BR und 'plakat' ist unbedingt erforderlich und auch möglich, wie auch die Wiederaufnahme von 'plakat' in die IG Metall.

### Japans Gewerkschaften bereiten Streiks vor

*wos.* Ende März stellte die ,,Japan Times" eine ,,neue Militanz" fest. Sie drücke sich schon in der diesjährigen 10%-Lohnforderung aus, aber auch in der ,,Stimmung der Arbeiter", die u.a. wegen des gebrochenen Regierungsversprechens von 1980, die Steigerung der Verbraucherpreise unter 6% zu halten, jetzt rebellierten. Zunächst will die Gewerkschaft der Elektroindustriearbeiter einen 24stündigen Streik durchführen und Überstunden verweigern, wenn das Angebot der Kapitalisten unter 8% liegen sollte. So auch die Automobilarbeiter. Die Beschäftigten der Privatbahnen wollen ab 22.4., die der Staatsbahnen ab 23.4. in einen 48stündigen Streik treten, ebenso die Taxifahrer und die Beschäftigten der Inlandsfluggesellschaften.

### Thatchers Durchhaltetaktik kommt unter Druck

*frb.* Nach außen ungerührt versucht sich die britische Regierung auch nach der sechsten Streikwoche im Öffentlichen Dienst zu geben. Mit ihren gezielten Aktionen aber haben die Beschäftigten den Nerv des Staatsapparates getroffen, und der Druck auf die Regierung, nachzugeben, verstärkt sich. Ende letzter Woche verlor Premierministerin Thatcher die Beherrschung und wetterte gegen die Zivilbeschäftigten in den Marinebasen, die mit ihren Aktionen Polaris-U-Boote festhielten. Der Wutausbruch wurde als Androhung, den Streik durch Einsatz der Marine zu brechen, aufgefaßt. Diesen Montag wollen die Beschäftigten der Luftraumkontrolle den Flugverkehr lahmlegen. Den Arbeitern der Gaswerke muß die Regierung 12,7% Lohnerhöhung zugestehen, die die Gewerkschaft nur zögernd angenommmen hat. Ähnliche Abschlüsse gibt es schon bei den Wasserwerken, den Kraftwerken und den staatlichen Bergwerken. Obwohl die Regierung nur einstellige Lohnerhöhungen zugestehen wollte.

### Kongreß des Rumänischen Gewerkschaftsverbandes

*hku.* Der Kongreß, der vom 6. – 8.4. tagte, hat deutlich gemacht: die demokratische Strömung in der Gewerkschaftsbewegung hat Raum gewinnen können. Schon in dem im November veröffentlichten Rechenschaftsbericht hatte die Gewerkschaftsleitung Selbstkritik geübt wegen ungenügender Aktivität bei der Wahrnehmung der Mitbestimmungsrechte der Gewerkschaft, mangelnder Wachsamkeit gegenüber Verletzungen von Kollektivverträgen und Arbeitsschutzbestimmungen, und wegen Entfernung von der Basis allgemein. Aber das las sich doch eher wie die ,,Selbstkritik" der alten polnischen Staatsgewerkschaften nach dem August 80. Die Gewerkschaftspresse deutete an, daß die Kritik der Arbeiter weiter ging. – Der Kongreß definierte zwar weiterhin als Hauptaufgabe der Gewerkschaft die Mobilisierung der Arbeiter für die Planerfüllung, und Ceaucescu forderte Arbeitsdisziplin und -ruhe, Streiks könnten keine Probleme lösen. Aber seine Losung: ,,Kein Brot ohne Arbeit, keine Arbeit ohne Brot" nimmt auch die verbreitete – und inzwischen vor allem in einer Flut von Briefen geäußerte – Unzufriedenheit über die kritische Versorgungslage auf. – Ceaucescu kündigte die Herabsetzung der wöchentlichen Arbeitszeit von 48 auf 46 Stunden noch in diesem Jahr und auf 44 Stunden bis 1985 an. Die Generalversammlung der Belegschaft, deutete er an, müsse zur Berufung von leitenden Angestellten gehört werden; die Gewerkschaft müsse das Recht haben zu Initiativen gegen unfähige Kader. Die ,,führende Rolle der Partei", sagte Ceaucescu, müsse ,,neu verstanden werden"; eine 3-Millionen-Partei könne kein ,,Vortrupp" sein, die Partei dürfe nicht kommandieren, sondern müsse in der Gewerkschaft durch fortgeschrittenen Auffassungen wirken.




Am 28. März, dem Jahrestag des Harrisburg-Unfalls, demonstrierten auf Aufruf des ,,nationalen Arbeiterkomitees für sichere Energie und Vollbeschäftigung" 15000 gegen die Kernenergiepolitik der Regierung Reagans. Das aufrufende Komitee wird getragen von 16 nationalen und 9 internationalen Gewerkschaften und weiteren Organisationen. Die Demonstration richtete sich insbesondere gegen die Absicht, in Harrisburg ein gleiches Kernkraftwerk wie das, das vor 2 Jahren beinahe in die Luft gegangen wäre, in Gang zu setzen.

### Österreich: Schichtarbeiter mit 57 in Pension

*acm.* Ein Gesetzentwurf, auf Initiative sozialistischer Abgeordneter eingebracht, soll für Schwerst-, Schicht-und Nachtarbeiter, die mehr als 20 Jahre im Schichtbetrieb unter erschwerten Umständen tätig waren, die Pension mit 57 Jahren ermöglichen. Die Kosten dafür sollen die Kapitalisten tragen. Weiterhin soll ein Zusatzurlaub von bis zu sechs Tagen im Jahr für diese Arbeiter festgelegt werden, sowie Kurz- und Ruhepausen von mindestens 5 Minuten für Arbeit unter erschwerten Bedingungen. Auseinandersetzungen gibt es noch um den Begriff ,,Schwerstarbeit" und seine Definition für die Praxis. – Das Gesetz soll bereits zum 1.7. in Kraft treten, und auf 10 Jahre befristet sein.

### Streik der finnischen Metallarbeiter

*coi.Stockholm.* Zwei Tage lang streikten ca. 160000 finnische Metallarbeiter. Sie folgten damit dem Aufruf der Gewerkschaft, die das zentrale Tarifabkommen zwischen dem Kapitalistenverband und dem Gewerkschaftsbund ablehnt. Das Abkommen hat eine Laufzeit von 2 Jahren und bedeutet eine Lohnerhöhung von insgesamt ca. 12,5%. Die Lohnforderung der Metaller soll sich auf etwa das Doppelte belaufen. Außerdem fordern sie die Bezahlung aller Krankheitstage, auch bei einer Krankheitsdauer von weniger als 8 Tagen. Als Teil des Abkommens beschloß das Parlament die Besteuerung der Sozialversicherungsleistungen.

# Hoher Organisationsgrad in der Holzindustrie

## Schwere Arbeitsbedingungen, Schicht- und Überstundenarbeit verlangen Zusammenschluß in der Gewerkschaft

*kaa.* In der Tarifrunde für die 11200 Beschäftigten in der Säge- und holzbearbeitenden Industrie in Nordrhein-Westfalen fordert die Gewerkschaft Holz und Kunststoff (GHK) 9% mehr Lohn und Gehalt. Daß die GHK getrennt nach Holz*be*- und Holz*ver*arbeitung verhandelt, hängt mit der historischen Zuordnung der Holzbearbeitung zur Forstwirtschaft zusammen. Im Folgenden sollen zunächst die Produktions-und Arbeitsbedingungen der Holzbearbeitung, speziell der Plattenindustrie, näher untersucht werden.

Bevorzugte Standorte für die Holzbearbeitung sind die Bundesländer Bayern, Nordrhein-Westfalen und Baden-Württemberg. Auf diese drei Länder entfallen fast zwei Drittel des Umsatzes und der Beschäftigten der gesamten Holzbearbeitung. Bei einem Anteil am Holzeinschlag der BRD von 10% ist in Nordrhein-Westfalen rund ein Fünftel aller Beschäftigten in dieser Branche tätig. Vor allem die Nähe zum Möbelzentrum Ostwestfalen-Lippe und zum Ballungszentrum Ruhrgebiet wirken sich aus, wobei günstige Verbindungen zu den großen westdeutschen und niederländischen Seehäfen den Antransport der Rohstoffe erleichtern (Holz aus den USA und Kanada und Tropenhölzer).

### Entwicklung

Die große Abhängigkeit vom privaten und öffentlichen Konsum (in der Spanplattenindustrie gingen 1976 53% der Produktion an die Möbelindustrie und 39% an die Bauwirtschaft) führt gegenwärtig bei nachlassender Konjunktur in der Bauindustrie und der Möbelindustrie zu einem Rückgang der Produktion in der Holzbearbeitung. Betroffen sind vor allem die Sägewerke und die Sperrholzwerke, deren Produktion seit zwei Jahren stagniert bzw. zurückgeht, während die Spanplattenindustrie davon profitieren kann, daß sie aufgrund der höchsten Produktivität aller Bereiche der Holzbearbeitung am stärksten exportieren und durch die technische Entwicklung andere Werkstoffe (beispielsweise Sperrholz in der Möbelindustrie) ersetzen und verstärkt in neue Anwendungsbereiche vordringen konnte (Innenausbau, Fertighäuser).

### Die Spanplattenindustrie

Die Produktion von Spanplatten ist in Westdeutschland stark konzentriert, Ergebnis der Entwicklung der letzten 10 Jahre. Nach einer starken Expansionsphase in den 60er Jahren trat etwa ab 1970 eine Wende ein. Die wachsende Überproduktion von Kapital trifft zusammen mit verstärkten Importen aus Österreich, Schweiz, Portugal, Spanien und Schweden. Aufgrund dieser Bedingungen setzt 1974/75 und 77/78 ein rasanter Konzentrationsprozeß ein mit dem Ergebnis, daß die Zahl der Werke von 1970 bis 1980 um 34% schrumpft. Heute halten 6 Unternehmen 50% des Marktes: Glunz, Pfleiderer/Moralt, Honitex, Rhenodur, Krages/Thermopal und Nolte. Die durchschnittliche Kapazität aller Werke liegt in der BRD bei 131000 cbm (Europa 70000 cbm, Östereich 150000 cbm). (Zahlen und Fakten nach : Die Spanplattenindustrie in der BRD, Branchenbericht der Glunz-Gruppe, August 1980 und Holz-Zentralblatt 39/80.) Die meisten der in der Produktion Beschäftigten sind Ungelernte. Davon sind ca. 5% Frauen und 10% Ausländer. Der heftige Kampf um Marktanteile, der gegenwärtig unter den Plattenkapitalisten tobt, verschärft die schlechten Arbeitsbedingungen, unter denen die Holzarbeiter schon fast traditionell produzieren.

### Produktions- und Arbeitsbedingungen

Die Produktion von Spanplatten in industriellem Maßstab wurde erst 1941 aufgenommen. Ausgangspunkt ist die *Aufbereitung* des Rohstoffes, inzwischen 40% Industrierestholz. Nach der Zerkleinerung des Holzes im *Zerhacker* werden die Späne getrocknet. Das weitere Verfahren ist sodann die *Streuung* der beleimten Holzspäne auf eine Unterlage. Die Stärke und Dichte dieser Schichten unterscheidet u.a. die Plattenarten. In Presseanlagen, die in großen Werken ca. 10 – 15 m hoch sein können (Mehretagenpressen), werden diese Schichten unter hohen Temperaturen (ca. 200 Grad C) und Drücken zu Platten gepreßt, geschliffen und zugeschnitten. Die Verbindung zwischen den Produktionsgängen wird zum großen Teil durch Transportbänder und Rollenbahnen hergestellt. Aus dem hohen Anteil an konstantem Kapital in diesem Bereich folgt für die Kapitalisten der Drang, dies Kapital durch Überstunden und vor allem Schichtarbeit möglichst effektiv zu verwerten. 50-Stunden-Wochen sind in vielen Betrieben die Regel. In fast allen großen Plattenbetrieben wird in 3 Schichten gearbeitet. Auf der ,,Kissinger Plattenkonferenz" der GHK 1979, auf der fast alle Betriebsräte aus Plattenwerken der BRD vertreten waren, wurde der Überstundenschieberei der Kampf angesagt:,, Hört auf mit den 48, 52, 56 Stunden! ... Wir wollen endlich auch die 40-Stunden-Woche!" Der Versuch einiger Betriebe, wie z.B. Hornitex, die Konti-Schicht einzuführen, wurde abgelehnt ebenso wie eine Ausweitung der Schichtarbeit über die üblichen 17 Schichten wöchentlich hinaus.



Fräsmaschine: Unzureichende Lärmisolierung führt zu dauernden Gehörschäden.

Eine besondere Belastung für die Holzarbeiter ergibt sich aus der großen Hitze am Arbeitsplatz und dem Staub, den man wegen oft unzureichender Absauganlagen schlucken muß. Hinzu kommt der beißende Gestank der als Binder genutzten Kunstharze (Phenol, Melanin) und das Formaldehyd, das beim Pressen entsteht. Aufgrund der zunehmenden Verwendung der Spanplatten in der Möbelindustrie wird in der Plattenproduktion mehr und mehr dazu übergegangen, die Platten mit Kunststoff zu beschichten. Für Küchenarbeitsplatten z.B. werden dazu die Plattenkanten gefräst und mit Kunststoff umleimt. In diesen Abteilungen der Produktion ist die Lärmbelästigung durch laute Aggregate, heulende Absauganlagen, Kreissägen und Fräsen besonders groß. Auf einem ,,Lärmkongreß" der GHK wurde berichtet, daß der Geräuschpegel in den Holzbetrieben durchschnittlich zwischen 90 und 105 dB liegt, was nicht nur das Gehör schädigt, sondern u.a. auch zu Kopfschmerzen und Durchblutungsstörungen führt. Um ausreichende Lärmschutzvorrichtungen an den Maschinen muß ein hartnäckiger Kampf von den Betriebsräten geführt werden.

Die Unfallstatistik der Holzberufsgenossenschaft 1979 gibt ein beredtes Zeugnis dieser Arbeitsbedingungen: Unter den gemeldeten Berufskrankheiten der holzbe- und verarbeitenden Industrie liegen die Lärmkrankheiten bei weitem an der Spitze, gefolgt von den Hauterkrankungen und Bronchialasthma. Die Zahl der leichten Unfälle ist von 1975 bis 1979 gestiegen. An erster Stelle der Unfälle an Holzbearbeitungsmaschinen liegen die Unfälle an Kreissägemaschinen, Fräs- und Hobelmaschinen. Wichtige Ursache dafür dürfte vor allem die Schichtarbeit und Überstundenschieberei sein: ca. 25% aller Unfälle in der Industrie ereignen sich in den Überstunden. Der Zwang, durch maximale Auslastung der Maschine auf die Prämie zu kommen, führt dazu, daß von den Arbeitern nicht alle Sicherheitsvorkehrungen beachtet werden können. Sicherheitsbeauftragte, die gesetzlich vorgeschrieben sind, aber vom Kapitalisten bestimmt werden, sind z.B. bei der Fa. Hornitex ausschließlich Meister. Ihr Interesse liegt mehr am reibungslosen Ablauf der Produktion als den Sicherheitsvorkehrungen.

### Tarifrunde 1981

Mit der Konzentration der Produktion in Großbetrieben haben sich auch die Bedingungen für die Kampfkraft der Belegschaften verbessert. Mit der GHK haben die Holzarbeiter eine zwar kleine, aber kampfstarke Gewerkschaft geschaffen. Von 1978 bis 1981 ist die Zahl der Mitglieder um 12000 auf 157142 gestiegen. Spitzenreiter der ,,GHK-Bundesliga" sind die Geschäftsstellen Bielefeld, Herford und Detmold (Holzarbeiter-Zeitung 2/81). In Nordrhein-Westfalen besteht ein Organisationsgrad von 55%, in den Plattenbetrieben liegt er wesentlich höher: bei Haidapal 80%, bei Hornitex über 90%. Diese Bedingungen und die Tatsache, daß offen reformistische Positionen in der GHK relativ wenig Einfluß haben – so hat die GHK z.B. nicht bei der Konzertierten Aktion mitgemacht – sind die Grundlage dafür, daß gegen die Kapitalisten eine geringe Spreizung der Löhne durchgesetzt wurde. Es gibt zudem nur vier tarifliche Lohngruppen für die Arbeiter.

In die jetzige Tarifrunde waren die Kapitalisten mit der Absicht gegangen, ein ,,Zäsur im bisherigen Tarifgeschehen" zu schaffen (Holz-Zentralblatt 3.12.1980). Ziel der GHK war und ist die Verteidigung des Reallohnes mit der Forderung von 9%. Im Tarifgebiet Nordrhein-Westfalen haben die Kapitalisten der Holzbearbeitung erst bei der 2. Verhandlung ein Angebot vorgelegt (42 Pf ab 1.3. und 12 Pf ab 1.12.), das im Mittel eine Erhöhung um 4,64% bedeutet. Die GHK hat das als unzumutbar für die Kollegen abgelehnt. Am 15.4. ist die 1. Schlichtung. Erschwerend kommt jetzt hinzu, daß durch das Platzenlassen der 1. Verhandlung im kampfstarken Tarifgebiet Nordrhein-Westfalen die Kapitalisten in den schwächeren Bundesländern Niedersachsen, Hessen, Bayern und im Saarland bereits niedrige Abschlüsse von im Schnitt 4,5% durchsetzen konnten. Durch diesen Coup der Kapitalisten sind die Bedingungen für einen guten Abschluß in Nordrhein-Westfalen erschwert. Bei einem Arbeitskampf muß sich die GHK vor allem auf die Kampfkraft der Kollegen in den Spanplattenbetrieben stützen, da die Sägeindustrie in Nordrhein-Westfalen nur durch wenige mittelständische Betriebe vertreten ist.

Der Industriebereich *Holzwirtschaft* umfaßt die Branchen *holzverarbeitende Industrie* (Möbelindustrie, Holzbau- und Holzbauteilindustrie etc.), das *holzverarbeitende Handwerk* (Bau-und Möbeltischlerei), den *Holzhandel*, die *Holzschliff-, Zellstoff-, Papier und Pappe erzeugende Industrie* sowie die *Sägewerke und holzbearbeitende Industrie*. Zur letzten Industriegruppe gehört die Erzeugung von Schnittholz sowie von Holzwerkstoffen (Funiere, Sperrholz, Tischlerplatten, Holzfaser- und Holzspanplatten). Die Sägewerke und holzbearbeitende Industrie liefern praktisch die Grundstoffe für die anderen Bereiche der Holzwirtschaft. Sie hatten 1976 einen Anteil von 0,8% am Umsatz der Gesamtindustrie (mit 60000 Beschäftigten auch 0,8% aller Beschäftigten) und einen Umsatzanteil von 11,5% an der gesamten Holzwirtschaft. (Zahlen aus: K. Grefermann, Sägewerke und Holzbearbeitende Industrie aus der Sicht der siebziger Jahre, München 1979.)

satzes und der Beschäftigten der gesamten Holzbearbeitung. Bei einem Anteil am Holzeinschlag der BRD von 10% ist in Nordrhein-Westfalen rund ein Fünftel aller Beschäftigten in dieser Branche tätig. Vor allem die Nähe zum Möbelzentrum Ostwestfalen-Lippe und zum Ballungszentrum Ruhrgebiet wirken sich aus, wobei günstige Verbindungen zu den großen westdeutschen und niederländischen Seehäfen den Antransport der Rohstoffe erleichtern (Holz aus den USA und Kanada und Tropenhölzer).

Entwicklung

Die große Abhängigkeit vom privaten und öffentlichen Konsum (in der Spanplattenindustrie gingen 1976 53% der Produktion an die Möbelindustrie und 39% an die Bauwirtschaft) führt gegenwärtig bei nachlassender Konjunktur in der Bauindustrie und der Möbelindustrie zu einem Rückgang der Produktion in der Holzbearbeitung. Betroffen sind vor allem die Sägewerke und die Sperrholzwerke, deren Produktion seit zwei Jahren stagniert bzw. zurückgeht, während die Spanplattenindustrie davon profitieren kann, daß sie aufgrund der höchsten Produktivität aller Bereiche der Holzbearbeitung am stärksten exportieren und durch die technische Entwicklung andere Werkstoffe (beispielsweise Sperrholz in der Möbelindustrie) ersetzen und verstärkt in neue Anwendungsbereiche vordringen konnte (Innenausbau, Fertighäuser).

Krages/Thermopal und Nolte. Die durchschnittliche Kapazität aller Werke liegt in der BRD bei 131000 cbm (Europa 70000 cbm, Östereich 150000 cbm). (Zahlen und Fakten nach : Die Spanplattenindustrie in der BRD, Branchenbericht der Glunz-Gruppe, August 1980 und Holz-Zentralblatt 39/80.) Die meisten der in der Produktion Beschäftigten sind Ungelernte. Davon sind ca. 5% Frauen und 10% Ausländer. Der heftige Kampf um Marktanteile, der gegenwärtig unter den Plattenkapitalisten tobt, verschärft die schlechten Arbeitsbedingungen, unter denen die Holzarbeiter schon fast traditionell produzieren.

Produktions- und Arbeitsbedingungen

Die Produktion von Spanplatten in industriellem Maßstab wurde erst 1941 aufgenommen. Ausgangspunkt ist die Aufbereitung des Rohstoffes, inzwischen 40% Industrierestholz. Nach der Zerkleinerung des Holzes im Zerhacker werden die Späne getrocknet. Das weitere Verfahren ist sodann die Streuung der beleimten Holzspäne auf eine Unterlage. Die Stärke und Dichte dieser Schichten unterscheidet u.a. die Plattenarten. In Presseanlagen, die in großen Werken ca. 10 – 15 m hoch sein können (Mehretagenpressen), werden diese Schichten unter hohen Temperaturen (ca. 200 Grad C) und Drücken zu Platten gepreßt, geschliffen und zugeschnitten. Die Verbindung zwischen den Produktionsgängen wird zum gro-

Konti-Schicht einzuführen, wurde abgelehnt ebenso wie eine Ausweitung der Schichtarbeit über die üblichen 17 Schichten wöchentlich hinaus.

Kampf von den Betriebsräten geführt werden.

Die Unfallstatistik der Holzberufsgenossenschaft 1979 gibt ein beredtes

nicht bei der Konzertierten Aktion mitgemacht – sind die Grundlage dafür, daß gegen die Kapitalisten eine geringe Spreizung der Löhne durchgesetzt wurde. Es gibt zudem nur vier tarifliche Lohngruppen für die Arbeiter.

In die jetzige Tarifrunde waren die Kapitalisten mit der Absicht gegangen, ein ,,Zäsur im bisherigen Tarifgeschehen" zu schaffen (Holz-Zentralblatt 3.12.1980). Ziel der GHK war und ist die Verteidigung des Reallohnes mit der Forderung von 9%. Im Tarifgebiet Nordrhein-Westfalen haben die Kapitalisten der Holzbearbeitung erst bei der 2. Verhandlung ein Angebot vorgelegt (42 Pf ab 1.3. und 12 Pf ab 1.12.), das im Mittel eine Erhöhung um 4,64% bedeutet. Die GHK hat das als unzumutbar für die Kollegen abgelehnt. Am 15.4. ist die 1. Schlichtung. Erschwerend kommt jetzt hinzu, daß durch das Platzenlassen der 1. Verhandlung im kampfstarken Tarifgebiet Nordrhein-Westfalen die Kapitalisten in den schwächeren Bundesländern Niedersachsen, Hessen, Bayern und im Saarland bereits niedrige Abschlüsse von im Schnitt 4,5% durchsetzen konnten. Durch diesen Coup der Kapitalisten sind die Bedingungen für einen guten Abschluß in Nordrhein-Westfalen erschwert. Bei einem Arbeitskampf muß sich die GHK vor allem auf die Kampfkraft der Kollegen in den Spanplattenbetrieben stützen, da die Sägeindustrie in Nordrhein-Westfalen nur durch wenige mittelständische Betriebe vertreten ist.

Der Industriebereich Holzwirtschaft umfaßt die Branchen holzverarbeitende Industrie (Möbelindustrie, Holzbau- und Holzbauteilindustrie etc.), das holzverarbeitende Handwerk (Bau-und Möbeltischlerei), den Holzhandel, die Holzschliff-, Zellstoff-, Papier und Pappe erzeugende Industrie sowie die Sägewerke und holzbearbeitende Industrie. Zur letzten Industriegruppe gehört die Erzeugung von Schnittholz sowie von Holzwerkstoffen (Funiere, Sperrholz, Tischlerplatten, Holzfaser- und Holzspanplatten). Die Sägewerke und holzbearbeitende Industrie liefern praktisch die Grundstoffe für die anderen Bereiche der Holzwirtschaft. Sie hatten 1976 einen Anteil von 0,8% am Umsatz der Gesamtindustrie (mit 60000 Beschäftigten auch 0,8% aller Beschäftigten) und einen Umsatzanteil von 11,5% an der gesamten Holzwirtschaft. (Zahlen aus: K. Grefermann, Sägewerke und Holzbearbeitende Industrie aus der Sicht der siebziger Jahre, München 1979.)

Eine besondere Belastung für die Holzarbeiter ergibt sich aus der großen Hitze am Arbeitsplatz und dem Staub, den man wegen oft unzureichender Absauganlagen schlucken muß. Hinzu kommt der beißende Gestank der als Binder genutzten Kunstharze (Phenol, Melanin) und das Formaldehyd, das beim Pressen entsteht. Aufgrund der zunehmenden Verwendung der Spanplatten in der Möbelindustrie wird in

Zeugnis dieser Arbeitsbedingungen: Unter den gemeldeten Berufskrankheiten der holzbe- und verarbeitenden Industrie liegen die Lärmkrankheiten bei weitem an der Spitze, gefolgt von den Hauterkrankungen und Bronchialasthma. Die Zahl der leichten Unfälle ist von 1975 bis 1979 gestiegen. An erster Stelle der Unfälle an Holzbearbeitungsmaschinen liegen die Unfälle an Kreissägemaschinen, Fräs- und Hobel-

# In der jetzigen Lage bereits auf Urabstimmung und Streik gehen?

– Stellungnahme der Zelle Ludwigsburg des KBW –

Wir haben schwerwiegende Bedenken, in der jetzigen Lage im Metalltarifkampf bereits auf Urabstimmung und Streik zu gehen, wie die KVZ dies vorschlägt. Dieser Vorschlag wundert uns umso mehr, als wir nicht erkennen können, daß die KVZ sich mit den Argumenten z.B. der Stuttgarter Bezirksleitung der IG Metall gründlich auseinandergesetzt hat.

U.E. liegen die Dinge so:

1. Ein Streik der herkömmlichen Art dürfte für die IG Metall nicht zu gewinnen sein. Unter einem Streik herkömmlicher Art verstehen wir einen Funktionärsstreik wie 1978, der dadurch gekennzeichnet war, daß die Masse der Mitgliedschaft zu Hause blieb oder tapezierte und fast ausschließlich die Funktionäre Streikposten standen etc. Ein Streik ohne aktive Einbeziehung der Mitgliedschaft stände vor der Gefahr abzubröckeln, wenn nach zwei oder drei Wochen (mit Flächenaussperrung; evt. bundesweit; s. neue BAG-Urteile) die Kapitalisten ein Angebot knapp unter 5% machten. Die IG Metall könnte leicht in die Gefahr kommen, ganz offensichtlich ein Lohndiktat unterschreiben zu *müssen*, weil der Streik am Abbröckeln ist. Abbröckeln könnte er deshalb, weil sich viele dann sagen würden, wegen 1/10 oder 2/10% streike ich nicht ein paar Wochen. Auch hier sind die 78er Erfahrungen noch frisch.

2. Die Folgen wären katastrophal. Durch die Auswirkungen der Tarifpolitik der letzten Jahre gibt es ein weitverbreitetes passives Verhalten der Mitglieder zur IG Metall. ,,Die Gewerkschaft" soll was rausholen, dazu wird auch mal gestreikt, wenn es notwendig ist. Würde ein Streik, wie oben geschildert, verloren gehen, wäre die IG Metall diskreditiert auf Jahre hinaus – Massenaustritte die logische Folge – denn sie hat ja nichts ,,rausgeholt".

3. Die Taktik der Kapitalisten kann gerade hier ansetzen. Sie haben ja offen und laut genug erklärt, daß sie eine grundsätzliche ,,Wende" wollen. Und zwar nicht nur eine ,,Wende in der Lohnpolitik" sondern auch eine ,,Wende in der Gesellschaftspolitik" (vergl. BDA und BDI-Stellungnahmen zu Regierungserklärung und Koalitionsvereinbarung); d.h. die Kapitalisten wollen eine Änderung des gegenwärtigen Kräfteverhältnisses zwischen den beiden Hauptklassen der Gesellschaft, und zwar zu ihren Gunsten. Dies ginge am besten, wenn die IG Metall in offener Feldschlacht geschlagen würde, d.h. ihr mit einem verlorenen Streik eine Niederlage zugefügt würde, von der sie sich erst nach langen Jahren erholt hätte. Über die Auswirkung auf andere Gewerkschaften, ja auf die ganze Gewerkschaftsbewegung, brauchen wir nicht zu sprechen.

4. Und so wie es aussieht, ist dies genau die aktuelle Absicht. Dafür spricht der ,,Arbeitskampffonds" der Kapitalisten, der ja mit der gigantischen Summe von 358 Mio. Mark gefüllt sein soll. Das ist Rüstung für eine grundlegende Schlacht. Dafür spricht auch das demonstrative, unverschämte und empörende Desinteresse der Kapitalistenseite an weiteren Verhandlungen, ihre Taktik, die Verhandlungen möglichst rasch platzen zu lassen usw. Wenn Franz Steinkühler sagt, daß die Kapitalisten einen Streik wollen, so spricht da einiges dafür.

5. In dieser Lage kann die Bezirksleitung Stuttgart der IG Metall gar nicht anders handeln, als sie es gegenwärtig tut. Um dieser Offensive der Kapitalisten entgegnen zu können, muß sie die Mitgliedschaft voll mobilisieren. Zum ersten Mal, wahrscheinlich. Dazu zählen die Warnstreiks, das demonstrative Auftreten mit Kundgebungen, Info-Ständen usw. Und dieser Teil der ,,neuen Beweglichkeit" klappt ja auch ziemlich gut.

6. Trotzdem ist die ,,neue Beweglichkeit" jetzt in einer gewissen Krise. Die Phase der Warnstreiks, die öffentlichen Aktionen usw. können nicht beliebig wiederholt werden. Jetzt käme es darauf an, Aktionen unterhalb der Ebene von Urabstimmung und Streik durchzuführen, die die Kapitalisten aber treffen und zwar empfindlich. Solche gibt es. Es sind die Beschwerdeaktionen, die Bestreikung einzelner Abteilungen, die so ausgewählt sind, daß sie den gesamten Produktionsprozeß optimal lahmlegen. Aber auch die Verweigerung von Überstunden ist ein wichtiges Mittel. Und hier zeigt sich gegenwärtig das größte Problem, daß solche Aktionen nicht vorwärts kommen. Sie werden gebremst und zwar oft von rechten Betriebsräten, die sich die Beziehung zur Geschäftsleitung nicht verderben wollen. Ohne Betriebsräte können diese Aktionen aber nicht oder nur sehr schwer durchgeführt werden. Nicht, daß wir alle Betriebsräte verdonnern wollen. Es ist aber unsere Erfahrung, daß hier die jetzt notwendigen Aktionen durch eine bestimmte, auf Zusammenarbeit mit den Geschäftsleitungen bedachte Strömung in der IG Metall, sagen wir mal, erschwert wird. Diese Strömung hält von der ,,neuen Beweglichkeit" nicht viel und es findet sich jetzt die seltsame Erscheinung, daß einige dieser Kollegen, die gegen Aktionen im Betrieb sind, nach Urabstimmung und Streik rufen, und zwar seit einiger Zeit.

7. Innerhalb der Belegschaft macht sich dort der Ruf nach Urabstimmung und Streik breit, wo innerbetrieblich nichts läuft und wo über die Lage und die ,,neue Beweglichkeit" nicht aufgeklärt wird.

8. Deshalb kommt es jetzt darauf an, die Taktik, die die Bezirksleitung Stuttgart der IG Metall vorschlägt, auch *wirklich* durchzuführen. Daß die Überstunden *wirklich* verweigert werden und nicht bloß in der Fellbacher Stadthalle. Daß wirksame betriebliche Aktionen, die die Kapitalisten am Geldbeutel treffen, *wirklich* gemacht werden und nicht bloß in Resolutionen. Diese ganz bedeutende Entscheidung wird *im Augenblick* ausgetragen und ihr Ausgang wird über mehr entscheiden als über den diesjährigen Lohntarif. Hier wäre es notwendig, daß die KVZ durch ihre Berichterstattung die betrieblichen Kampfaktionen unterstützt; Beispiele nennt usw. Z.B. können jetzt Abschlagszahlungen verlangt werden u.a. Diese Auseinandersetzungen *jetzt* können die Widersprüche innerhalb der Kapitalisten erst bewegen und *dieser* Kampf entscheidet, ob es gelingt, die Streikfähigkeit für einen langen und harten Streik, wie die Kapitalisten ihn planen, auch wirklich herzustellen.

9. Das faule 5%-Ei, das sich in NRW abzuzeichnen beginnt, scheint der einzig mögliche Kompromiß ohne weiteren Kampf zu sein. Er ist abzulehnen.

10. Wir bitten Euch ernsthaft, unsere Argumente zu bedenken und Euere Taktik zu überprüfen.

KBW Zelle Ludwigsburg

# Rauschgiftsucht!

## Aufklärung, Verbot und Strafverfolgung als Gegenmittel? – Das Kapital beherrscht das Feld

*acm.* „Drogenmißbrauch“, „Rauschgiftsucht“ sind immer mehr zu Reizworten der Medien geworden. Im Zusammenhang mit der zunehmenden Jugendarbeitslosigkeit und der Steigerung von Perspektivlosigkeit und Elend haben die Drogen immer mehr an Bedeutung zugenommen, bilden Realität im Alltag. 80 bis 100000 Jugendliche werden heute schon der Drogenscene zugerechnet – wobei die Dunkelziffer gar nicht bekannt ist. Die Anzahl der Drogentoten in diesem Bereich ist bis 1979 auf über 600 gestiegen. Die BRD liegt mit diesen Zahlen an der Spitze der europäischen Staaten, sie ist gleichzeitig zum Hauptumschlagplatz des Drogenhandels geworden. Und unter den 1,8 Mio. Alkoholabhängigen sollen allein 180000 Jugendliche sein. Über die Tablettensüchtigkeit gibt es faktisch nur Schätzungen, die auch in die Millionen gehen.

Schon zu Beginn der siebziger Jahre gab es Bekundungen, die „Drogensucht- und den -mißbrauch“ bei den Jugendlichen zu bekämpfen. Unterrichtsmaterialien für die Schulen, „Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung“ versuchten durch „Aufklärung“ dem Problem beizukommen. Ein relativ vergebliches Unterfangen wie sich gezeigt hat.

Was man feststellen kann ist ein Wandel in der Drogenscene selber. Ein erheblicher Teil wird immer jünger, bis ins Kinderalter hinein. Befragungen der „Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung“ in den Jahren '73, '76 und '79 ergeben eine fortlaufende Steigerung bei den 14- bis 17jährigen, aber auch in den Altersgruppen von 18 bis 20 und 21 bis 25. 7% aller Jugendlichen im Alter von 14 bis 25 Jahren nahmen 1979 Drogen – die von Haschisch über Tabletten bis zu Opium und Heroin reichen. Tendenziell die gleiche Richtung nehmen auch die Zahlen bei Alkohol.

Dem Wandel liegen zwei Punkte zugrunde. Die Entwicklung einer Drogenscene hängt mit den gesellschaftlichen Umbrüchen in den sechziger Jahren zusammen. Im Kampf gegen die bürgerliche Gesellschaft, gegen den Vietnam-Krieg der US-Imperialisten und für die Herausbildung einer Kampfperspektive galten die Drogen teilweise als Mittel der „Bewußtseinserweiterung“. Insbesondere Haschisch, während erst etwas später die Pharma-Industrie in den USA das LSD produzierte. Die Drogen waren hier nicht Mittel des „Aufstiegs“ und des Zurückzugs. Von den sozialen Schichtungen her war es anfangs auch weniger die Arbeiterjugend, sondern eher die Oberschüler und Studenten, die Drogen nahmen. Relativ schnell aber verflog der Rausch von „Bewußtseinserweiterung“ durch Drogen und wich der Erkenntnis vom nebelhaften Charakter dieser. Ein Umschlagpunkt in der Entwicklung der Drogenscene trat ein, als das Ergebnis der Kämpfe gegen die kapitalistische Ausbeutung und Unterdrückung nicht eine gravierende Änderung der Lage der Arbeiterklasse und auch der Jugend durchsetzte, sondern demgegenüber über eine Vertiefung der kapitalistischen Krisenentwicklung Jugendarbeitslosigkeit, Schulunterdrückung, Verschlechterung von Berufsausbildung und Perspektiven beschleunigte und auch die Mängel in allen Formen der jugendlichen Freizeit von diesen Ausgangspunkten hervortrieb. Dies sind die Grundlagen, daß immer mehr die Arbeitjugend von der Drogenscene erfaßt wurde und heute den Hauptteil bildet.

Die andere Seite betrifft die Entfaltung des kapitalistischen Drogenmarktes selber. Die Droge ist eine Ware wie jede andere auch. Sie kommt genausowenig wie jede andere Ware ihres Gebrauchswertes wegen auf den Markt, sondern weil durch ihren Verkauf der Mehrwert für den Kapitalisten realisiert wird. Der Drogenmarkt ist ein Produkt des Kapitals und nicht einfach auf Nachfrage der Abnehmer entstanden, wovon in der Propaganda immer ausgegangen wird. Der Beweis liegt in der Entwicklung des Drogenmarktes. Stofflich gesehen treten solche Drogen wie Haschisch, Opium, Heroin, Kokain erst durch die Eroberung des Weltmarktes und die Unterdrückung der Völker durch Kapitalismus und Imperialismus in den europäischen Hauptländern auf. Das große Kapital beginnt Drogenproduktion und Handel auf großem Fuße, die pharmazeutische Industrie hat unter dem Stichwort „Gegenmittel“ eine ganze Palette von Suchtmitteln erzeugt. Ein Markt ist also Stück für Stück geschaffen worden. Von Eliteprodukten wie Kokain für die Vergnügungen der Oberklassen, zu relativ leicht erschwinglichen Produkten wie eben „Trips“ und heute auch Opiate und Heroin, die in großen Massen und mit weitverbreitetem Netz auf den Markt kommen, ging die Entwicklung. (Dazu immer noch aktuell das Buch von Amendt, Stiehler, „Sucht-Profit-Sucht. Politische Ökonomie des Drogenhandels“, Frankfurt 1972.) Diese beiden Seiten der Entwicklungen bestimmen die heutigen Verhältnisse auf dem Drogenmarkt.

Auch die ganze Unterscheidung im bürgerlichen Recht und in der Propaganda nach „legalen und illegalen“ Drogen ist heuchlerisch. Von „Mißbrauch“ bei den Massen zu sprechen, ist ebenso entstellend. Als gesellschaftliche Größen haben Alkohol und Tabletten natürlich eine andere Relevanz als die anderen Drogen. Der ganze moralische Schwall gegen „Alkoholmißbrauch“ und „Tablettenmißbrauch“ geht gegen das Individuum, welches Opfer auch dieser Seite der kapitalistischen Wirklichkeit ist. Der moralische Zeigefinger von Gesundheitsministern beim gleichzeitigen Abkassieren über die Steuern auf diese Produkte ist ein schreiender Widerspruch, der auch keinesfalls zur Senkung des Verbrauchs dieser Produkte geführt hat. Eine sachliche Grundlage für die Trennung von legalen zu illegalen läßt sich nur insoweit feststellen, als z.B. die Schäden bei Alkohol- und Tablettensucht zumeist auf etwas längere Sicht auftreten als z.B. beim Opium- und Heroinabhängigen. Der ist schneller ruiniert. Dieser Erscheinungen lassen sich weniger durch Verbote beseitigen als durch den Kampf gegen die Grundlagen dieses gesellschaftlichen Elends. Keineswegs haben Verbot und Bestrafung von Besitz und Handel von Drogen zu einer Senkung des Gebrauchs geführt. Zugenommen hat nur die Kriminalisierung der Rauschgiftsüchtigen, wie man der Strafverfolgungsstatistik entnehmen kann:

**Verurteilungen wegen illegalen Besitz und Handel**

| 1975 | 1976 | 1977 | 1978 |
|---|---|---|---|
| 8792 | 10132 | 11874 | 15712 |
| *Polizeiliche Kriminalstatistik* | | | |
| 29805 | 35122 | 39089 | 42878 |

Diese Kriminalisierung auf Grundlage des „Betäubungsmittelgesetzes“ bildet auch Gegenstand der Debatte bei der jetzigen Reform. Im Regierungsentwurf ist bis heute insofern eine Änderung eingetreten, als ein besonderer Passus „Betäubungsmittelabhängige Straftäter“ eingefügt wurde, um, wie es Baum formulierte, die „Nur-Dealer“ von den „Süchtigen“ abzutrennen. Dies erscheint logisch, denn die Geschäftemacher auf dem Drogenmarkt sind verhaßt. Jedoch bedeutet dieser besondere Passus keineswegs Straffreiheit für die „Betäubungsmittelabhängigen“, sondern nur die Möglichkeit die Haftstrafen bis zu 2 Jahren bei der Durchführung einer Entzugstherapie anzurechnen. Dabei gibt es bis heute nicht mal genügend Therapieplätze. In der Debatte ist jetzt, dies auf bis zu fünfjährige Haftstrafen auszudehnen. Das alles bedeutet aber nur, daß der Süchtige sich vollständig unterwerfen muß und daß die bisherige Kriminalisierung beibehalten wird. Demgegenüber muß man die vollständige Straffreiheit als Forderung unterstützen, denn das Gesetz dient nicht dem Kampf gegen die eigentlichen Betreiber und Erschließer des Marktes. An dieser Front ließe sich auch nur eine Wirkung durch Eingriffe in die kapitalistischen Eigentumsverhältnisse erzielen. In diese Richtung marschiert die Gesetzes- und Rechtsprechung aber keineswegs.

Ein vollständiges Verbot von Werbung bei Alkohol, Arzneimitteln und Rauschwaren wäre eine Schranke – und nicht nur eine moralische. Auch der ganze Unsinn mit der „Einstiegsdroge Haschisch“ entbehrt der wissenschaftlichen Grundlage. Der „Einstieg“ geschieht nicht über die Droge, sondern über die Lage in der sich der Einzelne befindet. Insofern wäre auch eher einer „Legalisierung von Haschisch“ zuzustimmen, damit gerade der illegale Markt, der Strecker- und Panscherei durch die Händler mit den ruinösen Folgen bis hin zum Tode, zerschlagen werden kann. Das wären tatsächliche Schritte im Kampf gegen die Sucht.

Drogenmetropole Frankfurt Eine düstere Szenerie

acm. Ein paar Wochen Frankfurt, aber man weiß mit Sicherheit, wo sich der Konzentrationspunkt der Drogenscene befindet – Hauptwache. B-Ebene. Zentrum der Innenstadt. Selber noch im Bau, schreit einem das Elend förmlich entgegen in Gestalt von teilweise mehr als hundert Jugendlichen. Aus kosmetischen Gründen hatte Wallmann die „Haschwiese“ von Frankfurt räumen lassen – rechtzeitig zur Hundertjahrfeier der Oper. Eine Austrocknung des „Drogensumpfes“ sollte es sein.

Nach den Schätzungen der Polizei – und die Drogenberater können sie in etwa bestätigen – gibt es in Frankfurt ca. 6000 Drogensüchtige, Schwerpunkt zwischen 18 und 26 Jahren. So um die 350 werden durch Razzien und Säuberungen wegen Betäubungsmittel-

Steigerung bei den 14- bis 17jährigen, aber auch in den Altersgruppen von 18 bis 20 und 21 bis 25. 7% aller Jugendlichen im Alter von 14 bis 25 Jahren nahmen 1979 Drogen – die von Haschisch über Tabletten bis zu Opium und Heroin reichen. Tendenziell die gleiche Richtung nehmen auch die Zahlen bei Alkohol.

Dem Wandel liegen zwei Punkte zu-

fenen einen Notfall, damit sie zum Entzug eingeliefert werden. Aber das kann auch bedeuten, Einlieferung in eine psychiatrische Klinik ohne besondere Suchtabteilung und Zusammenlegung mit den anderen psychisch Kranken. Das sind erhebliche Belastungen für das Personal und den Betroffenen. Von einem Gesundungsprozeß kann hier nicht gesprochen werden.

Aber auch die Bewilligung und die Durchführung der Therapie sind ein Problem. Eine Kostenzusicherung von Kranken- oder Rentenversicherung muß vorliegen, und jetzt wird angestrebt, schon bei der Beratungsstelle eine Totalerfassung des Süchtigen vorzunehmen, um die Abrechnung zu erleichtern. Und war bislang die anerkannte therapeutische Einrichtung durch die Krankenkassen das Fach-

entwicklung Jugendarbeitslosigkeit, Schulunterdrückung, Verschlechterung von Berufsausbildung und Perspektiven beschleunigte und auch die Mängel in allen Formen der jugendlichen Freizeit von diesen Ausgangspunkten hervortrieb. Dies sind die Grundlagen, daß immer mehr die Arbeitjugend von der Drogenscene erfaßt wurde und heute den Hauptteil bildet.

„Christiane F. Wir Kinder vom Bahnhof Zoo“

1,3 Millionen mal als Sternbuch verkauft, jetzt in 120 Kinos angelaufen, wird der Film ein großes Publikum erreichen. Die Film-Story ist simpel, sie hat noch Teile des Buches fallengelassen: Der Weg zur Droge erscheint über die Langeweile der Trabantenstadt und die Sehnsucht nach der Großdiskothek „Sounds“, gezeichnet als dämonische Rauschgifthöhle. Da war in dem Buch schon noch mehr die Rede von den Problemen zu Hause, die Spannungen in einem solchen Viertel und die Trostlosigkeit, in solchen Verhältnissen zu leben. Dem Film sind Probleme nur ganz am Anfang zu entnehmen, als die Schwester von Christiane auszieht, zu ihrem Vater, der nicht mehr bei ihnen lebt. Warum, das erfährt man nicht. Der Rest des Films zeichnet die Irrfahrt zur Droge und die Abhängigkeit vom

Opiate und Heroin, die in großen Massen und mit weitverbreitetem Netz auf den Markt kommen, ging die Entwicklung. (Dazu immer noch aktuell das Buch von Amendt, Stiehler, „Sucht-Profit-Sucht. Politische Ökonomie des Drogenhandels“, Frankfurt 1972.) Diese beiden Seiten der Entwicklungen bestimmen die heutigen Verhältnisse auf dem Drogenmarkt.



Spritzarten vorgeführt werden. Beabsichtigt war hier vielleicht die Abschreckung, aber wenn man's das zehnte Mal gesehen hat, ist man's auch schon gewöhnt. Und wenn ein Freund von ihnen am „Goldenen Schuß“

| 1975 | 1976 | 1977 | 1978 |
|---|---|---|---|
| 8792 | 10132 | 11874 | 15712 |
| Polizeiliche Kriminalstatistik | | | |
| 29805 | 35122 | 39089 | 42878 |

Diese Kriminalisierung auf Grundlage des „Betäubungsmittelgesetzes“ bildet auch Gegenstand der Debatte bei der jetzigen Reform. Im Regierungsent-

Razzien, Fürsorge – all das findet keinen Platz, obwohl es Realität ist. Das Schlimme in der Drogensucht darin zu sehen, daß man von der Spritze abhängig ist und man sich dann auch schon

sondern über die Lage in der sich der Einzelne befindet. Insofern wäre auch eher einer „Legalisierung von Haschisch“ zuzustimmen, damit gerade der illegale Markt, der Strecker- und Panscherei durch die Händler mit den ruinösen Folgen bis hin zum Tode, zerschlagen werden kann. Das wären tatsächliche Schritte im Kampf gegen die Sucht.

# Drogenmetropole Frankfurt Eine düstere Szenerie

*acm.* Ein paar Wochen Frankfurt, aber man weiß mit Sicherheit, wo sich der Konzentrationspunkt der Drogenscene befindet – Hauptwache. B-Ebene. Zentrum der Innenstadt. Selber noch im Bau, schreit einem das Elend förmlich entgegen in Gestalt von teilweise mehr als hundert Jugendlichen. Aus kosmetischen Gründen hatte Wallmann die „Haschwiese“ von Frankfurt räumen lassen – rechtzeitig zur Hundertjahrfeier der Oper. Eine Austrocknung des „Drogensumpfes“ sollte es sein.

Nach den Schätzungen der Polizei – und die Drogenberater können sie in etwa bestätigen – gibt es in Frankfurt ca. 6000 Drogensüchtige, Schwerpunkt zwischen 18 und 26 Jahren. So um die 350 werden durch Razzien und Säuberungen wegen Betäubungsmittelvergehen und sog. Beschaffungsdelikten ins Frankfurter Untersuchungsgefängnis geschafft, das mit über 1000 um 350 überbelegt ist. Ein großer Anteil sind süchtige Ausländer, wovon ein Teil nach der Verurteilung abgeschoben wird.

3 Sozialarbeiter betreuen dann 100–150 Süchtige. Die Therapie wird durch Androhung der Verurteilung erzwungen. Wartezeiten in der U-Haft auf die Therapie mindestens 2–3 Monate. Auch Festnahmen ohne Strafbestand gehen bei Sucht – zur „Sicherheitsverwahrung“. 24 Std. bis 14 Tage ist möglich, länger bei Anwendung des Hessischen Freiheitsentzuggesetzes. Die Einlieferung durch die Polizei in die Psychiatrische Klinik Hadamar (ehemaliges KZ) bedeutet: eingesperrt wie im Gefängnis. Es soll jetzt mit NATO-Draht und Sicherheitstoren ausgestattet werden. Die 18 Beschäftigten, die sich gegen diese Methoden gewandt haben, wurden strafversetzt.

In der Stadt selber gibt es einige Beratungsstellen für drogengefährdete Jugendliche und Drogenabhängige. Geplant sind auch stadtteilbezogene Beratungsstellen. Die Sozialarbeiter in diesen Beratungsstellen befinden sich aber gleichzeitig im Einsatz in den Gefängnissen, Psychiatrien, und einzelne machen auch Außenvertretung. Das Hauptproblem aber ist: es gibt nicht genügend Therapieplätze. Die Wartezeiten liegen zwischen 3–6 Monaten und ein Entzug findet in der Regel erst eine Woche vor Beginn der Therapie in den Krankenhäusern statt. Das heißt, die Betroffenen „drücken“ in aller Regel weiter bis zum Zeitpunkt der Therapie. Oftmals stellen dann die Betroffenen einen Notfall, damit sie zum Entzug eingeliefert werden. Aber das kann auch bedeuten, Einlieferung in eine psychiatrische Klinik ohne besondere Suchtabteilung und Zusammenlegung mit den anderen psychisch Kranken. Das sind erhebliche Belastungen für das Personal und den Betroffenen. Von einem Gesundungsprozeß kann hier nicht gesprochen werden.

Aber auch die Bewilligung und die Durchführung der Therapie sind ein Problem. Eine Kostenzusicherung von Kranken- oder Rentenversicherung muß vorliegen, und jetzt wird angestrebt, schon bei der Beratungsstelle eine Totalerfassung des Süchtigen vorzunehmen, um die Abrechnung zu erleichtern. Und war bislang die anerkannte therapeutische Einrichtung durch die Krankenkassen das Fachkrankenhaus – geprüfte Wohngemeinschaften unter Leitung von Sozialarbeitern – so strebt jetzt die „Arbeitsgemeinschaft zur Rehabilitation Suchtkranker“ (Zusammenschluß eines Großteils der Versicherungsträger in Hessen) eine Form an, in der immer ein Arzt die Leitung einer solchen Therapieeinrichtung haben soll. Dies erleichtert die Abrechnung und mag wohl auch etwas konservativere Formen der Leitung sichern.

Das Land Hessen sah es auch als notwendig an, zur Prophylaxe an den Schulen „Aufklärungsstunden“ abzuhalten. Sollten dafür ursprünglich 300 Drogenfachlehrer ausgebildet und die Rumreiserei von Drogenberatern eingestellt werden, so wurde jetzt auf einer Versammlung von Elternbeiräten mitgeteilt, daß die Lehrer 2 Stunden wöchentlich zur Vorbereitung bezahlt bekommen. Im allgemeinen halten auch die Sozialarbeiter – die beginnen sich örtlich und landesweit zusammenzuschließen – nicht viel von dieser Prophylaxe. Ihre Forderungen gehen mehr gegen die Kriminalisierung und für die Schafffung von ausreichenden Wohn- und Therapieplätzen, freie Wahl des Therapieplatzes, sofortige Kostenzusicherung für die Therapien und Bereitstellung von ausreichenden Plätzen zum körperlichen Entzug in den städtischen Krankenhäusern. Und dafür wird gekämpft werden müssen, denn es gibt zwar in Frankfurt einen „Rahmenplan zur Gestaltung der Suchtkrankenhilfe Frankfurt“, aber bis heute keinen einzigen Therapieplatz in der ganzen Stadt. Im Gegenteil sind noch vor einiger Zeit Einrichtungen geschlossen worden.

# „Christiane F. Wir Kinder vom Bahnhof Zoo“

1,3 Millionen mal als Sternbuch verkauft, jetzt in 120 Kinos angelaufen, wird der Film ein großes Publikum erreichen. Die Film-Story ist simpel, sie hat noch Teile des Buches fallengelassen: Der Weg zur Droge erscheint über die Langeweile der Trabantenstadt und die Sehnsucht nach der Großdiskothek „Sounds“, gezeichnet als dämonische Rauschgifthöhle. Da war in dem Buch schon noch mehr die Rede von den Problemen zu Hause, die Spannungen in einem solchen Viertel und die Trostlosigkeit, in solchen Verhältnissen zu leben. Dem Film sind Probleme nur ganz am Anfang zu entnehmen, als die Schwester von Christiane auszieht, zu ihrem Vater, der nicht mehr bei ihnen lebt. Warum, das erfährt man nicht. Der Rest des Films zeichnet die Irrfahrt zur Droge und die Abhängigkeit vom „Äitsch“ als Drama zu dem die sich mystisch steigernde Musik gefunden wurde. Als „Starbeigabe“ hat denn auch David Bowie seine Rolle, während andererseits das Thema Schule – denn Christiane ging trotz Fixen und Babystrich noch eine ganze Zeit zur Schule – nur als Wort auftaucht. So bleibt denn dem Film die „Milieuschilderung“ der Scene vorbehalten, wo auch die verschiedenen Einnahme-oder



Spritzarten vorgeführt werden. Beabsichtigt war hier vielleicht die Abschreckung, aber wenn man's das zehnte Mal gesehen hat, ist man's auch schon gewöhnt. Und wenn ein Freund von ihnen am „Goldenen Schuß“ stirbt, bleibt es mehr Staffage, als daß ein wirklicher Eindruck über das Elend entsteht und man sich der Situation bewußt würde. Da die Freunde dann auch noch ein paar kernige Berliner Sprüche draufhaben, ansonsten aber ein bißchen dümmlich wegkommen, bleibt die realistische Schilderung auf der Strecke. Die Drogenscene ist auch keine solche Insel wie sie in dem Film erscheint. Dealergeschäfte, Polizei, Razzien, Fürsorge – all das findet keinen Platz, obwohl es Realität ist. Das Schlimme in der Drogensucht darin zu sehen, daß man von der Spritze abhängig ist und man sich dann auch schon gegenseitig mal belügt und in die Pfanne haut, ist zu wenig und kein großer Lernprozeß. Und wie man aus der Scheiße rauskommt, darüber ist auch nichts zu erfahren, außer am Schluß der Hinweis von Christiane, daß Mutti sie halt nach Oma auf's Land gebracht hat. Mag sein, daß es sich so abgespielt hat. Aber dafür ist der Film dann wieder zu klischeehaft. – Was bleibt, ist wohl ein Geschäft, aber keins für die Drogenabhängigen.

# Eine andere Art von „Aufklärung“

*acm.* Relativ neu erschienen sind zwei Bücher, die über Drogen informieren wollen. Es ist zum einen der „Drogenreader“ von W. Körner, erschienen bei Fischer. Zum anderen „Das Drogenbuch“ von Bongartz, Goeb, erschienen bei rororo. Im „Drogenreader“ hat Körner eine Mischung aus Erläuterung der jeweiligen Droge mit Wirkungsweise und Folgen, Interviews mit entsprechenden Drogensüchtigen und authentische Erfahrungsberichte. Er behandelt Haschisch, LSD, Kokain, Alkohol, Tranquilizer und Opiate. In einem Vorwort schreibt er: „Ich bin keine Fürsorgerin vom Jugendamt, die mit drohend erhobenem Zeigefinger sagt, daß man keine ‚Rauschgifte‘ nehmen darf, weil das verboten ist, Papi und Mami sehr traurig macht und überhaupt. Ich bin auch kein Typ wie jener Polizist vom Rauschgiftdezernat, der einem jungen Mädchen kürzlich sagte, sie solle ihm verraten, wo sie ihre zehn Gramm Shit gekauft hat, sonst würde er ihr junges Siam-Kätzchen mit dem Kopf auf die Ofenkante schleudern ... Drogen an sich, auch Rauschdrogen, sind weder gut noch böse. In einer industriellen Leistungsgesellschaft wie der unsrigen haben Drogen, die süchtig machen können, für den einzelnen häufig verhängnisvolle Folgen.“

Seine These ist, daß diese Gesellschaft zur Verarmung der zwischenmenschlichen Beziehungen und Jagd nach dem nur Materiellen erzieht und daher Entfremdung und Einsamkeit zur Flucht in die Droge führen. Und: „Es hat kaum Sinn auf eine Veränderung der Gesellschaft zu hoffen“, schreibt er in seinem Schlußkommentar. So vermischen sich also Antimoralisches und Aussichtslosigkeit und die Behandlung der Widersprüche bleibt offen. Möglichkeiten des Kampfes deutet er nicht an, und so bleibt ein religiös gefärbter Pessimismus.

Die Autoren von „Das Drogenbuch“ gehen in der Analyse vom antikapitalistischen Standpunkt aus. Für sie steht die Lage der Jugend im Mittelpunkt und die Veränderung der Gesellschaft. Sie behandeln Drogenwerbung und -geschäft, wenden sich gegen die herrschende Rechtsprechung und Kriminalisierung der Drogenabhängigen und haben auch einen Teil wo sie verschiedenste Therapieeinrichtungen für Drogenabhängige unter die Lupe genommen haben. Zwar ist das Buch in einem sehr „jugendlichen“ Schreibstil gehalten und mit Comics und Karrikaturen vermengt, wohl um Jugendliche „anzusprechen“. Dafür mangelt es ihm aber an der sachlichen Darstellung der Drogen selber, was in dem anderen Buch besser gelöst war. Der Versuch durch das Einstreuen von Zitaten von Ärzten, Statistikern und Drogenbetreuern am jeweiligen Punkt eine Objektivierung zu erreichen, wirkt ziemlich plakativ wie manche der „lockeren“ Aussagen, die gebracht werden auch. Demgegenüber ist die Vielfalt der Erscheinungen in der Drogenscene, die sie behandeln, ziemlich erfreulich, wenn auch nicht immer sehr ausführlich. Die positive Grundstimmung im Kampf gegen die Drogenabhängigkeit als Krankheitserscheinung des Kapitalismus sticht denn auch gegenüber dem anderen Buch hervor.

# Zusammenschluß von Mietern und Besetzern beginnt

*dir.* Auf der von der Initiative „Schöner Wohnen" einberufenen Mieterversammlung waren ca. 50 Personen aus verschiedenen Wohngegenden zusammengekommen, um Schritte zu einem einheitlichen Vorgehen gegen die Wohnraumzerstörung, gegen Mieterhöhung und Rausschmisse zahlungsschwacher Mieter zu beraten. Man war sich einig, daß zur individuellen Bekämpfung auf dem sogenannten Rechtsweg eine Interessenvertretung durch Organisationen wie dem Mieterverein ein wichtiger Hebel zur juristischen Absicherung ist, aber daß es darüberhinaus notwendiger denn je ist, eine öffentliche Auseinandersetzung um Stadtsanierung, Mietereinschüchterung, Häuserabrisse u.a. zu führen.

So berichtete ein engagierter Mieter aus der Boninstraße, daß gerade durch individuelles Vorgehen der Stadt Kiel beim Kündigungsvorgang zum Abriß der Häuser in der Boninstraße (es soll dort ein neues Landgerichtsgebäude gebaut werden) von vielen Mietern die Kündigung und eine Umsiedlung in teurere Wohnungen fast lautlos hingenommen werden, weil bei jedem Mieter wieder andere Mittel gesucht werden.

Ein Rentner berichtete aus seinem Haus, daß die älteren Mieter bis auf ihn ausgezogen sind und die jüngeren Leute oft durch doppeltes Einkommen und auch durch die Wohnraumnot fast doppelt so hohe Mieten tragen müßten wie er. Erst jetzt seien wieder Versuche im Gange, auch seine Miete wieder anzuheben, die er jedoch bisher immer abwehren konnte.

Die Versammlung war ein notwendiger Schritt, um immer wieder neuen Versuchen seitens der verschiedenen Vermieter, Wohnraum zu verteuern und damit auch zu verknappen, auf breiter Front entgegenzuwirken, um die Probleme um eine Instandbesetzung nicht isoliert von den Problemen, die fast alle Mieter in Kiel in puncto teurem und zumeist auch ungenügend ausgestattetem Wohnraum (z.B. Klo auf halber Treppe usw.) zu lassen, wie die Kieler Nachrichten es gerade in der letzten Woche wieder einmal versuchten.




*wiv.* Rund 700 Gegner des KKW Brokdorf beteiligten sich am Samstag an der Demonstration in Neumünster gegen die Straf- und Ermittlungsverfahren, die der Staatsapparat im Zusammenhang mit der Brokdorf-Demonstration am 28.2. eingeleitet hat. „Sofortige Einstellung aller Straf- und Ermittlungsverfahren! – Kein AKW in Brokdorf und auch nicht anderswo? – Eins, zwei, drei, laßt die Leute frei!" waren Hauptparolen. Auf einer Zwischenkundgebung am Großflecken und auf der Hauptkundgebung bei der Justizvollzugsanstalt sprachen unter anderem die Mutter des wegen „versuchten Mordes" inhaftierten KKW-Gegners Markus Mohr und der Bauer H. Voß, einer der Kläger aus der Wilstermarsch. Insgesamt stieß die Demonstration auf große Aufmerksamkeit in der Bevölkerung.

# Interview mit einem Bewohner des besetzten Hauses Hansastr. 48 in Kiel

Frage: Seid wann seid Ihr hier?
Antwort: Wir haben die Räumlichkeiten nach Auszug des Bierverlages übernommen, wir waren nach Besichtigung des Gebäudekomplexes zur Überzeugung gekommen, daß man hier mit relativ geringem Aufwand genügend Platz zum Wohnen, Leben und Arbeiten schaffen kann und nicht in einer Zwei-Zimmer-Kleinstwohnung hausen muß.

F.: Läßt sich hier in diesem ehemaligen Fabrikgebäude wohnen?
A.: Dies soll hier so um die Jahrhundertwende gebaut worden sein, es waren viele verschiedene kleine und mittlere Betriebe drin, wie man auch an der Fassade, die nie renoviert worden war, ablesen konnte, Schlosserei, Baulager, als letztes der Bierverlag. Es haben auch schon immer Leute hier gewohnt und Büros gab es auch. Die Leute, die hier wohnen, haben Dusche, Zentralheizung, große Räume, müssen aber viel für die Heizung zahlen, da die Fenster schlecht isoliert sind. Mehrere Räume sind an Künstler vermietet, die hier Ihre Werkstatt haben und auch hier wohnen können, was ja sonst kaum zu bekommen ist oder sehr teuer. Zeitweise wurden Kellerräume an Jugendgruppen als Klubraum und Fetenkeller vermietet, die stören hier ja auch keinen.

F.: Es wird oft behauptet, Leute, die Wohnungen instandbesetzen, benötigen diese gar nicht, weil sie schon woanders wohnen können, wo kommt Ihr denn her?
A.: Na, ja die meisten haben schon irgendwo gewohnt, bevor sie hier mit einzogen, allerdings entweder weit außerhalb, oft mit hohen Fahrtkosten verbunden oder zu zweit in einem Zimmer, wo sie sich und den Nachbarn auf die Nerven gingen oder wie am Lehmberg in einem Haus mit feuchten und baufälligen Wohnungen, da ist dies hier – bei kleinen Reparaturen – schon viel besser. Hier leben wir auch zusammen und können viele Sachen gemeinsam machen.

F.: Wie sehen denn die umliegenden Anwohner die Sache?
A.: Zuerst waren einige da, die das befürworteten, daß der ‚alte Schuppen' endlich ‚mal wegkäme'. Wir haben dann die Leute persönlich besucht und zu Kaffee und Kuchen eingeladen. Und da, als sie feststellen konnten, daß das Haus besser aussehen kann, wenn man da endlich einmal etwas tut und sie auch die großen Räume besichtigt hatten, in denen man alle möglichen Veranstaltungen abhalten kann, da gab es eigentlich nur noch Befürworter fürs Stehenlassen. Gerade als Treffpunkt und Gemeinschaftshaus lassen sich die Räume hier sehr gut nutzen und man muß relativ wenig tun, nicht so, wie bei der ‚Pumpe', wo man ja Millionen reingesteckt hat. Außerdem wohnen ja die Leute hier und in der Umgebung, die bis zum Stinkviertel reicht. Hier können sie mal eben reingucken oder ihr Fahrzeug reparieren, Tischtennisspielen, hier können Musikgruppen üben und auftreten, Künstler wollen hier ausstellen. Am Montag hatten wir einen Lichtbildervortrag und nur ein Schild an der Straße aufgestellt, es kamen doch schon einige. Eine Eltern-Kind-Gruppe, die für Ihren Kinderladen vorher keine Räumlichkeiten finden konnten, nutzen jetzt das Vorderhaus mit. Wir wollen das Gelände ums Haus freundlicher gestalten mit Pflanzen und so und Bretterzäune einreissen, so daß auch die anderen Kinder im Hofgelände spielen können. Wir sind eigentlich ganz froh über die Unterstützung, es kamen einige mit Farbe, Tapeten, Möbeln usw. und viele packen auch mit an.

F.: Wie solls weitergehen?
A.: Das Gelände wurde vor einigen Monaten für ca. 750000 DM von der Wankendorfer Wohnungsbaugesellschaft gekauft, die wollten hier ein Appartementhaus mit Kleinstwohnungen erstellen, das hier überhaupt nicht in die Hoflandschaft paßt. Losgehen sollte es, wenn die jetzigen Mieter, denen nicht vor dem Herbst gekündigt werden kann, raus sein sollten. Da haben wir auf jeden Fall noch ein wenig Zeit, die wir nutzen müssen, um hier das Gelände allgemein bekannt zu machen. Denn mit einem Neubau würde das Wohnen hier viel teurer, mehr Menschen werden dann in diesen Kleinstwohnungen auch nicht untergebracht werden können und eine Chance, hier einen Treffpunkt für viele Möglichkeiten zu schaffen, würde vertan sein. Bisher haben wir einen Brief an die Wankendorfer geschrieben und ihnen mitgeteilt, daß wir jetzt hier sind und was wir wollen – geantwortet haben sie noch nicht.

# Am 1. Mai das Bündnis zwischen Arbeiter- und demokratischer Bewegung festigen

## Übersicht über die Vorbereitungen in Kiel

*reh.* In Vorbereitung auf den 1. Mai sind von Versammlungen gewerkschaftlicher Untergliederungen in Kiel folgende Forderungen beschlossen worden, die auf Transparenten oder Stellschildern auf den Demonstration getragen werden sollen:
*HBV Fachgruppe Wirtschaftsdienste:* – Abschluß von Tarifverträgen im Reno-Bereich! – Zugangsrecht der Gewerkschaften zu den Berufsschulen! – 2×6 Stunden Berufsschulunterricht

legen!
*DPG und GdED:* wollen zusammen in einem Block marschieren und als Forderungsschwerpunkt sich gegen den Einsatz von Beamten als Streikbrecher aussprechen.
*Vertrauenskörper MaK und HDW* haben beschlossen, in Autokonvois von Friedrichsort bzw. Diedrichsdorf aus zu den Sammelpunkten Wilhelmplatz bzw. Vinetaplatz zu fahren.
*Maiausschuß Ortopedia:* will in der

denten am 1. Mai haben. Eine Reihe von *Fachschaftsgruppen* wollen auf Versammlungen in den nächsten 14 Tagen Beteiligung und Forderungen beraten.

*Das Kieler „Initiativen-Bündnis" zum 1. Mai*, bestehend aus über 20 Initiativen, Gruppen und Organisationen, hat letzte Woche mit großer Mehrheit beschlossen, sich an der Demonstration und Kundgebung des DGB zu beteiligen. Eine Minderheit hatte sich dafür

schaftsbewegung her zu unterstützen und sie für die weitergehenden Ziele der Arbeiterklasse zu gewinnen.

Weiterhin beschlossen ist vom Initiativen-Bündnis, am Nachmittag ab 15.00 Uhr in der „Pumpe" ein Initiativen-Fest durchzuführen. Daß

danach ein starkes Bedürfnis besteht, haben die vergangenen Jahre bewiesen. Im letzten Jahr hat das Fest zwischen 1500 und 2000 Besucher gezählt. Die kulturellen Tätigkeiten des Kieler DGB mit Aufführungen wie „Der Zigeunerbaron" entsprechen diesem Bedürfnis keinesfalls.

auch keinen.
F.: Es wird oft behauptet, Leute, die Wohnungen instandbesetzen, benötigen diese gar nicht, weil sie schon woanders wohnen können, wo kommt Ihr denn her?
A.: Na, ja die meisten haben schon irgendwo gewohnt, bevor sie hier mit einzogen, allerdings entweder weit außerhalb, oft mit hohen Fahrtkosten verbunden oder zu zweit in einem Zimmer, wo sie sich und den Nachbarn auf die Nerven gingen oder wie am

dann die Leute persönlich besucht und zu Kaffee und Kuchen eingeladen. Und da, als sie feststellen konnten, daß das Haus besser aussehen kann, wenn man da endlich einmal etwas tut und sie auch die großen Räume besichtigt hatten, in denen man alle möglichen Veranstaltungen abhalten kann, da gab es eigentlich nur noch Befürworter fürs Stehenlassen. Gerade als Treffpunkt und Gemeinschaftshaus lassen sich die Räume hier sehr gut nutzen und man muß relativ wenig tun, nicht so, wie bei der ‚Pumpe', wo man ja Millionen reingesteckt hat. Außerdem wohnen ja die Leute hier und in der Umgebung, die bis zum Stinkviertel reicht. Hier können sie mal eben reingucken oder ihr Fahrzeug reparieren, Tischtennisspielen, hier können Musikgruppen üben und auftreten, Künstler wollen hier ausstellen. Am Montag hatten wir einen Lichtbildervortrag und nur ein Schild an der Straße aufgestellt, es kamen doch schon einige. Eine Eltern-Kind-Gruppe, die für Ihren

F.:Wie solls weitergehen?
A.: Das Gelände wurde vor einigen Monaten für ca. 750000 DM von der Wankendorfer Wohnungsbaugesellschaft gekauft, die wollten hier ein Appartementhaus mit Kleinstwohnungen erstellen, das hier überhaupt nicht in die Hoflandschaft paßt. Losgehen sollte es, wenn die jetzigen Mieter, denen nicht vor dem Herbst gekündigt werden kann, raus sein sollten. Da haben wir auf jeden Fall noch ein wenig Zeit, die wir nutzen müssen, um hier das Gelände allgemein bekannt zu machen. Denn mit einem Neubau würde das Wohnen hier viel teurer, mehr Menschen werden dann in diesen Kleinstwohnungen auch nicht untergebracht werden können und eine Chance, hier einen Treffpunkt für viele Möglichkeiten zu schaffen, würde vertan sein. Bisher haben wir einen Brief an die Wankendorfer geschrieben und ihnen mitgeteilt, daß wir jetzt hier sind und was wir wollen – geantwortet haben sie noch nicht.

Frage: Seid wann seid Ihr hier?
Antwort: Wir haben die Räumlichkeiten nach Auszug des Bierverlages übernommen, wir waren nach Besichtigung des Gebäudekomplexes zur Überzeugung gekommen, daß man hier mit relativ geringem Aufwand genügend Platz zum Wohnen, Leben und Arbeiten schaffen kann und nicht in einer Zwei-Zimmer-Kleinstwohnung hausen muß.

F.: Läßt sich hier in diesem ehemaligen Fabrikgebäude wohnen?
A.: Dies soll hier so um die Jahrhundertwende gebaut worden sein, es waren viele verschiedene kleine und mittlere Betriebe drin, wie man auch an der Fassade, die nie renoviert worden war, ablesen konnte, Schlosserei, Baulager, als letztes der Bierverlag. Es haben auch schon immer Leute hier gewohnt und Büros gab es auch. Die Leute, die

Am 1. Mai das Bündnis zwischen Arbeiter- und demokratischer Bewegung festigen

Übersicht über die Vorbereitungen in Kiel

reh. In Vorbereitung auf den 1. Mai sind von Versammlungen gewerkschaftlicher Untergliederungen in Kiel folgende Forderungen beschlossen worden, die auf Transparenten oder Stellschildern auf den Demonstration getragen werden sollen:
HBV Fachgruppe Wirtschaftsdienste: – Abschluß von Tarifverträgen im Reno-Bereich! – Zugangsrecht der Gewerkschaften zu den Berufsschulen! – 2×6 Stunden Berufsschulunterricht

legen!
DPG und GdED: wollen zusammen in einem Block marschieren und als Forderungsschwerpunkt sich gegen den Einsatz von Beamten als Streikbrecher aussprechen.
Vertrauenskörper MaK und HDW haben beschlossen, in Autokonvois von Friedrichsort bzw. Diedrichsdorf aus zu den Sammelpunkten Wilhelmplatz bzw. Vinetaplatz zu fahren.
Maiausschuß Ortopedia: will in der

denten am 1. Mai haben. Eine Reihe von Fachschaftsgruppen wollen auf Versammlungen in den nächsten 14 Tagen Beteiligung und Forderungen beraten.

Das Kieler „Initiativen-Bündnis" zum 1. Mai, bestehend aus über 20 Initiativen, Gruppen und Organisationen, hat letzte Woche mit großer Mehrheit beschlossen, sich an der Demonstration und Kundgebung des DGB zu beteiligen. Eine Minderheit hatte sich dafür

schaftsbewegung her zu unterstützen und sie für die weitergehenden Ziele der Arbeiterklasse zu gewinnen.

Weiterhin beschlossen ist vom Initiativen-Bündnis, am Nachmittag ab 15.00 Uhr in der „Pumpe" ein Initiativen-Fest durchzuführen. Daß

danach ein starkes Bedürfnis besteht, haben die vergangenen Jahre bewiesen. Im letzten Jahr hat das Fest zwischen 1500 und 2000 Besucher gezählt. Die kulturellen Tätigkeiten des Kieler DGB mit Aufführungen wie „Der Zigeunerbaron" entsprechen diesem Bedürfnis keinesfalls.

an zwei arbeitsfreien Tagen! – Auflösung aller Militärblöcke von NATO und Warschauer Pakt!
*HBV Fachgruppe Buchhandel:* Die gerade aufgestellte Tarifforderung – Verbot und Vernichtung aller Kernwaffen! – Existenzlohn für Lehrlinge!
*ÖTV Abteilung Kommunale Dienste:* – Forderungen gegen Bildschirmarbeitsplätze, für Auflösung der zentralen Schreibdienste, gegen Sonderopfer im Öffentlichen Dienst, gegen Sparmaßnahmen im Jugend- und Sozialbereich. Die beschlossenen Forderungen: Schluß mit der Wohnraumzerstörung – Solidarität mit den Instandbesetzern! und: Keine Mittelstreckenraketen in Europa! sind von der ÖTV-Kreisverwaltung nicht genehmigt worden.
*ÖTV Abteilung Gesundheitswesen:* – Patienten sind keine Maschinen, um sie zu pflegen, brauchen wir mehr Kol-

kommenden Woche Forderungen beraten.

Mit dem Beschluß, in diesem Jahr wieder eine Demonstration durchzuführen, hat sich der DGB-Kreisvorstand gleichzeitig das Ziel gesetzt, 10% der Gewerkschaftsmitglieder zu mobilisieren. Die Anstrengungen, dieses Ziel zu erreichen, sind von den Vorständen der Einzelgewerkschaften unterschiedlich. Anders als IGM, HBV und DPG treten Vorstandsmitglieder der ÖTV eher demobilisierend auf und behindern den gewerkschaftlichen Zusammenschluß, indem sie Untergliederungen direkt Vorschriften machen, welche Forderungen sie erheben dürfen und welche nicht.

*Der AStA der Universität Kiel* hat die Beteiligung an der DGB-Kundgebung und Demonstration beschlossen und will dazu ein Flugblatt erstellen, das klären soll, welches Interesse die Stu-

ausgesprochen, mit dem DGB zu demonstrieren, aber noch vor Kundgebungsbeginn weiterzudemonstrieren. Beschlossen wurde weiterhin, nach der DGB-Kundgebung zur Unterstützung der Hausbesetzungen über Herzog-Friedrich-Straße und Sophienhof zur Hansastr. 48 zu demonstrieren. Der KBW unterstützt dieses Vorgehen.
An den von den Initiativen in den letzten Jahren organisierten Demonstrationen haben sich bis zu 1000 Leute beteiligt. Daß große Teile der demokratischen Bewegung das Bündnis mit der Arbeiterbewegung suchen, ist positiv. Überflüssig sind da die Beschwörungen einiger Gewerkschaftsvertreter, man solle auf der Mai-Demonstration „nicht irgendwelchen Splittergruppen das Feld überlassen". Es geht nicht darum, diesen Teilen der demokratischen Bewegung das „Feld" streitig zu machen, sondern sie von der Gewerk-




Der 1. Mai 1980 war allgemein ein Fortschritt in Richtung auf politische Selbstständigkeit. Nur in Kiel, nicht, wo der 1. Mai im Saale stattfand. Bilder wie dies von der Mai-Demonstration in Westberlin werden 1981 wohl auch in Kiel wieder zu sehen sein.

# Berechtigte Verteidigungsinteressen der Sowjetunion?

## – Vorbereitung der 3. Sozialistischen Konferenz –

*reh.* Am 6.4. fand in Kiel ein landesweites Treffen zur Auswertung der 2.Sozialistischen Konferenz (SK) und zur Vorbereitung der 3., die im Herbst dieses Jahres durchgeführt werden soll, statt. Erschienen waren Vertreter bzw. Mitglieder folgender Organisationen: Gruppe Z, KB, KBW,Komitees für Demokratie und Sozialismus, SB, Frauengruppen Kiel und Pinneberg, Initiativgruppe 3.Welt, eines Zirkels, der sich mit dem Studium revolutionärer Programme beschäftigt, sowie einige Unorganisierte.

Teilnehmer der 2.SK zeigten sich vom Verlauf und Ergebnis der Konferenz in Marburg enttäuscht. Die beliebige Einrichtung zusätzlicher Arbeitsgruppen unmittelbar vor Konferenzbeginn habe nur eine Debatte ins Blaue hinein zugelassen, so daß an Faßbarem (Beschlüsse oder Resolutionen) kaum etwas im Netz blieb. Verantwortlich dafür wurden Bahro und die Marxistische Gruppe Marburg gemacht (letztere brachte die Konferenz durch Störungen mehrfach an den Rnad des Abbruchs).

Als Konsequenz soll für die nächste SK eine verbindliche Tagesordnung festgelegt werden. Über das Ziel der Konferenzen und der regionalen Vorbereitungstreffen war man sich einig: es könne kurzfristig weniger die Vereinheitlichung der Standpunkte der sozialistischen Linken sein, als vielmehr die Klärung von Positionen zu bestimmten Fragen, die einen Nutzen für die konkrete Politik vor allem auf regionaler Ebene in Richtung Einheitsfront haben müßte.

Zur Vorbereitung der 3.SK wurde das in Marburg beschlossene Thema „*Aufrüstung, Kriegsgefahr, Weltmachtpolitik und sozialistische Friedenspolitik*" bestätigt. Es sollen nun Fragestellungen erarbeitet werden, die sich aus den Differenzen innerhalb der sozialistischen Linken ergeben und die in der zentralen Koordinierungsgruppe als Themen für Arbeitsgruppen vorgeschlagen werden sollen. Die Debatte soll jedoch auf regionaler Ebene eröffnet werden.

Als erste Veranstaltung wird in der Woche nach dem 1.Mai das Problem „*Wettrüsten oder soll die Sowjetunion totgerüstet werden?*" behandelt. Dazu sollen zwei Referate erstellt werden, die von den entgegengesetzten Thesen ausgehen: a) In der Sowjetunion herrscher der „*reale Sozialismus*", der zwar entartet, aber immer noch fortschrittlich sei und deshalb Aufrüstung aus berechtigten Verteidigungsinteressen betreibe, und b) bei der Sowjetunion handelt es sich um einen sozialimperialistischen Staat, der aus inneren Bedingungen heraus bei der Kriegsvorbereitungen der beiden Supermächte den aggressiveren Part übernommen habe.

# Auszug aus: Satzung der Landeshauptstadt Kiel für den Beirat für türkische Arbeitnehmer (5.2.1981)

Aufgrund des §4 der Gemeindeordnung für Schleswig-Holstein ... wird nach Beschlußfassung durch die Ratsversammlung vom 15.1.81 die folgende Satzung erlassen:

**§1 Rechtsstellung**

Die Landeshauptstadt Kiel bildet als Interessenvertretung der in Kiel lebenden türkischen Arbeitnehmer und ihrer Familien einen Beirat für türkische Arbeitnehmer.

Die Ratsversammlung und die Ausschüsse verpflichten sich, dem Beirat eine den Ortsbeiräten analoge Rechtsstellung zu geben.

**§2 Aufgaben**

(1) Der Beirat vertritt die Interessen der türkischen Arbeitnehmer und ihrer Familien in allen Lebensbereichen. Der Beirat erfüllt diese Aufgaben überparteilich und überkonfessionell.

(2) Der Beirat kann zur Erfüllung dieser Aufgaben die Organe und die Ämter der Landeshauptstadt durch Anregungen, Empfehlungen und Stellungnahmen beraten.

(3) Die Ämter und Betriebe sollen den Beirat über alle wichtigen Angelegenheiten, die türkische Arbeitnehmer und ihre Familien betreffen, unterrichten. Sie sollen Anregungen und Empfehlungen und Stellungnahmen des Beirates, soweit möglich berücksichtigen und Anfragen in angemessener Zeit beantworten. Wenn in einem städtischen Ausschuß Anträge, Anregungen ... des Beirates oder sonst ausländerbedeutsame Gegenstände behandelt werden, so ist der Vorsitzende des Beirates zur Sitzung einzuladen. ... Auf Verlangen ist ihm Gelegenheit zur Äußerung zu geben.

**§3 Zusammensetzung des Beirates**

(1) Der Beirat ... besteht aus 10 Mitgliedern, davon sind 8 türkische Arbeitnehmer und je 1 Vertreter der Arbeiterwohlfahrt und des DGB.

(2) Die Mitglieder des Beirates müssen das 18. Lebensjahr vollendet und ihren ersten Wohnsitz oder ihren Arbeitsplatz in der Landeshauptstadt haben. Türkische Mitglieder müssen außerdem eine gültige Aufenthaltserlaubnis besitzen. Die Mitgliedschaft endet, wenn eine dieser Voraussetzungen entfällt.

**§4 Wahl**

(1) Die Mitglieder ... werden für die Dauer von 2 Jahren von der Ratsversammlung gewählt.

(2) Für die Wahl schlagen
a) der Verein türkischer Arbeitnehmer in Kiel ..
b) der progressive Volksverein der Türkei je 4 Vertreter als Mitglieder ...
c) die Arbeiterwohlfahrt, Kreisverband Kiel
d) der DGB, Bezirk Kiel je 1 Vertreter als Mitglied ... vor ...

**§5 Geschäftsvorgang**

(1) Der Beirat ... tagt nach Bedarf ... jährlich mindestens dreimal ... Die Sitzungen sind öffentlich ...

(2) Der Beirat wählt aus den türkischen Mitgliedern einen Vorsitzenden und stellvertretenden Vorsitzenden.

(3) Der Beirat berät in deutscher Sprache, die Ergebnisse werden in Niederschriften festgehalten.

...

(5) Die Geschäftsführung des Beirates obliegt des „Ausländeranwalt"

...

# Geringer Spielraum des Ausländerbeirats

## Ausländer fordern kommunales Wahlrecht

*abc.* Am 5.2.81 trat die Satzung der Landeshauptstadt Kiel für den Beirat für türkische Arbeitnehmer in Kraft. Wir drucken sie hier in wesentlichen Auszügen ab, weil sie die Rechtlosigkeit der türkischen Bevölkerung in Kiel deutlich macht. Selbst der Dezernent für Ausländerkontakte Schöning (CDU) mußte zugeben, daß er keine ausreichende Vertretung darstellt. Er schätzt, daß höchstens einige der insgesamt ca. 8000 Türken in Kiel durch den Beirat vertreten werden.

Die Satzung wimmelt auch nur so von Einschränkungen. Der Beirat soll überparteilich und -konfessionell sein, er kann lediglich beraten und er soll gehört werden, soweit möglich wird er berücksichtigt. Die Mitgliedschaft ist eng gebunden an das reaktionäre Ausländergesetz, da sie von der Aufenthaltserlaubnis abhängig ist. Nach dem Ausländergesetz kann die Aufenthaltserlaubnis entzogen werden, wenn z.B. die Anwesenheit des Ausländers erhebliche Belange der BRD beeinträchtigt oder er von der Sozialhilfe abhängig wird. Das Gesetz läßt ohne weiteres zu, konsequente Vertreter der Interessen ausländischer Mitbürger auszuweisen. Ohne Beseitigung dieser Bestimmungen im Ausländergesetz ist jede Vertretung der Ausländer eine Farce.

Trotz dieser Beschränkungen konnte noch nicht einmal die türkische Bevölkerung in Kiel den Beirat selbst wählen, sondern auf Vorschlag von zwei türkischen Vereinen wählt die Ratsversammlung, wer die Interessen der türkischen Arbeitnehmer im Beirat vertreten soll. Von wirksamer Interessenvertretung kann also wirklich nicht die Rede sein und so sehen das auch der Verein türkischer Arbeitnehmer, der progressive Volksverein der Türkei und sicherlich die meisten Türken in Kiel. Erforderlich bleibt weiterhin die Durchsetzung des kommunalen Wahlrechts für Ausländer als ein Schritt zur Gleichberechtigung der ausländischen Mitbürger. Die CDU in Kiel lehnt dies ab, sagt das aber nicht so gerne offen, sondern versteckt sich hinter einer EG-einheitlichen Regelung, in der berechtigten Hoffnung, daß sie nicht zustandekommt. Die SPD in Kiel hat sich vor längerer Zeit für ein kommunales Wahlrecht für Ausländer aus EG-Staaten ausgesprochen, was die Mehrheit der ausländischen Arbeitnehmer in Kiel, die Tnrken, ausschließen würde. Wenn nicht auf die bürgerlichen Par teien, so können sich die auslHndischen Arbeitnehmer z.B. auf deu DGB stützen, der in seinem Grundsatzprogramm schreibt: „Der Deutsche Gewerkschaftsbund hilft den ausländischen Arbeitnehmern bei der Durchsetzung ihrer wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Interessen mit dem Ziel, ihre Gleichberechtigung zu verwirklichen."

Das Warten auf die einheitliche EG-Regelung wird bald auch nur noch als Ausrede für die CDU gelten können, denn in Irland und Schweden gibt es bereits das kommunale Wahlrecht für alle Ausländer und in Dänemark wurde es gerade vom Parlament für alle Ausländer nach 3jährigem Aufenthalt beschlossen. Die Durchsetzung ist der Erfolg verschiedener Ausländerorganisationen mit Unterstützung der Gewerkschaften.

# Über 10000 beteiligten sich an der Hamburger Mieterwoche

*cld.* In der letzten Woche wurde von Stadtteilinitiativen, dem „Verein Mieter helfen Mieter" u.a. die Mieterwoche durchgeführt. Neben ca. 20 Veranstaltungen in den Stadtteilen, fanden zentral eine Podiumsveranstaltung mit Bausenator Lange und einigen Vertretern der Mieterinitiativen statt, sowie eine Demonstration am Samstag (siehe nebenstehendes Bild) und ein Fest am Samstagabend. Insgesamt werden über 10000 Menschen an den verschiedenen Aktivitäten teilgenommen haben. Die spektakulärsten Aktionen waren die vorübergehenden Besetzungen von Abrißbedrohten Häusern in der Amandastr. und Virchowstraße.

Die Besetzer, die die Unterstützung der Bevölkerung des Viertels hatten, konnten sich zwar nicht lange halten, aber die Behörden zogen ihre Strafanträge wegen Hausfriedensbruch zurück, und Lange erklärte sich in einer Diskussion im NDR bereit, mit den Mieterinitiativen noch einmal über die Sanierung beider Häuser zu verhandeln.

**Podiumsdiskussion mit Lange**

Am Donnerstag versammelten sich ca. 500 Leute zur Podiumsdiskussion mit Bausenator Lange, Vertretern der Behörde und der SAGA, sowie Vertretern der Mieterinitiativen im Hamburg-Haus Eimsbüttel. Unter den Teilnehmern waren auch eine ganze Reihe von Anhängern der SPD und der Jusos.

Begonnen wurde die Veranstaltung mit einem Videofilm über die Hausbesetzungen in Hamburg. Daran anschließend fassten drei Vertreter von verschiedenen Initiativen ihre Erfahrungen mit den Behörden zusammen. Sie stellten übereinstimmend fest, daß der Senat, die Behörden und die SAGA bei der Sanierung von Gebieten wie St. Pauli und Schanzenviertel zwar einzelne Versprechungen für die betroffenen Mieter machen, daß aber die Praxis anders aussieht. Sie griffen den Senat an, daß Häuser abgerissen werden, die noch renovierungsfähig seien; daß die Mieter auf die Straße bzw. in Wohnhotels vertrieben werden, ohne Aussicht auf eine Ersatzwohnung; daß versprochene Sozialwohnungen in den Vierteln nicht gebaut werden und daß seit Vorlage der Behördenanweisung über beschleunigten Abriß, die Häuserzerstörungen in letzter Zeit drastisch zugenommen haben.

Lange versuchte, in seiner Antwort die Schwächen der Argumentation der

# Warum sind Arbeiter kleiner als Bourgeois?

## Materialistische und idealistische Erklärungen der Anthropologen

*ant.* In der Anthropologie, zu der die Biologie des Menschen und die Bevölkerungswissenschaft gehören, gibt es einen jahrzehntelangen Streit über die Frage, warum Arbeiter – oder ganz allgemein die Angehörigen der sogenannten sozialen Unterschicht – körperlich kleiner gewachsen sind als Menschen der sogenannten sozialen

ja auch sicher richtig, auf die sich allmählich unter dem Druck der Arbeiterbewegung verbessernden Lebensumstände zurückgeführt. Von dieser Verbesserung des Lebensniveaus profitieren diejenigen, die ihre Bedürfnisse auch vorher schon befriedigen konnten, weniger als diejenigen, die vorher krassen Mangel litten. In Ländern, in

hinsichtlich Konsum und medizinischer Betreuung gewaltige Unterschiede herrschen, extrem hoch; geringer sind sie in Ländern, in denen die äußeren Lebensumstände von Bourgeoisie und Proletariat angeglichener sind.

Natürlich wird diese Modifikationstheorie, wie die Erklärung der Größenunterschiede aus Umwelteinflüssen genannt wird, angegriffen. In der Fachzeitschrift „Homo" sind in den letzten Jahren mehrere Beiträge aus dem Hamburger Universitätsinstitut für Anthropologie erschienen, die eine sogenannte „Siebungstheorie" favorisieren.

sisch und intellektuell übertroffen. Die enge Verflechtung von körperlicher und geistiger Leistungsfähigkeit sei aber im Laufe der Evolution, mit zunehmender intellektueller und kultureller Entwicklung des Menschen, mehr und mehr abgenommen. Traditionell, oder besser, instinktiv, werde aber „groß" auch heute noch mit „führend, sozial hochgestellt" gleichgesetzt. Deshalb gelinge es großen Menschen viel leichter, sozial aufzusteigen als kleinen. Untersuchungen an Geschwistern, von denen eins Arbeiter bleibt, das andere aufsteigt, scheinen das zu bestätigen: Der Arbeiter ist im Schnitt 10 Zentimeter kleiner als sein

(3) Die Ämter und Betriebe sollen den Beirat über alle wichtigen Angelegenheiten, die türkische Arbeitnehmer und ihre Familien betreffen, unterrichten. Sie sollen Anregungen und Empfehlungen und Stellungnahmen des Beirates, soweit möglich berücksichtigen und Anfragen in angemessener Zeit beantworten. Wenn in einem städtischen Ausschuß Anträge, Anregungen ... des Beirates oder sonst ausländerbedeutsame Gegenstände behandelt werden, so ist der Vorsitzende des Beirates zur Sitzung einzuladen. ... Auf Verlangen ist ihm Gelegenheit zur Äußerung zu geben.

§5 Geschäftsvorgang
(1) Der Beirat ... tagt nach Bedarf ... jährlich mindestens dreimal ... Die Sitzungen sind öffentlich ...
(2) Der Beirat wählt aus den türkischen Mitgliedern einen Vorsitzenden und stellvertretenden Vorsitzenden.
(3) Der Beirat berät in deutscher Sprache, die Ergebnisse werden in Niederschriften festgehalten.
...
(5) Die Geschäftsführung des Beirates obliegt des „Ausländeranwalt"
...

konsequente Vertreter der Interessen ausländischer Mitbürger auszuweisen. Ohne Beseitigung dieser Bestimmungen im Ausländergesetz ist jede Vertretung der Ausländer eine Farce.

Trotz dieser Beschränkungen konnte noch nicht einmal die türkische Bevölkerung in Kiel den Beirat selbst wählen, sondern auf Vorschlag von zwei türkischen Vereinen wählt die Ratsversammlung, wer die Interessen der türkischen Arbeitnehmer im Beirat vertreten soll. Von wirksamer Interessen-

wirklichen."

Das Warten auf die einheitliche EG-Regelung wird bald auch nur noch als Ausrede für die CDU gelten können, denn in Irland und Schweden gibt es bereits das kommunale Wahlrecht für alle Ausländer und in Dänemark wurde es gerade vom Parlament für alle Ausländer nach 3jährigem Aufenthalt beschlossen. Die Durchsetzung ist der Erfolg verschiedener Ausländerorganisationen mit Unterstützung der Gewerkschaften.

Am Donnerstag versammelten sich ca. 500 Leute zur Podiumsdiskussion mit Bausenator Lange, Vertretern der Behörde und der SAGA, sowie Vertretern der Mieterinitiativen im Hamburg-Haus Eimsbüttel. Unter den Teilnehmern waren auch eine ganze Reihe von Anhängern der SPD und der Jusos.

Begonnen wurde die Veranstaltung mit einem Videofilm über die Hausbesetzungen in Hamburg. Daran anschließend fassten drei Vertreter von verschiedenen Initiativen ihre Erfahrungen mit den Behörden zusammen. Sie stellten übereinstimmend fest, daß der Senat, die Behörden und die SAGA bei der Sanierung von Gebieten wie St. Pauli und Schanzenviertel zwar einzelne Versprechungen für die betroffenen Mieter machen, daß aber die Praxis anders aussieht. Sie griffen den Senat an, daß Häuser abgerissen werden, die noch renovierungsfähig seien; daß die Mieter auf die Straße bzw. in Wohnhotels vertrieben werden, ohne Aussicht auf eine Ersatzwohnung; daß versprochene Sozialwohnungen in den Vierteln nicht gebaut werden und daß seit Vorlage der Behördenanweisung über beschleunigten Abriß, die Häuserzerstörungen in letzter Zeit drastisch zugenommen haben.

Lange versuchte, in seiner Antwort die Schwächen der Argumentation der Mieterinitiativen für sich zu nutzen. Der Forderung: Keine Modernisierungen gegen den Willen der Bewohnern und nicht auf Kosten der Mieter, hielt er entgegen, daß es natürlich der Wunsch vieler Mieter sein würde, da ihre Wohnungen modernisiert werden, daß aus den alten Wohnungen ohne Klo und Heizung, Wohnungen werden, die den gewachsenen Bedürfnissen an Wohnkomfort gerecht werden.

Mit einer Provokation: „Die Polizei vollzieht den politischen Willen des Senats", hatte er Erfolg. Einige Teilnehmer sahen endlich die Zeit gekommen, ihre mühselig gebastelten Farbeier loszuwerden. Lange und die Vertreter der Behörde flüchteten, ziemlich stark bekleckert. Der Zweck der Veranstaltung, Lange und seine Büttel in der Auseinandersetzung bloßzustellen und ideologisch zu schlagen, war damit nicht erreicht. Viele Teilnehmer, die sich einige Aufklärung über die Wohnsituation, die Pläne des Senats und die Ansichten der Mieterinitiativen von der Veranstaltung erhofft hatten, gingen. Der Rest führte nur noch die Auseinandersetzung um die Frage, ob das Eierwerfen richtig oder falsch gewesen sei.

Insgesamt schätze ich die Mieterwoche als einen beschränkten Fortschritt ein, insofern die Frage der Wohnungsnot breit in der Öffentlichkeit diskutiert wurde. Fortschritte in der Klärung ihrer Ursachen und ihrer Beseitigung hat die Woche nicht gebracht. Diese Arbeit und Diskussion muß jetzt in den alten und neugebildeten Initiativen fortgeführt werden.

# Warum sind Arbeiter kleiner als Bourgeois?

## Materialistische und idealistische Erklärungen der Anthropologen

*ant.* In der Anthropologie, zu der die Biologie des Menschen und die Bevölkerungswissenschaft gehören, gibt es einen jahrzehntelangen Streit über die Frage, warum Arbeiter – oder ganz allgemein die Angehörigen der sogenannten sozialen Unterschicht – körperlich kleiner gewachsen sind als Menschen der sogenannten sozialen Oberschicht. Daß dieser Größenunterschied besteht, ist sicher und wird auch nicht mehr bestritten. Aber was sind die Gründe?

Es ist bekannt, daß seit Mitte des vorigen Jahrhunderts das Höhenwachstum der Menschen in Europa und einigen anderen Teilen der Welt zunimmt sowie der Zeitpunkt der körperlichen Reife bei Jugendlichen immer früher liegt. Dies wird allgemein, und das ist ja auch sicher richtig, auf die sich allmählich unter dem Druck der Arbeiterbewegung verbessernden Lebensumstände zurückgeführt. Von dieser Verbesserung des Lebensniveaus profitieren diejenigen, die ihre Bedürfnisse auch vorher schon befriedigen konnten, weniger als diejenigen, die vorher krassen Mangel litten. In Ländern, in denen die kapitalistische Entfaltung der Produktivkräfte noch nicht stattgefunden hat, wird, wie zu erwarten, auch keine Körpergrößenzunahme beobachtet. Als wichtigste Faktoren für die Steigerung der Körpergröße nennen Anthropologen eiweißreiche Nahrung, verbesserte Säuglings- und Kinderpflege, Schwangerenfürsorge, Mutterschutz und das Verbot der Kinderarbeit. Dementsprechend sind die Größenunterschiede in Ländern, in denen hinsichtlich Konsum und medizinischer Betreuung gewaltige Unterschiede herrschen, extrem hoch; geringer sind sie in Ländern, in denen die äußeren Lebensumstände von Bourgeoisie und Proletariat angeglichener sind.

Natürlich wird diese Modifikationstheorie, wie die Erklärung der Größenunterschiede aus Umwelteinflüssen genannt wird, angegriffen. In der Fachzeitschrift „Homo" sind in den letzten Jahren mehrere Beiträge aus dem Hamburger Universitätsinstitut für Anthropologie erschienen, die eine sogenannte „Siebungstheorie" favorisieren.

Die Siebungstheorie wird, ausgehend von der erwähnten Annäherung der äußeren Lebensumstände in den Ländern Europas und Nordamerikas, die keine stark unterschiedlich prägende Wirkung haben könne, die These aufgestellt, daß die Gründe für die Paralellität „groß – sozial hochgestellt" in der Stammesgeschichte des Menschen zu suchen seien. In der Urhorde habe, ebenso wie bei sozial lebenden Tieren, der Anführer das Fußvolk physisch und intellektuell übertroffen. Die enge Verflechtung von körperlicher und geistiger Leistungsfähigkeit sei aber im Laufe der Evolution, mit zunehmender intellektueller und kultureller Entwicklung des Menschen, mehr und mehr abgenommen. Traditionell, oder besser, instinktiv, werde aber „groß" auch heute noch mit „führend, sozial hochgestellt" gleichgesetzt. Deshalb gelinge es großen Menschen viel leichter, sozial aufzusteigen als kleinen. Untersuchungen an Geschwistern, von denen eins Arbeiter bleibt, das andere aufsteigt, scheinen das zu bestätigen: Der Arbeiter ist im Schnitt 10 Zentimeter kleiner als sein Bruder.

Sicher bestehen Vorurteile gegenüber Kleingewachsenen. Das ist doch aber kein Beweis dafür, daß beide Geschwister von den Eltern gleich gut ernährt, betreut usw. werden konnten. Die Wechselfälle des Arbeiterlebens sind groß, jedenfalls größer als die Vorurteile, die es kleinen Menschen schwer machen soll, aufzusteigen.

**Betriebsratswahlen: 62% für HBV** *abc.* Der Landesbezirk Nordmark der Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen (HBV) hat erste Ergebnisse der Betriebsratswahlen, die vom 1.3.- 31.5.81 stattfinden, bekanntgegeben. In den 10 norddeutschen Hertie-Kaufhäusern wählten rund 6000 Beschäftigte 102 Betriebsräte. Die Gewerkschaft HBV erhielt hierbei 62% der Stimmen, was einen Zugewinn von 5% gegenüber 1978 entspricht. In Hamburg gewann die HBV bei der Hermes-Versicherung 14 der 15 Betirebsratssitze.




Jeden Freitagabend wartet eine Menschenmenge vor dem Gebäude der Kieler Nachrichten auf das Erscheinen der Samstagsausgabe, um möglichst früh an die Wohnungsangebote heranzukommen. Keineswegs nur junge Leute oder nur Studenten sieht man dort. Wie wäre es, wenn CDU-Stadtrat Sauerbaum vor diesen Leuten seine Behauptungen wiederholen würde, daß es keine echte Wohnungsnot gebe?

**Veranstaltungskalender**

Mittwoch, 22.4.81

**Polen – Freiheit, Unabhängigkeit und Brot,** Veranstaltung zur Geschichte und Lage in Polen, mit dem Autor des gleichnamigen Buches, Gerd Koenen. Hamburg, Universität, Philosophenturm, 19.00 Uhr
**Abfahrt: Kiel, Arndtplatz/Schrevenpark, 17.30 Uhr**

Donnerstag, 30.4.81

**1. Mai-Veranstaltung des KBW**
Kiel, Gaststätte Waidmannsruh, Ecke Eckernförderstr./Kopperpahler Allee, 19.30 Uhr

**Kommunistische Volkszeitung**

Herausgegeben vom Zentralen Komitee des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) / Ständiger Ausschuß, Mainzer Landstraße 147, Postfach 11 91 51, 6000 Frankfurt am Main 2, Telex 4 13 080 kuehl d, Telefon 0611 / 73 02 31, Sekretär Hans-Gerhart Schmierer; Redaktion: Mainzer Landstraße 147, Postfach 11 91 51, 6000 Frankfurt am Main 2, Telefon 0611 / 73 02 31; Regionalredaktion: 2000 Hamburg 50, Kleine Rainstraße 21, Tel. 040/ 39 49 04; verantwortlicher Redakteur für die Seiten 1 – 12/16: Bernhard Peters, für die Seiten 13 – 15: Lutz Plümer ; Druck: Eigendruck; Verlag: Kühl Verwaltungs GmbH & Co. Verlags-Kommanditgesellschaft; Geschäftsführer: Ernst Ehlert, Mainzer Landstraße 147, 6000 Frankfurt am Main 2.

# Kultur für alle?

## Kulturelle Initiativen haben zugenommen/ Schwerpunkt der Kulturförderung ist nach wie vor der traditionelle Bereich

*ulh.* ,,Kultur für alle, Kultur von und mit allen, Kultur im Interesse aller'', so schreibt Hamburgs Kultursenator Tarnowski, ,,das sind die Leitsätze einer Kulturpolitik, die sich als Teil der Gesellschaftspolitik begreift. Mit Blick auf die Vergangenheit kritisieren diese Leitsätze eine Kulturpolitik, die lediglich eine Kultur für wenige förderte.'' Entsprechend diesem Grundsatz formuliert der Senator 4 Schwerpunkte für die Arbeit seiner Behörde:

– Erhaltung unserer gewachsenen städtischen Umwelt

– Theater, Museen, Bibliotheken u.a. müssen ihr Angebot auf neue Zielgruppen ausrichten

– Alle neu auftretenden kulturellen Praktiken müssen gewürdigt und gefördert werden

– Es muß die Kultur vor Ort, die Stadtteilkultur gefördert werden, die auch dem nicht Mobilen eine Chance der Teilnahme gibt. (Kultur für alle, 4/81 S. 23)

1,6% beträgt der Anteil der Kulturbehörde am hamburger Haushalt. 1980 entsprachen dem 158,7 Mio. DM. 60% davon gehen nach wie vor an etablierte Institutionen wie die Staatsoper und die großen Theater und Orchester, die ebenfalls nach wie vor nur von einem sehr kleinen Kreis besucht werden. Zum Vergleich einige Zahlen:

**Hamburger Kulturetat (ohne Investitionen / in tausend)**

| Bereiche | 1980 | 1981 |
|---|---|---|
| Verwaltung | 2815 | 3027 |
| Allgem. Kulturangel. | 35477 | 41627 |
| Denkmalschutzamt | 2450 | 2405 |
| Musikhalle | 1356 | 1543 |
| Museen/Planetarium | 19251 | 22330 |
| Theater/Orchester | 97371 | 101030 |

(HH Haushalt 1981)

Die Förderungsmittel für alternative Kulturprojekte fallen unter den Punkt ,,Allgemeine Kulturangelegenheiten''; von den dort für 1981 ausgewiesenen 41,6 Mio. DM gehen allein schon 29,7 Mio. DM in den Unterhalt der öffentlichen Bücherhallen. Die hunderte von Stadtteilinitiativen, Theater- und Musikgruppen müssen sich um den Rest streiten, und das Ergebnis – für die, die was kriegen – bewegt sich jeweils zwischen 2000 und 10000 DM.

Um die Forderungen, die die Initiativen an die Kulturbehörde richten, erfüllen zu können, müßten die 1,6% des Kulturetats am Haushalt verdreifacht werden.

So gesehen ist an dem Postulat des Senators ,,Kultur für alle'' wenig dran.

Dennoch hat ,,Kultur für alle'' einen realen Hintergrund. Seit Anfang der 60er Jahre etwa sind in Hamburg zahlreiche kulturelle Initiativen entstanden: von freien Theatergruppen über Rockbands bis zu den Stadtteilschreibern.

Diese Initiativen haben einen zähen Kampf mit der Kulturbehörde durchstehen müssen, bis es ihnen gelungen ist, bestimmte Gelder locker zu machen. Die Probleme, die sich dabei ergaben, vor allem was die Unabhängigkeit der Projekte von Senatsaufsicht anbelangte, waren die andere Seite in diesen Auseinandersetzungen.

Richtig ist, daß die Kulturbehörde bestimmte Strömungen aufgegriffen und weiterentwickelt hat, wie z.B. den museumspädagogischen Dienst, der vor 8 Jahren entstand und seit 2 Jahren ein Referat in der Kulturbehörde ist. (Im einzelnen dazu unter dem Punkt ,,Museumspädagogik'') Insofern hat sich auch in den traditionellen Kultureinrichtungen ein Wandel vollzogen, der von der Absicht getragen ist, Kultur breiteren Massen zugänglich zu machen.

Da die Förderung der Initiativen im Rahmen der spezifischen Hamburger Stadtteilentwicklungspolitik immer von der Gefahr der Zensur und Kontrolle begleitet ist, hat die Behörde zugestimmt, daß bestimmten Projekten die Gelder in Form von Selbstverwaltung oder von unabhängigen Gremien zugesprochen werden. So entscheiden z.B. über die Filmproduktionsförderung die im Verein HH Filmbüro e.V. zusammengeschlossenen Filmemacher und über die Förderung freier Theatergruppen ein Auswahlgremium, bestehend aus Hannes Heer, (Dramaturg beim Schauspielhaus), Horst Königstein (Redaktur bei NDR III) und Eric Jauch (Redakteur der ,,Szene''). Im folgenden will ich auf einige Kulturprojekte näher eingehen.

### Museumspädagogik

Am 2. April 1981 ist in der Kunsthalle das ,,Bilderparadies'' eröffnet worden. Das ,,Bilderparadies'' ist als Orientierungsraum zum besseren Verständnis der Malerei der Alten Meister konzipiert. Dem Besucher werden in anschaulich gestalteter und leicht verständlicher Form Gesichtspunkte eröffnet, die ihm Auseinandersetzung und Verständnis für dies Gebiet der Malerei eröffnen. Es werden bestimmte Symbole entschlüsselt, Kriterien für die Beurteilung eines Gemäldes vermittelt, die Bedeutung des Lichts in der Malerei wird an verschiedenen Beispielen klargemacht und in den einzelnen





Im Bereich der freien Theatergruppen erhalten bisher 8 Gruppen jeweils zwischen 2000 und 10000 DM. Die Hulks (Bild links) sind Monica Bleibtreu und Wolfgang Schumacher. Sie erhalten 10000 DM als Ausfallbürgschaft. Zum 11. April bereiten sie den Einakter ,,Mozart und Salieri'' von Alexander Puschkin vor. Gespielt wird im Erdgeschoß der Markthalle. Die Schwulen-Gruppe Transitiv (Bild rechts) ist nach ihrer Einstudierung von Sartres 'Bei geschlossenen Türen'' z.Z. mit einem Show-Programm unterwegs. Sie erhält einen Investitionskostenzuschuß von 5000 DM.

Ausstellungsräumen sind Handmappen greifbar, auf denen zu einzelnen Malern, ihren Bilderen und ihrer Entstehungszeit weitere Informationen vermittelt werden. Für 10 Pfennig kann man ein 4seitiges Blatt mit Bildabdrucken, Informationen zum Leben und zur historisch-politischen Einordnung des Werks zahlreicher Künstler oder Kunstrichtungen mitnehmen.

Seit 3 Jahren veranstaltet der museumspädagogische Dienst jeweils 120 Ferienveranstaltungen für Kinder. Z.B. im Helmsmuseum (zur Frühgeschichte) können Kinder unter dem Thema ,,Wir basteln Steinzeitwerkzeuge'' mit Feldsteinen aus Feuerstein Pfeilspitzen, Schaber oder Klingen schlagen oder in einem selbstgebauten Töpferofen von ihnen gefertigte Gefäße u.ä. brennen. Das Altonaer Museum bietet Kindern an, Bänder und Gürtel zu weben und gleichzeitig etwas über früheres bäuerliches Leben zu erfahren. Im Rahmen des Geschichtsunterrichts führen die Museumspädagogen im Jahr 3000 solcher Veranstaltungen durch bei stark zunehmender Nachfrage. Es gibt begründete Befürchtungen, daß im Zuge der Haushaltskürzungen bei diesem Projekt gestrichen werden soll.

### Denkmalschutz

,,Am 125. Todestag Heines wurde beschlossen, das Denkmal auf dem neugestalteten Rathausmarkt aufzustellen. Senat und Bürgerschaft haben das Projekt finanziell abgesichert.'' (Pressestelle, 5.3.81)

Ursprünglich waren für diese Stelle allegorische Figuren vom ehemaligen Kaiser-Wilhelm-Denkmal vorgesehen. (Kulturbehörde, 17.2.81)

Die Kulturbehörde hat sich für Heine auf dem Rathausplatz entschieden, nachdem die Heinrich-Heine-Gesellschaft jahrelang dafür gekämpft hat, daß das von den Nazis zerstörte Heine-Denkmal wieder aufgestellt wird. Die Heine-Gesellschaft forderte, daß es vor dem Eingang zu Planten un Blomen neben dem chauvinistischen Kriegerdenkmal errichtet werden sollte, zusammen mit einem kleinen Gebäude, das zum ,denk mal' anregen könnte.

Da war der Kulturbehörde der Rathausmarkt doch lieber.

### Stadtteilkultur

6 große und zahlreiche kleinere kulturelle Zentren wurden 1980 neben den schon länger geförderten, wie der ,,Markthalle'' und der ,,Fabrik'', in den Etat der Kulturbehörde aufgenommen. Das Programmkinoangebot umfaßte Anfang der 70er Jahre 4 Filmtheater (davon 3 in den Elbvororten), heute sind es über ganz Hamburg verteilt 15. Hamburg gehört zu den ersten Ländern, das seine kulturelle Filmförderung weitgehend ausgebaut hat. Der Senat fördert die Arbeitsgemeinschaft Kino e.V., den von Hamburg ausgegangenen Zusammenschluß der bundesdeutschen Programmkinos, die für die Auswahl des Filmangebots der Programmkinos verantwortlich sind. Im Bereich des Abspiels fördert der Senat die Initiative ,,Kommunales Kino Hamburg e.V.'', die das Metropolis am Dammtor betreibt, das im ersten Jahr seines Bestehens (seit 1980) 78000 Besucher verzeichnen konnte. Die Filmproduktionsförderung des hamburger Senats beträgt für 1980 2,1 Mio. DM. Unter den geförderten Projekten sind zwei Drittel Nachwuchsfilme, die Hälfte aller Projekte wird von Frauen realisiert. Im Zuge der Filmförderung sind in Hamburg die ,,Hamburger Kinotage'', eine kleinere Filmmesse für Programmkinobesitzer, und das ,,Filmfest der Hamburger Filmemacher'' entstanden, von der die Kulturbehörde hofft, daß sie zum ,,Entstehen einer Filmatmosphäre in Hamburg'' beitragen.

Um die einzelnen Stadtteile attraktiver zu gestalten, werden Zentren für Stadtteilkultur 1981 mit 1,1 Mio. DM unterstützt, 665000 DM werden an kulturelle Vorhaben von Bürgerinitiativen, Kulturkreisen und Vereinen gegeben. Stadtteilschreiberämter werden bezuschußt und das Literaturförderungsmodell verteilt jährlich bis zu 60000 DM für interessante Verlagsprojekte.

mente der bürokratischen Bevormun- Frage, wenn das Ackerland guten Bau- tes sein...zu erklären:, Wir werden uns

die ebenfalls nach wie vor nur von einem sehr kleinen Kreis besucht werden. Zum Vergleich einige Zahlen:

Hamburger Kulturetat (ohne Investitionen / in tausend)

Bereiche 1980 1981
Verwaltung 2815 3027
Allgem. Kulturangel. 35477 41627
Denkmalschutzamt 2450 2405
Musikhalle 1356 1543
Museen/Planetarium 19251 22330
Theater/Orchester 97371 101030

(HH Haushalt 1981)

Die Förderungsmittel für alternative Kulturprojekte fallen unter den Punkt ,,Allgemeine Kulturangelegenheiten''; von den dort für 1981 ausgewiesenen 41,6 Mio. DM gehen allein schon 29,7 Mio. DM in den Unterhalt der öffentlichen Bücherhallen. Die hunderte von Stadtteilinitiativen, Theater- und Musikgruppen müssen sich um den Rest streiten, und das Ergebnis – für die, die was kriegen – bewegt sich jeweils zwischen 2000 und 10000 DM.

Um die Forderungen, die die Initiativen an die Kulturbehörde richten, erfüllen zu können, müßten die 1,6% des Kulturetats am Haushalt verdreifacht werden.

So gesehen ist an dem Postulat des Senators ,,Kultur für alle'' wenig dran.

Da die Förderung der Initiativen im Rahmen der spezifischen Hamburger Stadtteilentwicklungspolitik immer von der Gefahr der Zensur und Kontrolle begleitet ist, hat die Behörde zugestimmt, daß bestimmten Projekten die Gelder in Form von Selbstverwaltung oder von unabhängigen Gremien zugesprochen werden. So entscheiden z.B. über die Filmproduktionsförderung die im Verein HH Filmbüro e.V. zusammengeschlossenen Filmemacher und über die Förderung freier Theatergruppen ein Auswahlgremium, bestehend aus Hannes Heer, (Dramaturg beim Schauspielhaus), Horst Königstein (Redaktur bei NDR III) und Eric Jauch (Redakteur der ,,Szene''). Im folgenden will ich auf einige Kulturprojekte näher eingehen.

Museumspädagogik

Am 2. April 1981 ist in der Kunsthalle das ,,Bilderparadies'' eröffnet worden. Das ,,Bilderparadies'' ist als Orientierungsraum zum besseren Verständnis der Malerei der Alten Meister konzipiert. Dem Besucher werden in anschaulich gestalteter und leicht verständlicher Form Gesichtspunkte eröffnet, die ihm Auseinandersetzung und Verständnis für dies Gebiet der Malerei eröffnen. Es werden bestimmte Symbole entschlüsselt, Kriterien für die Beurteilung eines Gemäldes vermittelt, die Bedeutung des Lichts in der Malerei wird an verschiedenen Beispielen klargemacht und in den einzelnen

Ausstellungsräumen sind Handmappen greifbar, auf denen zu einzelnen Malern, ihren Bilderen und ihrer Entstehungszeit weitere Informationen vermittelt werden. Für 10 Pfennig kann man ein 4seitiges Blatt mit Bildabdrucken, Informationen zum Leben und zur historisch-politischen Einordnung des Werks zahlreicher Künstler oder Kunstrichtungen mitnehmen.

Seit 3 Jahren veranstaltet der museumspädagogische Dienst jeweils 120 Ferienveranstaltungen für Kinder. Z.B. im Helmsmuseum (zur Frühgeschichte) können Kinder unter dem Thema ,,Wir basteln Steinzeitwerkzeuge'' mit Feldsteinen aus Feuerstein Pfeilspitzen, Schaber oder Klingen schlagen oder in einem selbstgebauten Töpferofen von ihnen gefertigte Gefäße u.ä. brennen. Das Altonaer Museum bietet Kindern an, Bänder und Gürtel zu weben und gleichzeitig etwas über früheres bäuerliches Leben zu erfahren. Im Rahmen des Geschichtsunterrichts führen die Museumspädagogen im Jahr 3000 solcher Veranstaltungen durch bei stark zunehmender Nachfrage. Es gibt begründete Befürchtungen, daß im Zuge der Haushaltskürzungen bei diesem Projekt gestrichen werden soll.

Denkmalschutz

,,Am 125. Todestag Heines wurde beschlossen, das Denkmal auf dem neugestalteten Rathausmarkt aufzustellen. Senat und Bürgerschaft haben das Projekt finanziell abgesichert.'' (Pressestelle, 5.3.81)

Ursprünglich waren für diese Stelle allegorische Figuren vom ehemaligen Kaiser-Wilhelm-Denkmal vorgesehen. (Kulturbehörde, 17.2.81)

Die Kulturbehörde hat sich für Heine auf dem Rathausplatz entschieden, nachdem die Heinrich-Heine-Gesellschaft jahrelang dafür gekämpft hat, daß das von den Nazis zerstörte Heine-Denkmal wieder aufgestellt wird. Die Heine-Gesellschaft forderte, daß es vor dem Eingang zu Planten un Blomen neben dem chauvinistischen Kriegerdenkmal errichtet werden sollte, zusammen mit einem kleinen Gebäude, das zum ,denk mal' anregen könnte.

Da war der Kulturbehörde der Rathausmarkt doch lieber.

Stadtteilkultur

6 große und zahlreiche kleinere kulturelle Zentren wurden 1980 neben den schon länger geförderten, wie der ,,Markthalle'' und der ,,Fabrik'', in den Etat der Kulturbehörde aufgenommen. Das Programmkinoangebot umfaßte Anfang der 70er Jahre 4 Filmtheater (davon 3 in den Elbvororten), heute sind es über ganz Hamburg verteilt 15. Hamburg gehört zu den ersten Ländern, das seine kulturelle Filmförderung weitgehend ausgebaut hat. Der Senat fördert die Arbeitsgemeinschaft Kino e.V., den von Hamburg ausgegangenen Zusammenschluß der bundesdeutschen Programmkinos, die für die Auswahl des Filmangebots der Programmkinos verantwortlich sind. Im Bereich des Abspiels fördert der Senat die Initiative ,,Kommunales Kino Hamburg e.V.'', die das Metropolis am Dammtor betreibt, das im ersten Jahr seines Bestehens (seit 1980) 78000 Besucher verzeichnen konnte. Die Filmproduktionsförderung des hamburger Senats beträgt für 1980 2,1 Mio. DM. Unter den geförderten Projekten sind zwei Drittel Nachwuchsfilme, die Hälfte aller Projekte wird von Frauen realisiert. Im Zuge der Filmförderung sind in Hamburg die ,,Hamburger Kinotage'', eine kleinere Filmmesse für Programmkinobesitzer, und das ,,Filmfest der Hamburger Filmemacher'' entstanden, von der die Kulturbehörde hofft, daß sie zum ,,Entstehen einer Filmatmosphäre in Hamburg'' beitragen.

Um die einzelnen Stadtteile attraktiver zu gestalten, werden Zentren für Stadtteilkultur 1981 mit 1,1 Mio. DM unterstützt, 665000 DM werden an kulturelle Vorhaben von Bürgerinitiativen, Kulturkreisen und Vereinen gegeben. Stadtteilschreiberämter werden bezuschußt und das Literaturförderungsmodell verteilt jährlich bis zu 60000 DM für interessante Verlagsprojekte.

# Die Stellung des KB zu den Klassenkämpfen in Polen

*led.* Im Arbeiterkampf Nr.195 beurteilt die ,,RGW-Kommission'' den Kampf der polnischen Bauern um die Anerkennung der Land-Solidarität. ,,Tatsächlich ist die ,Land-Solidarität' im Gegensatz zur Solidarnosc keine Organisation von Lohnabhängigen und daher auch keine Gewerkschaft im engen Sinn, sondern ein ständischer Zusammenschluß von Kleinproduzenten, in dem der antikommunistische Klerus sicher eine Basis finden wird bzw. schon immer hatte'' die Kommission des KB vermutet, daß diese Organisation den privaten Großbauern zugute kommen wird; der Fehler der Staatsführung sei, die Bauern nicht für eine Kollektivierung zu überzeugen. Die Kommission kommt zu dem Schluß: ,,Die Herausbildung dieser Bewegung stellt eine bedeutende Stärkung der rechts von der PVAP stehenden Kräfte dar, d.h. eine Schwächung der Kania-Linie, die sich bisher bemühte, die Konfrontation mit der Solidarnosc in Grenzen zu halten. Damit wächst allerdings auch die Gefahr einer gewaltsamen ,Lösung' in Polen.''

Die Verfasser des Artikels teilen die Einschätzung des PVAP-Vorsitzenden Kania, der gesagt hatte: ,,Soll das Dorf Terrain der Zusammenarbeit der Volksmacht mit den Bauern, den Landwirten sein oder soll es Terrain des politischen Kampfes mit der Volksmacht werden? Solcherart ist das Wesen dieses Konfliktes.'' Der AK schreibt dazu: ,,Kanias Befürchtungen sind alles andere als unrealistisch. In einer Organisation aus etlichen hunderttausend vom ,realen Sozialismus' enttäuschten Kleinbürgern wird wohl kaum sozialistisches Gedankengut vorherrschen. Ganz im Gegenteil ist zu erwarten, daß diese einen denkbar geeigneten Nährboden für die reaktionäre Opposition bilden wird. Kuron träumt schon von der ,Solidarnosc', die ja noch nicht an der Regierung ist.'' (alle Zitate: AK 195, 16.2.81, S.45)

Warum denn soll der Kampf der Arbeiter und Bauern den privaten Großbauern zugute kommen? Wer sind die ,,rechts von der PVAP'' stehenden Kräfte, die vom Kampf der Bauern profitieren? Worin besteht der Nährboden für eine reaktionäre Opposition. Ist Kuron Teil der reaktionären Opposition, die zur Regierung strebt und ,,die Volksmacht'', von der Kania spricht, angreift?

Die Hauptforderung der ,,Land-Solidarität'' geht gerade auf die Übernahme der landwirtschaftlichen Produktionsmittel in das *wirkliche* genossenschaftliche Eigentum der Bauern, d.h. um die Auflösung oder jedenfalls radikale Umgestaltung der bestehenden ,,Agrar-Zirkel''. Diese Zirkel hat die Staatsführung aus Errungenschaften des Kampfes von 1956 in Instrumente der bürokratischen Bevormundung und des Ausschlusses der Bauern von der gemeinsamen Nutzung der Maschinen und Arbeitsmittel verwandelt. Deshalb fordern die Bauern Einfluß auf die Entscheidungen auf lokaler, regionaler und zentraler Ebene, Kontrolle über die Verteilung von Baumaterialien, Traktoren, Krediten, über Gestaltung und Größe von Entwicklungsprojekten und Investitionen; sie fordern die Absetzung und Bestrafung der Personen, die verantwortlich sind für den Ruin der Landwirtschaft und die ihre Stellung zur Bereicherung benutzten. Sie fordern eine bessere Versorgung des Landes, die Umwandlung der Privat-Jagdreviere der Bourgeois in allgemein zugängliche Reviere und die Umwandlung der Privat-Datschen in öffentliche Erholungsheime. Der Kampf der Bauern richtet sich gegen den Kollektivierungs-*Druck*, dessen Ergebnis nicht Produktivitätssteigerung, sondern Verödung des Landes und der Ausschluß der Produzenten von der Leitung der Produktion beinhaltete.

Wie wenig es ein ,,kapitalistischer Geist'' ist, der die polnischen Bauern beherrscht, geht aus ihrem Bestreben hervor, eine *Gewerkschaft* zu gründen. In ihrem beim Obersten Gerichtshof eingereichten Ausarbeitungen haben die Vertreter der ,,Land-Solidarität'' darauf hingewiesen, daß die Bauern abhängig arbeiten, in ihrem Produkt letztlich nur ihre eigene Arbeit verkaufen und den Gegenwert ihrer Arbeitskraft einlösen. Es geht also letztlich um die Bedingungen des Verkaufs der Arbeitskraft. Auf dem Kongreß der bislang PVAP-treuen Bauernpartei sagte ein Delegierter: ,,Es erhebt sich die Frage, wenn das Ackerland guten Bauern zur Verfügung gestellt würde, würden daran die Grundlagen des Sozialismus in Polen Schaden nehmen? Bestimmt nicht. Der Sozialismus würde weiter bestehen, aber nur mit dem Unterschied, daß wir reichlich Lebensmittel hätten.'' (KVZ 1-2/81, S.6) Der Kampf um die Anerkennung der Land-Solidarität und ihrer Forderungen wird von der Arbeiter- und Bauernbewegung gemeinsam geführt, die sich fest zusammengeschlossen haben. Er ist also nicht der Kampf irgendwelcher rechter reaktionärer Kreise.

Dem ganzen Artikel des AK haftet eine orakelnde Wehleidigkeit an, wo aus dem Kaffeesatz gelesen die Klassenkämpfe bekrittelt werden, statt diese Klassenkämpfe von ihren sozialen Ursachen her zu untersuchen und die Forderungen, die die Bauern erheben, die *Tatsachen* also, zum Maßstab einer politischen Stellungnahme zu machen. Statt dessen dunkle Andeutungen.

### Die Stellung zur Sowjetunion

Anstatt die Sowjetunion anzugreifen, weil sie versucht, mittels politischen und militärischen Drucks den Kampf des polnischen Volkes für Freiheit, Unabhängigkeit und Brot zu unterdrücken, anstatt den Kampf gegen die sozialimperialistische Supermacht zu führen und ihre aggressive, gegen die Souveränität der Völker gerichtete Politik bloßzulegen, erteilt der KB Ratschläge in ,,revolutionärer'' Politik an die SU: ,,Ginge es nur um böswillige Erfindungen von ,,Entspannungsfeinden'' (gemeint sind die Warnungen der USA vor einer sowjetischen Invasion in Polen, der Verf.), so müßte es der sowjetischen Regierung doch ein leichtes sein...zu erklären:, *Wir werden uns keinesfalls mit militärischer Gewalt oder anderen Formen erpresserischen Drucks in Polen einmischen, denn wir stehen dafür, daß die Völker selbst ihren Weg wählen und gehen sollen.*' Eine solche Erklärung wäre ein K.O. gegen die Kalten Krieger und ,Entspannungsfeinde' im Westen, würde deren Propaganda erheblich erschweren – und würde wahrscheinlich (!) beim polnischen Volk sehr gut aufgenommen werden.''

Die Sowjetunion tut nicht, wie vom KB empfohlen. Der KB merkt das ,,...die Bereitschaft (zur Intervention, der Verf.) ergibt sich aus der strategischen Entschlossenheit der sowjetischen Führung, ihren Machtbereich gegen jeden Einbruch zu verteidigen – und zwar auch *dann*, wenn die absehbaren politischen Konsequenzen der sowjetischen Maßnahmen katastrophal für die internationale Arbeiterbewegung und für den Friedenskampf sein würden. Denn *daß* eine sowjetische Intervention in Polen die Bedingungen sozialistischer Politik im Westen noch mehr verschlechtern und den Kriegstreibern beste Propagandamunition liefern würde, ist schwerlich zu bestreiten.''(AK 191, '2)

Der KB fürchtet schlechte Aussichten für die Fortsetzung seiner eigenen Politik der Schonung und Liebäugelei mit dem Sozialimperialismus auf der Grundlage von ,,Entspannung''. Anstatt aus der erkannten Gefahr der sowjetischen Intervention in Polen die richtigen Schlußfolgerungen zu ziehen, beginnt er bloß zu heulen.

# Space Shuttle

## „Neues Zeitalter der Weltraumfahrt"?

*gkr.* Am Freitag mußte der Start des amerikanischen Raumgleiters „Space Shuttle" erneut verschoben werden, der Start in das „neue Zeitalter der Raumfahrt" blieb weiter ungewiß. Die Verschiebung erscheint geringfügig, gegenüber den 3 Jahren, die das Programm mittlerweile gegenüber der Planung von 1972/73 im Rückstand ist.

„Space Shuttle" steht für „Weltraumpendler". Es wäre das erste Weltraumfahrzeug, das zu großen Teilen nach geglückter Landung wieder verwendet werden könnte. Die bisherige, erst etwas mehr als 20-jährige Weltraumfahrt (am 4. Oktober 1957 startete der erste Sputnik zu einem ballistischen Flug) baute auf dem Prinzip der Einweg- oder Wegwerfrakete auf: Im Prinzip hatte jede Rakete ein oder mehrere Triebwerke und entsprechend Treibstoff. Waren die Tanks leer, wurde die Rakete von der eigentlichen Nutzlast abgesprengt, fiel ins Meer, verglühte oder blieb auf einer Umlaufbahn, war auf jeden Fall nicht mehr zu verwenden. Für größere Lasten konnte der Schub vergrößert werden, oder mehrere Raketen wurden aufeinandergestellt, wie dies bei der Saturn V, mit der das Apolloraumschiff für die Mondlandung in den Weltraum geschickt wurde, geschah. Von bemannten Satelliten kehrte nur der notwendigste Teil, ohne Triebwerke, zurück. Bei Satelliten, die für eine Aufgabe in eine feste Umlaufbahn geschossen waren, führte praktisch jeder kleine Defekt zum Ausfall.

Diese Methode, Satelliten in den Weltraum zu befördern, mußte offensichtlich auf Schranken stoßen, sobald die Nutzung des Weltraums zunahm. Und sie nahm zu. Weit über 10000 Satelliten u.ä. sind mittlerweile im Weltraum. Vor allem wurde der Weltraum für militärische Zwecke genutzt: Satelliten zur Nachrichtenübermittlung um die ganze Erde. Zur Spionage, denn mit Hilfe der Satelliten können sehr detaillierte Aufnahmen von der Erde gemacht werden, ohne daß von Seiten des ausspionierten Staates Gegenmaßnahmen möglich wären. Raketen-Frühwarnung ist mit solchen Satelliten möglich, sie können der U-Boot-Suche dienen und, wenn sie an einer festen Position am Himmel erscheinen (geostationär sind), eine Navigationshilfe darstellen. Nicht zuletzt sind auch Wettersatelliten militärisch interessant. Gegenwärtig rückt auch wieder die Entwicklung von Weltraumwaffen ins Blickfeld: Die Sowjetunion hat erst vor kurzem erneut zwei sog. Killersatelliten gestartet. Sie können nahe an andere Satelliten heranmanövrieren und dann durch Explosion sich selber und den anderen zerstören. Sowohl die USA wie auch die Sowjetunion experimen-

gestellt, wie dies bei der Saturn V, mit der das Apolloraumschiff für die Mondlandung in den Weltraum geschickt wurde, geschah. Von bemannten Satelliten kehrte nur der notwendigste Teil, ohne Triebwerke, zurück. Bei Satelliten, die für eine Aufgabe in eine feste Umlaufbahn geschossen waren, führte praktisch jeder kleine Defekt zum Ausfall.

Diese Methode, Satelliten in den Weltraum zu befördern, mußte offensichtlich auf Schranken stoßen, sobald die Nutzung des Weltraums zunahm. Und sie nahm zu. Weit über 10000 Satelliten u.ä. sind mittlerweile im Weltraum. Vor allem wurde der Weltraum für militärische Zwecke genutzt: Satelliten zur Nachrichtenübermittlung um die ganze Erde. Zur Spionage, denn mit Hilfe der Satelliten können sehr detaillierte Aufnahmen von der Erde gemacht werden, ohne daß von Seiten des ausspionierten Staates Gegenmaßnahmen möglich wären. Raketen-Frühwarnung ist mit solchen Satelliten möglich, sie können der U-Boot-Suche dienen und, wenn sie an einer festen Position am Himmel erscheinen (geostationär sind), eine Navigationshilfe darstellen. Nicht zuletzt sind auch Wettersatelliten militärisch interessant. Gegenwärtig rückt auch wieder die Entwicklung von Weltraumwaffen ins Blickfeld: Die Sowjetunion hat erst vor kurzem erneut zwei sog. Killersatelliten gestartet. Sie können nahe an andere Satelliten heranmanövrieren und dann durch Explosion sich selber und den anderen zerstören. Sowohl die USA wie auch die Sowjetunion experimen-

tieren offensichtlich mit Laserwaffen: Laserstrahlen, die eine Rakete oder einen Satelliten zerstören könnten. Ihr entscheidender Vorteil liegt in der Geschwindigkeit, mit der sie ihr Ziel erreichen, mit Lichtgeschwindigkeit. Das mag noch etwas nach Zukunftsmusik klingen, genauso wie der militärische Befehlsstand im Weltraum, den amerikanische Militärs fordern. Aber es ist machbar. Die Verwendung einer ähnlichen Technologie bei Atomraketen kommt hinzu.

Die kommerzielle Nutzung des Weltraums steht der militärischen kaum nach: z.B. zur Datenübertragung, sei es Telefonverkehr oder für Fernsehprogramme, wie sie Radio Luxemburg mit dem Verband Deutscher Zeitungsverleger gegenwärtig plant. Oder auch als Wettersatellit oder als Satellit mit der Möglichkeit, die Ergiebigkeit der Weltgetreideernte auszukundschaften, oder sei es schließlich als Satellit, der die Untersuchung der Erde auf Rohstoffvorkommen unterstützt. Und „die Entfernung radioaktiver Abfälle der Kernindustrie von der Erde, was Berechnungen zufolge im Jahr 2000 200 Raumtransporterflüge erforderlich machen wird".

Dabei soll die Forschung nicht vergessen werden, die oft in Erwartung baldiger profitabler Ergebnisse betrieben wird, aber auch Grundlagenforschung umfaßt. Hierzu gehört z.B. die Herstellung besonders homogener Kristalle, nicht nur für die Halbleitertechnik interessant, aber auch die Entdeckung neuer Erscheinungen im Weltall, Messungen über die Strahlung von Sternen, die über Ausdehnung und Bewegung des Weltalls Auskunft geben. Viele dieser Forschungen sind wegen Schwerkraft und Atmosphäre auf der Erde nicht durchführbar.

Es wäre prinzipiell möglich, die für all dies notwendigen Satelliten mit Einwegraketen in den Weltraum zu schießen. Aber dies Verfahren ist vor allem teuer. So forcierte die NASA Anfang der 70er Jahre das Konzept der Weltraumfähre, die immer wieder verwendbar sein sollte. Die Hoffnung war 1973, daß ein Flug in eine Umlaufbahn von etwa 400 km Höhe mit dieser Fähre etwa nur ein Zehntel dessen kosten würde, was ein herkömmlicher Start kostet. 1979 wurde der Unterschied schon geringer geschätzt: 8 Mio. $ für einen Start der Space Shuttle sollten 22 Mio. $ (bei vergleichbaren Transportmengen) nach herkömmlichem Einwegverfahren gegenüberstehen. Doch inzwischen ist auch dieser Unterschied unsicher. Daneben ergibt sich die Möglichkeit, Reparaturen an Satelliten im Raum durchzuführen oder defekte Satelliten im Laborraum (bis 14 t) zur Erde zurückzuholen.

Nach den gegenwärtigen Planungen sollen zunächst 4 Orbiter zum Einsatz gelangen, ein fünfter ist geplant, ob er gebaut wird, ist noch nicht sicher. Von 1982 bis 1994 sind 487 Flüge des Shuttle vorgesehen, davon allein 32% militärische. Anfang 1981 waren bereits 60

der 70er Jahre das Konzept der Weltraumfähre, die immer wieder verwendbar sein sollte. Die Hoffnung war 1973, daß ein Flug in eine Umlaufbahn von etwa 400 km Höhe mit dieser Fähre etwa nur ein Zehntel dessen kosten würde, was ein herkömmlicher Start kostet. 1979 wurde der Unterschied schon geringer geschätzt: 8 Mio. $ für einen Start der Space Shuttle sollten 22 Mio. $ (bei vergleichbaren Transportmengen) nach herkömmlichem Einwegverfahren gegenüberstehen. Doch inzwischen ist auch dieser Unterschied unsicher. Daneben ergibt sich die Möglichkeit, Reparaturen an Satelliten im Raum durchzuführen oder defekte Satelliten im Laborraum (bis 14 t) zur Erde zurückzuholen.

Nach den gegenwärtigen Planungen sollen zunächst 4 Orbiter zum Einsatz gelangen, ein fünfter ist geplant, ob er gebaut wird, ist noch nicht sicher. Von 1982 bis 1994 sind 487 Flüge des Shuttle vorgesehen, davon allein 32% militärische. Anfang 1981 waren bereits 60

Flüge – bis 1986 – fest gebucht. Wenn das Programm voll läuft, sind etwa 45 Starts pro Jahr vorgesehen (gegenwärtig verzeichnet die NASA 20 bis 25 Starts von Raketen jährlich). Jeder einzelne Orbiter kann, so hofft die NASA, zwei Wochen nach seiner Landung erneut starten.

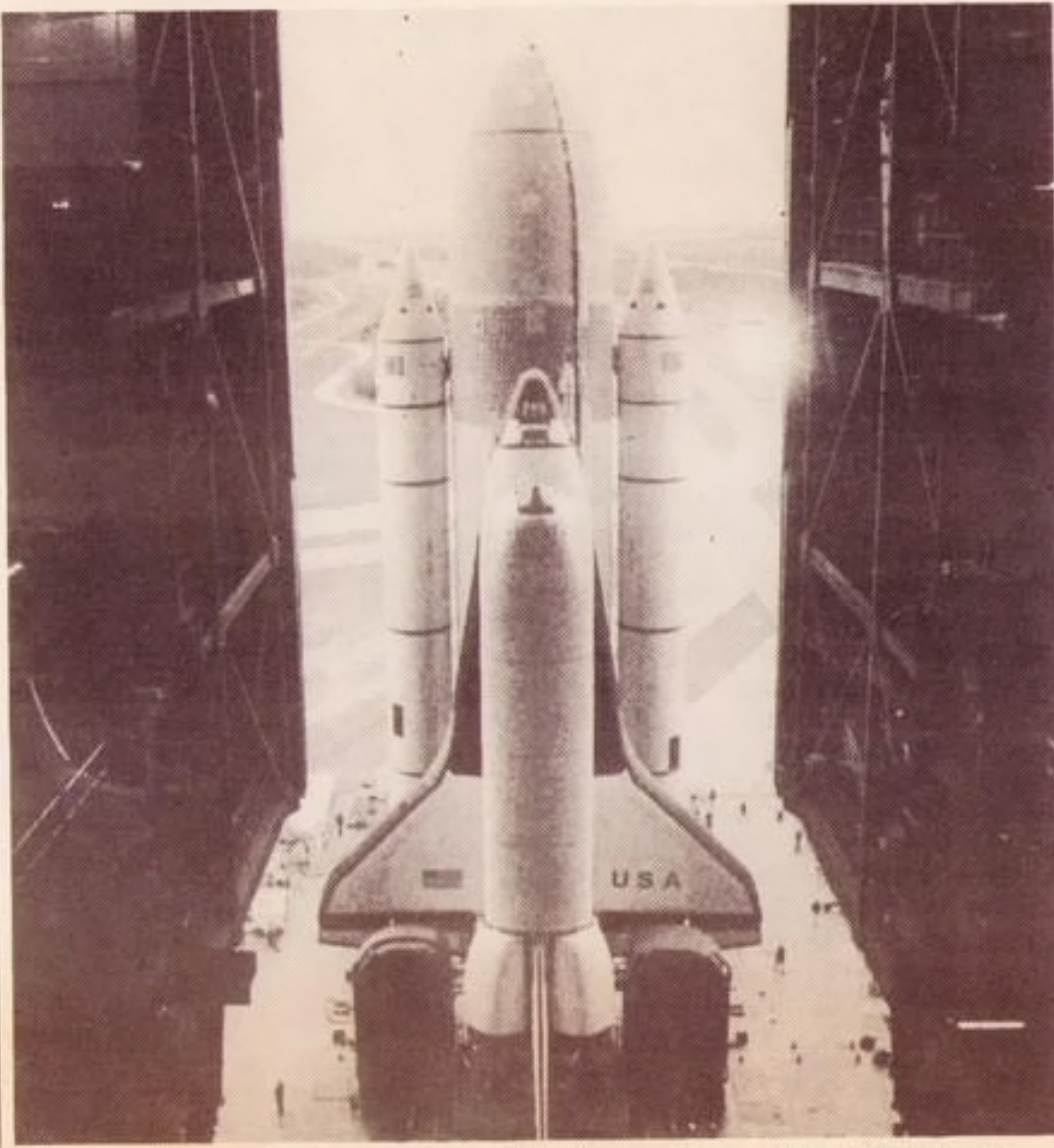
Kein Wunder, daß vor allem die Militärs auf ein rasches Anlaufen des Programms drängen. Staatssekretär William J. Perry vom amerikanischen Verteidigungsministerium stellte 1979 fest: „Mitte der achtziger Jahre werden wir mit unseren Raumfahrtmissionen fast vollständig vom Space Shuttle abhängen." Die US-Luftwaffe baut ihren Stützpunkt Vandenberg als Start- und Landebahn für die Space Shuttle aus. Von diesem Startplatz aus können im Gegensatz zu Cap Canaveral die Raumfahrzeuge in eine Umlaufbahn geschossen werden, die über die beiden Pole führt, denn die Starts dürfen nicht über bewohntes Gebiet führen. Von dieser Bahn aus sind alle Teile der Erde, die sich unter den Satelliten gewissermaßen hinwegdreht, zu beobachten, vor allem auch die Sowjetunion. Diese kann von einer äquatornahen Umlaufbahn, wie sie von Cap Canaveral angeschossen werden muß, nicht beobachtet werden.

Der Zeitdruck hat dazu geführt, daß schon beim ersten Flug Astronauten mit auf die Reise geschickt werden, obwohl die kritischsten Teile, sowohl die neu entwickelten Triebwerke als auch vor allem der Hitzeschutz, unter realistischen Bedingungen noch nicht getestet werden konnten. Ja, einige der hochempfindlichen Plättchen des Hitzeschutzes während der Erprobung immer wieder abgefallen sind und die genauen Folgen bei nur wenigen fehlenden Plättchen für die Rückkehr nicht abzuschätzen sind. Und nach wie vor gilt: vor allem billig muß das System sein. So mußte der NASA-Sprecher z.B. zugeben, daß ein Teil der Verzögerungen des Programms auf Sparmaßnahmen in früheren Stadien zurückzuführen sind. So verfügt der Raumgleiter auch über keinen eigenen Antrieb mehr bei der Landung, ein Durchstarten beim Landeanflug ist nicht möglich, zu teuer.

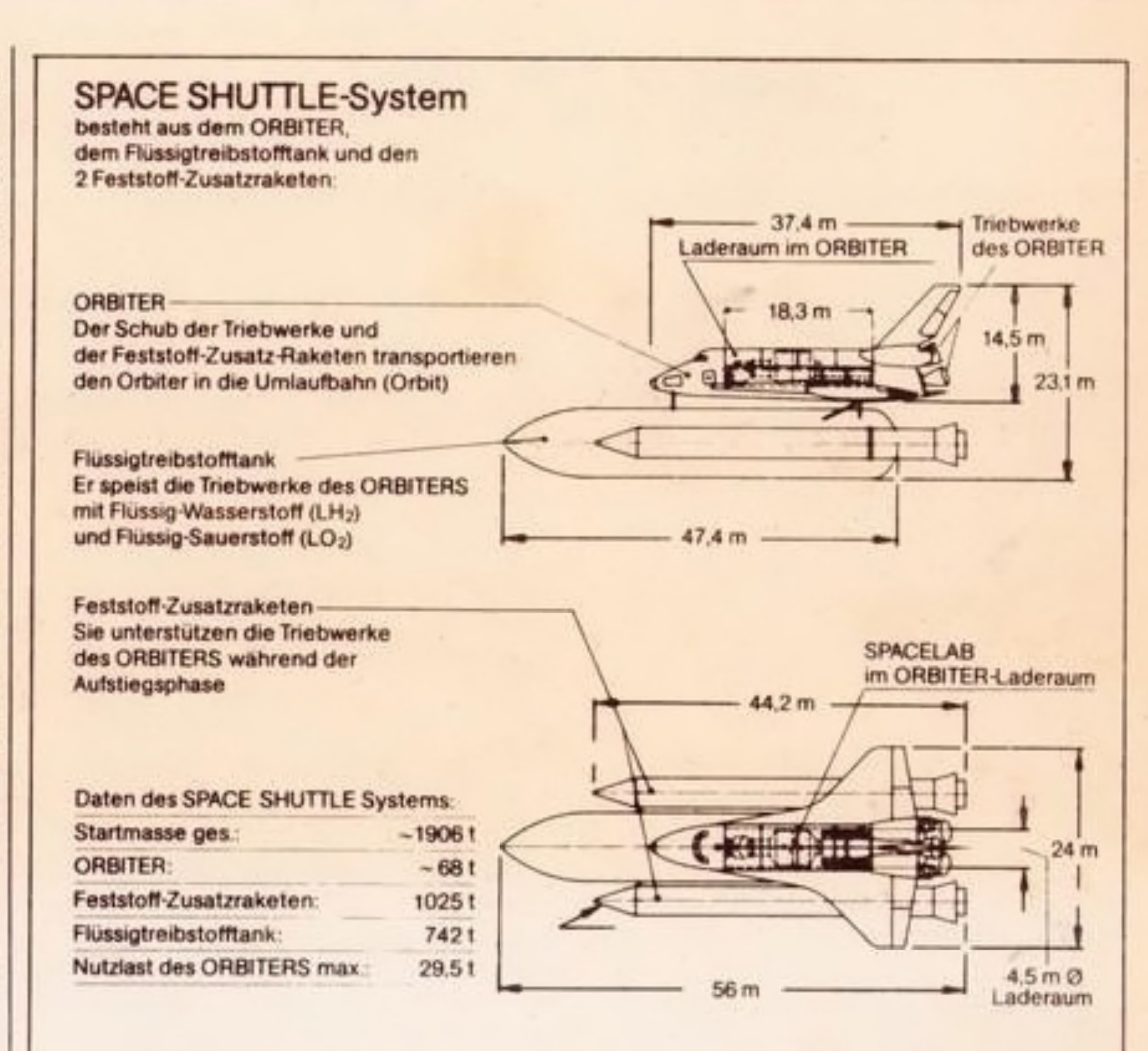
Dennoch: die Entwicklung der Raumfahrt hat den Menschen Möglichkeiten der Erkenntnis der Natur und der Nutzung des Weltalls erschlossen, die Entwicklung von Raumgleitern bedeutet eine weitere Entfaltung von Produktivkräften.

vor allem der Hitzeschutz, unter realistischen Bedingungen noch nicht getestet werden konnten. Ja, einige der hochempfindlichen Plättchen des Hitzeschutzes während der Erprobung immer wieder abgefallen sind und die genauen Folgen bei nur wenigen fehlenden Plättchen für die Rückkehr nicht abzuschätzen sind. Und nach wie vor gilt: vor allem billig muß das System sein. So mußte der NASA-Sprecher z.B. zugeben, daß ein Teil der Verzögerungen des Programms auf Sparmaßnahmen in früheren Stadien zurückzuführen sind. So verfügt der Raumgleiter auch über keinen eigenen Antrieb mehr bei der Landung, ein Durchstarten beim Landeanflug ist nicht möglich, zu teuer.

Dennoch: die Entwicklung der Raumfahrt hat den Menschen Möglichkeiten der Erkenntnis der Natur und der Nutzung des Weltalls erschlossen, die Entwicklung von Raumgleitern bedeutet eine weitere Entfaltung von Produktivkräften.




Space Shuttle „Columbia" nach dem Aufbau auf der Fahrt zur Startrampe




## Das Space Shuttle-System

Das System besteht aus insgesamt vier Einheiten:

– Der Orbiter, das System, das in den Weltraum gelangt und anschließend wieder zur Erde zurückkehren kann. Es enthält die Räume für die Mannschaft und die Versorgungssysteme, in der Mitte einen Laderaum und hinten vor allem die Triebwerke.

– Beim Start sitzt der Orbiter auf dem fast 48 m langen Tank für den Flüssigkeitstreibstoff. Er enthält 604 t Flüssigsauerstoff und 101 t Flüssigwasserstoff, die in den drei Haupttriebwerken des Orbiters bis zum Erreichen der Flugbahn verbraucht werden. Dieser Tank wird kurz vor Erreichen dieser Flugbahn abgeworfen und verglüht bei der Rückkehr in die Erdatmosphäre.

– Links und rechts vom Tank sind die zwei Feststoffstartraketen angebracht. Sie verleihen dem Raumfahrtgerät in den ersten 2 Minuten zusätzlichen Antrieb. Sie sind in etwa 50 km Höhe ausgebrannt, werden dann abgeworfen und landen mit Fallschirmen im Meer, von wo sie zur Wiederverwendung geborgen werden.

Der Orbiter kann in seinem Laderaum eine Nutzlast von 29,5 t auf eine kreisförmige Erdumlaufbahn von 245 km Höhe bringen. Die bisher stärkste Rakete der USA, die Saturn V, konnte 90 t in eine erdnahe Umlaufbahn befördern. Sollen größere Höhen erreicht werden, so geht dies auf Kosten der Nutzlast, denn statt dieser muß zusätzlicher Treibstoff mitgeführt werden. Oder auch andersherum: Ist das Raumschiff leichter, kann es mit demselben Treibstoff eine größere Höhe erreichen.

Die Verwendungsmöglichkeiten sind damit eingeschränkt. Vor allem kann der Orbiter keine geostationäre Um-

Es enthält die Räume für die Mannschaft und die Versorgungssysteme, in der Mitte einen Laderaum und hinten vor allem die Triebwerke.

– Beim Start sitzt der Orbiter auf dem fast 48 m langen Tank für den Flüssigkeitstreibstoff. Er enthält 604 t Flüssigsauerstoff und 101 t Flüssigwasserstoff, die in den drei Haupttriebwerken des Orbiters bis zum Erreichen der Flugbahn verbraucht werden. Dieser Tank wird kurz vor Erreichen dieser Flugbahn abgeworfen und verglüht bei der Rückkehr in die Erdatmosphäre.

– Links und rechts vom Tank sind die zwei Feststoffstartraketen angebracht. Sie verleihen dem Raumfahrtgerät in den ersten 2 Minuten zusätzlichen Antrieb. Sie sind in etwa 50 km Höhe ausgebrannt, werden dann abgeworfen und landen mit Fallschirmen im Meer, von wo sie zur Wiederverwendung geborgen werden.

Der Orbiter kann in seinem Laderaum eine Nutzlast von 29,5 t auf eine kreisförmige Erdumlaufbahn von 245 km Höhe bringen. Die bisher stärkste Rakete der USA, die Saturn V, konnte 90 t in eine erdnahe Umlaufbahn befördern. Sollen größere Höhen erreicht werden, so geht dies auf Kosten der Nutzlast, denn statt dieser muß zusätzlicher Treibstoff mitgeführt werden. Oder auch andersherum: Ist das Raumschiff leichter, kann es mit demselben Treibstoff eine größere Höhe erreichen.

Die Verwendungsmöglichkeiten sind damit eingeschränkt. Vor allem kann der Orbiter keine geostationäre Um-

laufbahn erreichen. (In 36000 km Höhe über dem Äquator stimmt die Umlaufgeschwindigkeit eines Satelliten mit der Geschwindigkeit der Erddrehung überein. Ein Satellit scheint daher auf seinem Platz am Himmel stehen zu bleiben). Hierzu sind Raketenantriebe an der Nutzlast, die aus dem Frachtraum ausgeladen wird, notwendig, oder eine Schlepplattform. Die hierbei notwendigen Antriebseinheiten können klein sein, da bremsende Atmosphäre fehlt und die Erdanziehung gering ist. Für den Bau von größeren Plattformen, z.B. auch riesige Sonnenkollektoren, werden die Teile nacheinander mit der Raumfähre angebracht.

Als wichtigste zu lösende Probleme bei Space Shuttle, bei dem es sich um eine Art modifizierte Rakete handelt, sind zu nennen:

1. Die Flüssigkeitstriebwerke, die in den Orbiter eingebaut sind: Sie sind erheblich leistungsstärker für ihre Größe als bisher verwendete Raketentriebwerke. Und sie müssen eine erheblich höhere Lebensdauer haben: Bei dem bisherigen Verfahren mußte ein Triebwerk, das beim Start lief, nur wenige Minuten zur Verfügung stehen. Die drei Haupttriebwerke des Orbiters sollen für etwa 55 Starts gezündet werden können und müssen daher eine Lebensdauer von 7,5 Stunden haben, was erheblich höhere Anforderung an das Material stellt.

Übrigens werden natürlich Weiterentwicklungen gerade auch von Triebwerken unter den Bedingungen häufiger Verwendbarkeit wieder interessant.

2. Der Hitzeschutz. Reibung erzeugt Wärme, dieser Satz ist jedem geläufig. Das ist auch in der Luft so. Der Grund: kinetische Energie wird in eine andere Energieform, nämlich Wärme verwandelt, d.h. das Fahrzeug wird abgebremst. Besonders stark ist dies dort, wo ein Raumschiff aus dem luftleeren Raum, in dem es also auch keine Abbremsung durch Reibung geben kann, in die Erdatmosphäre eintaucht. Es entstehen Temperaturen bis zu 1600 Grad Celsius. Bei herkömmlichen Raumfahrzeugen, die zur Erde zurückkehrten und nicht erneut Verwendung fanden, wurde diese Hitze durch einen Hitzeschild aufgefangen, der dabei schmolz. Das ist bei Space Shuttle nicht möglich, denn er müßte jedesmal erneuert werden. Stattdessen wurden extrem brüchige Schindeln angebracht, insgesamt über 30000 aus Kohlefaser und verschiedenen Silikaten. Ihre Befestigung, die nur mit einem Spezialkleber gelang, und ihre Brüchigkeit sind Hauptprobleme, die bei der Entwicklung des Space Shuttle auftraten.

herigen Verfahren mußte ein Triebwerk, das beim Start lief, nur wenige Minuten zur Verfügung stehen. Die drei Haupttriebwerke des Orbiters sollen für etwa 55 Starts gezündet werden können und müssen daher eine Lebensdauer von 7,5 Stunden haben, was erheblich höhere Anforderung an das Material stellt.

Übrigens werden natürlich Weiterentwicklungen gerade auch von Triebwerken unter den Bedingungen häufiger Verwendbarkeit wieder interessant.

2. Der Hitzeschutz. Reibung erzeugt Wärme, dieser Satz ist jedem geläufig. Das ist auch in der Luft so. Der Grund: kinetische Energie wird in eine andere Energieform, nämlich Wärme verwandelt, d.h. das Fahrzeug wird abgebremst. Besonders stark ist dies dort, wo ein Raumschiff aus dem luftleeren Raum, in dem es also auch keine Abbremsung durch Reibung geben kann, in die Erdatmosphäre eintaucht. Es entstehen Temperaturen bis zu 1600 Grad Celsius. Bei herkömmlichen Raumfahrzeugen, die zur Erde zurückkehrten und nicht erneut Verwendung fanden, wurde diese Hitze durch einen Hitzeschild aufgefangen, der dabei schmolz. Das ist bei Space Shuttle nicht möglich, denn er müßte jedesmal erneuert werden. Stattdessen wurden extrem brüchige Schindeln angebracht, insgesamt über 30000 aus Kohlefaser und verschiedenen Silikaten. Ihre Befestigung, die nur mit einem Spezialkleber gelang, und ihre Brüchigkeit sind Hauptprobleme, die bei der Entwicklung des Space Shuttle auftraten.

### Daten der Weltraumfahrt (jeweils Starttermine)

**4.10.1957** Sputnik 1, 1. Weltraumflug (SU)
**12.4.1961** 1. bemannter Raumflug, Vostok 1 (SU)
**4.12.1965** Bemanntes Rendez-Vous im Orbit, Gemini 6, 7 (USA)
**31.1.1966** Weiche Mondlandung durch Luna 9 (SU)
**7.12.1968** Einrichtung einer Sternwarte im Orbit, OAO 2 (USA)
**16.7.1969** Erste bemannte Mondlandung mit Rückkehr, Apollo 11 (USA)
**16.11.1973** 84-Tage-Flug einer Raummannschaft, Skylab 4 (USA)
**10.12.1974** Sonnensonde Helios 1 (USA)
**22.8.1975** Erste Bilder von der Marsoberfläche, Viking 1 (USA)
**Dez. 1977 – Januar 1978** Kopplung von drei Raumschiffen und einem Versorgungs-Raumschiff (SU)

## Chinas Völker erzählen

**Der Reiter im grünen Gewand**
172 S. / 2,30 DM / Dieser Band mit neun Erzählungen bietet einen ersten Einblick in die Märchen- u. Sagenwelt von sechs Völkerschaften Chinas. Durch den Reichtum an Phantasie u. Lebendigkeit lernt man ein wenig verstehen, wie die Menschen denken, fühlen und schaffen, die zu Chinas großer Völkerfamilie gehören. Mit vielen Illustrationen im Text.

**Wie der Wasserbüffel den Tiger bezwang**
115 S. / 2,30 DM / Best. Nr. 0638 /Ein Buch mit 22 Geschichten u. Fabeln der Tibeter, Mongolen, Han, Yi, Dschuang u. Uiguren.




**Cao Yu, Gewitter**
147 S. / 3,60 DM / Best. Nr. 0662 / Bühnenstück in 4 Akten, 1933 uraufgeführt. „Schauplatz ist das Haus eines Industriellen in Nordchina, wo eine Familie mit der unerbittlichen Schicksalhaftigkeit eines griechischen Dramas zusammengeführt wurde. Das Stück ist voller Spannung, die in den 24 Stunden, in denen sich die Handlung vollzieht, umso schneller wächst, je näher der tragische Höhepunkt kommt. Wir erleben hier im Kleinen die Auflösung der alten Gesellschaft und die Geburtwehen der neuen."

**Altchinesische Spruchweisheit**
95 S. / 3,00 DM / Best. Nr. 0837 / Diese Sammlung enthält 121 Fabeln hauptsächlich des 4. bis 3. Jhdt. v.u.Z. sowie teilweise heute noch im Volksmund lebendig – gab oft den Stoff für Werke der Literatur.

**Die Tochter des Drachenkönigs · Zehn Geschichten aus der Zeit der Tang Dynastie**
107 S. / 5,40 DM / Best. Nr. 0410 / Die Tang-Dynastie (618 – 907) war das goldene Zeitalter der Poesie und Novellendichtung. Die vorliegenden Novellen lassen sich in drei Hauptgruppen einteilen: Erzählungen von übernatürlichen Erscheinungen, Novellen mit politischem Thema, Abenteuernovellen und Liebesgeschichten.

**Peking-Oper mit den Augen einer Europäerin**
54 S. / 2,40 DM / Best. Nr. 0578 / Vermittelt wird ein Grundwissen über diese tradionelle chinesische Kunstform indem z.B. die Bedeutung der verschiedenen Masken erklärt wird. Es ermöglicht, eine Theatervorführung zu verstehen und auch Gefallen daran zu finden.

Zu beziehen über
Buchvertrieb Hager GmbH
Mainzer Landstraße 147 · Postf. 119151
6000 Frankfurt · Telefon 0611/730234